



# Plenarprotokoll

## 49. Sitzung

Donnerstag, 20. Februar 2014

<b>Reform des kommunalen Finanz- ausgleichs neu starten!.....</b>	<b>3976</b>	Astrid Damerow [CDU].....	3998
		Andreas Breitner, Innenminister....	3999
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1564		Beschluss: Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1564 und des Än- derungsantrags Drucksache 18/ 1610.....	4003
Änderungsantrag der Fraktion der PI- RATEN Drucksache 18/1610		<b>Zukunftsfähigkeit der Verbrau- cherzentrale in Schleswig-Holstein sichern.....</b>	<b>4003</b>
Johannes Callsen [CDU].....	3977	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1528	
Beate Raudies [SPD].....	3978	<b>Verbraucherschutz in Schleswig- Holstein stärken, nicht abbauen.....</b>	<b>4003</b>
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3980		
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3983		
Torge Schmidt [PIRATEN].....	3987		
Lars Harms [SSW].....	3989		
Petra Nicolaisen [CDU].....	3991		
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	3992, 3995		
Tobias Koch [CDU].....	3993		

Änderungsantrag der Fraktion der PI-RATEN Drucksache 18/1608		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1548 2. Annahme des Änderungsantrags Drucksache 18/1613 als selbstständigen Antrag.....	4024
<b>Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein solide ausgestalten.....</b>	4003	<b>Standortmarketing - „Der echte Norden“.....</b>	4024
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1615		Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1561	
Karsten Jasper [CDU].....	4004	Oliver Kumbartzky [FDP].....	4024, 4033
Regina Poersch [SPD].....	4005	Hans-Jörn Arp [CDU].....	4026
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4006	Olaf Schulze [SPD].....	4027
Oliver Kumbartzky [FDP].....	4008	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4029
Uli König [PIRATEN].....	4009	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	4030
Flemming Meyer [SSW].....	4011	Flemming Meyer [SSW].....	4031
Torge Schmidt [PIRATEN].....	4012	Angelika Beer [PIRATEN].....	4032
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	4013	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	4034
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1528 und des Änderungsantrags Drucksache 18/1608 2. Annahme des Änderungsantrags Drucksache 18/1615 als selbstständigen Antrag.....	4015	Beschluss: Ablehnung.....	4036
<b>Förderung der Wiederaufforstung</b>	4015	<b>Zukunft des Landeshafens Friedrichskoog.....</b>	4036
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1548		Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1562	
<b>Förderung der Wiederaufforstung sturmgeschädigter Flächen.....</b>	4015	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1621	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1613		<b>Zukunft für Friedrichskoog.....</b>	4036
Heiner Rickers [CDU].....	4015	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1616	
Sandra Redmann [SPD].....	4017	Oliver Kumbartzky [FDP].....	4036
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4018	Karsten Jasper [CDU].....	4038
Oliver Kumbartzky [FDP].....	4019	Serpil Midyatli [SPD].....	4039, 4048
Angelika Beer [PIRATEN].....	4020	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4041
Flemming Meyer [SSW].....	4021	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	4043, 4049
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	4022	Flemming Meyer [SSW].....	4045
		Wolfgang Kubicki [FDP].....	4046
		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4047
		Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	4049

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1562 und des Änderungsantrags Drucksache 18/1621		Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1609	
2. Annahme des Änderungsantrags 18/1616 als selbstständigen Antrag.....	4051	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Berichterstatter.....	4063
<b>Tilgungsplan für die Altschulden des Landes aufstellen.....</b>	<b>4051</b>	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4063
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1549		Volker Dornquast [CDU].....	4064
<b>Strukturelles Defizit abbauen, für Altschuldenfonds werben.....</b>	<b>4051</b>	Olaf Schulze [SPD].....	4065
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1614		Oliver Kumbartzky [FDP].....	4066
Tobias Koch [CDU].....	4051, 4061	Angelika Beer [PIRATEN].....	4067
Lars Winter [SPD].....	4052, 4060	Flemming Meyer [SSW].....	4068
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4054	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	4069
Dr. Heiner Garg [FDP].....	4056	Beschluss: 1. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/1609	
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	4058	2. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/1507	
Flemming Meyer [SSW].....	4058	3. Annahme des Antrags Drucksache 18/1479.....	4070
Peter Sönnichsen [CDU].....	4059	<b>Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Oktober 2013 bis 31. Dezember 2013.....</b>	<b>4070</b>
Monika Heinold, Finanzministerin	4060	Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 18/1530	
Beschluss: Überweisung der Anträge an den Finanzausschuss.....	4062	Uli König [PIRATEN].....	4070
<b>Verlängerung der Kernbrennstoffsteuer.....</b>	<b>4062</b>	Beschluss: Kenntnisnahme des Berichts Drucksache 18/1530 und Bestätigung der Erledigung der Petitionen.....	4071
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1479			
<b>Ausstieg aus der Kernenergie seriös fortführen.....</b>	<b>4062</b>		
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1507			
Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/1547			
<b>Juristisch einwandfreie Verlängerung der Kernbrennstoffsteuer.....</b>	<b>4062</b>		

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

\* \* \* \*

**Beginn: 10:03 Uhr**

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet. Ich begrüße Sie heute Morgen, am Donnerstag, sehr herzlich zur Fortsetzung unserer Tagung.

Ich teile Ihnen zunächst mit, dass die Frau Kollegin Anita Klahn weiterhin erkrankt ist. Wir wünschen ihr von dieser Stelle aus gute Genesung.

(Beifall)

Bevor wir in die Debatte eintreten, teile ich Ihnen weiter mit, dass der Tagesordnungspunkt 21 mit dem Antrag zum Recht auf anonymes Fernsehen ohne Aussprache behandelt werden soll. Ferner teile ich Ihnen mit, dass der Kollege Rasmus Andersen heute Geburtstag hat. Wir gratulieren ihm alle von Herzen.

(Beifall)

Schließlich teile ich Ihnen mit, dass wir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Sophie-Scholl-Gymnasiums aus Itzehoe zu Gast haben. - Herzlich willkommen im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 20 auf:

**Reform des kommunalen Finanzausgleichs neu starten!**

Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/1564](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/1610](#)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Dann eröffne ich die Aussprache und frage die Kolleginnen und Kollegen von der CDU- und der FDP-Fraktion, die jeweils zwei Rednerinnen angezeigt haben, ob sie die Redezeit teilen wollen. Oder wie haben Sie sich das vorgestellt?

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten. Deswegen frage ich, Herr Kollege Arp.

Dann erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Johannes Callsen von der CDU-Fraktion.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Nicht ausreichend“, „verfassungswidrig“, „unerträglich“ - das sind nur einige **Bewertungen** von Städten, Gemeinden und Kreisen zur **Reform des FAG**. Dabei hatten Sie, Herr Breitner, doch noch im Frühjahr letzten Jahres vollmundig angekündigt, Ihre Reform werde nur Gewinner bringen. Aber davon sind Sie nun wirklich meilenweit entfernt. Wie viel Ihr Versprechen von damals wert ist, hat bereits Ihr erster Entwurf im September 2013 gezeigt, nämlich gar nichts.

Warum? Weil Ihre Grundlage für die FAG-Reform schon falsch war. Anstatt Aufgaben zu vergleichen, haben Sie **Ausgaben und Defizite** miteinander verglichen. Anstatt die Kritik aus den kommunalen Verbänden ernst zu nehmen und sauber nachzuarbeiten, haben Sie in den vergangenen Monaten alles noch schlimmer gemacht. Anstatt eine richtige Grundlage zu schaffen, haben Sie jetzt mehrmals Zahlen hin- und hergewürfelt, ohne dass Sie erklären können, weshalb und warum. Nach den Kreisen und Gemeinden fühlen sich jetzt auch die kreisfreien Städte als Verlierer Ihrer Reform.

Herr Breitner, es ist schon eine dreiste Anmaßung von Ihnen, die Unzufriedenheit der Kommunen, die wir allenthalben und überall hören, jetzt als ein „gutes Zeichen“ zu bezeichnen. Was ist diese Aussage wert? Sie nehmen die **Sorgen und Nöte der kommunalen Familie** wirklich nicht ernst. Das macht diese Aussage deutlich.

(Beifall CDU und FDP)

Die Wahrheit ist: Nach diesen Reaktionen und den veränderten Zahlen sitzen Sie nun wirklich mittlerweile zwischen allen Stühlen. Aber das haben Sie selbst zu verantworten.

Ihr ständiges Würfeln mit FAG-Zahlen unterstreicht nur, dass Ihr Verfahren insgesamt nicht transparent ist. Genau da haben Sie noch viel zu tun, wie es auch der Herr Ministerpräsident richtigerweise gesagt hat.

Auch jetzt, nach dem dritten Mal Würfeln können Sie immer noch nicht erklären, wie die aktuellen Berechnungen zustande kommen. Sie präsentieren den Kreisen ein **Rechnungsergebnis**, ohne die **Grundlage** für das Zahlenwerk zu nennen. Ich frage Sie ernsthaft: Würden Sie von einem Handwerker, einem Kfz-Mechaniker oder wem auch immer eine Rechnung als seriös entgegennehmen, zu der Ihnen derjenige, der die Rechnung stellt, nicht einmal erklären kann, wie er zu seinem Endergebnis

gekommen ist? Das sagt man Ihnen dann später. So etwas, glaube ich, ist schlicht unseriös.

Die großmundigen Ankündigungen, das neue Gesetz schaffe mehr Transparenz und Sorge für mehr Gerechtigkeit und Effizienz, sind nichts anderes als Seifenblasen, die mittlerweile alle in der Luft zerplatzt sind. Schon das **Gutachten**, auf dem Sie Ihren ersten Gesetzentwurf aufgebaut haben, eignet sich nicht für eine Reform des FAG. Auch hier ist die Mängelliste im Gutachten ausgesprochen lang.

So hat keine Untersuchung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen stattgefunden. Die Kommunen sind bei der Finanzkraftberechnung ungleich behandelt worden. Der Gleichheitsgrundsatz ist auch bei anderen Stellschrauben verletzt worden, und die durchgeführten Erhebungen sind in Teilen willkürlich gewählt und eben nicht repräsentativ.

Diese Liste ließe sich beliebig fortführen. Aber sie zeigt: Die Grundlage ist fehlerhaft und hält auch in ihrer Gesamtheit keiner wirklich ernsthaften Überprüfung stand.

Der entscheidende Faktor in der Reform ist allerdings: Die Landesregierung will das Geld nach den **Ausgaben** verteilen und nicht nach den **Aufgaben**, auch wenn sie es immer wieder anders behauptet. Die berechtigte Kritik der Kommunen ist somit nicht vom Himmel gefallen, sondern ist hausgemacht. Das haben Sie, Herr Innenminister, und der Ministerpräsident zu verantworten.

Wie falsch Ihre Zahlen sind, macht schon der Vergleich zwischen **Kampen** auf Sylt und der Gemeinde Erfde im Kreis Schleswig-Flensburg deutlich. Während Kampen eine Viertel Million Euro mehr bekommen soll, wird Erfde zukünftig auf 60.000 € verzichten müssen, obwohl **Erfdes** Steuerkraft deutlich unter der von Kampen liegt und obwohl Erfde ländlicher Zentralort ist. Genau das sind doch die Zentralen Orte, die Sie, Herr Innenminister, mit Ihrer Reform eigentlich stärken wollen. Das geht hier aber komplett nach hinten los.

Ich kann den Koalitionskollegen wirklich nur raten: Sehen Sie sich die Listen genau an. Sie werden auch in Ihrem Wahlkreis jede Menge **Ungereimtheiten** entdecken. Wenn die Reform so kommt, wie die Landesregierung sie vorhat, dann sind die Folgen für ganz Schleswig-Holstein gravierend. Weder die Städte noch der ländliche Raum werden angemessen ausgestattet. Das werden alle Bürgerinnen und Bürger spätestens dann zu spüren bekommen, wenn die Kommunen an den Kostenschrauben drehen müssen, weil nach diesen Kürzungen das Geld hinten und vorne nicht mehr ausreicht.

(Johannes Callsen)

Den Bürgern kommen diese Reformpläne dann teuer zu stehen. Sie dürfen das bezahlen durch höhere Gebühren, höhere Eintrittsgelder und höhere Kommunalsteuern. Oder die **Kommunen** werden ihre Investitionen weiter einschränken müssen. Damit werden wichtige Bau- und Sanierungsvorhaben weiter auf die lange Bank geschoben. Oder Büchereien, die Sportförderung und soziale Angebote müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Auch in diesem Fall ist der schleswig-holsteinische **Bürger** wieder der Leidtragende.

Das wird insbesondere den **ländlichen Raum** hart treffen. Insbesondere dort, wo der demografische Wandel schon heute besonders hart zu spüren ist, will die Landesregierung die Kommunen und die Bürger noch mehr bestrafen. Das ist keine gerechte Politik, meine Damen und Herren.

Allein der **Landesteil Schleswig** verliert durch Ihre Reform fast 3 Millionen €, übrigens einschließlich der kreisfreien Stadt Flensburg. Dabei stellt die Bevölkerungsentwicklung insbesondere die ländlichen Räume vor große Herausforderungen. Schulstandorte, ÖPNV, der Breitbandausbau und - jüngstes Beispiel - Arztpraxen im ländlichen Raum müssen gesichert werden. Das wird für die Kommunen im ländlichen Raum jedoch zunehmend schwieriger.

Viel geredet hat auch der heutige Ministerpräsident, als er noch Spitzenkandidat war. Im Wahlkampf sagte er den „Kieler Nachrichten“ zum FAG: Wir werden den Eingriff in den ersten drei Regierungsjahren zurücknehmen. Da gibt es keine Relativierung.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Herr Albig, die Kommunalpolitiker erinnern sich gut an Ihr Versprechen und warten auf die Einlösung dieses Versprechens.

Was tun Sie aber tatsächlich? Sie bieten Gelder als Anrechnung an, die den Kommunen ohnehin zustehen. Sie verweigern den Kommunen viele Millionen Euro aus der **Grundsicherung**, die der **Bund** den Kommunen ausdrücklich als Entlastung gegeben hat. Dafür wollen Sie sich in diesem Land auch noch feiern lassen.

Beim **Verkehr** ist es genauso. Zunächst reduzieren Sie die Mittel für den kommunalen Straßenbau, und dann lassen Sie sich dafür feiern, dass Sie die Mittel wieder erhöht haben. Das ist keine ordentliche Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Die Kommunen in Schleswig-Holstein haben deswegen einen **Neustart beim FAG** verdient. Herr Breitner, drücken Sie endlich die Reset-Taste und legen Sie von vorne los, ohne zu würfeln, aber dafür mit einer seriösen Grundlage und mit einer ordentlichen Zielsetzung. Dabei sollten Sie Gemeinden, Städte und Kreise nicht gegeneinander ausspielen. Herr Innenminister, wenn Sie das nicht tun, dann muss der Ministerpräsident handeln. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Kollegin Beate Raudies.

**Beate Raudies [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum wiederholten Mal debattieren wir über die Reform des kommunalen Finanzausgleichs, und zum wiederholten Mal sage ich: Eine **Reform des kommunalen Finanzausgleichs** tut not, und es ist gut, dass diese Regierung, dass Innenminister Breitner, sie endlich anpackt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Finanzausgleich soll transparenter, effizienter und gerechter werden. Lieber Herr Callsen, Sie müssen sich entscheiden und der Opposition mitteilen, auf welches Ziel Sie sich einschließen. Zunächst ist es der ländliche Raum, der leidet. Jetzt sind es die kreisfreien Städte und dann die Kommunen insgesamt. Es wäre einfacher, wenn Sie sich entscheiden, für wen Sie sich aussprechen. Das würde die Auseinandersetzung leichter machen.

(Volker Dornquast [CDU]: Wir entscheiden uns für das Land Schleswig-Holstein! - Beifall CDU und FDP)

- Herr Dornquast, vielen Dank für diese staatstragende Bemerkung. Das unterschreiben wir voll und ganz.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Bei uns trifft es aber im Gegensatz zu Ihnen zu!)

Die finanzielle Lage vieler Kommunen gibt nach wie vor Anlass zur Sorge. Im Bericht des Innenministers zur Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein ist dargelegt, dass sich die Lage der Kommunen im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich verschlechtert hat. Ein Beleg dafür sind unter anderem die aufgelaufenen Kassen-

(Beate Raudies)

kredite. Diese belaufen sich per 31. Dezember 2011 auf mehr als 1,2 Milliarden €. Von diesen 1,2 Milliarden € entfielen allein rund 721 Millionen € oder rund 60 % auf die vier kreisfreien Städte, etwa 286 Millionen € auf 48 kreisangehörige Gemeinden sowie circa 202 Millionen € auf die elf Kreise.

Das liegt nicht daran, dass die Entscheidungsträger in Kreisen, Städten und Gemeinden nicht mit Geld umgehen könnten. Nein, das Hauptproblem liegt in der **unterschiedlichen Steuerkraft** der verschiedenen **Kommunen**, verbunden mit den vielen Aufgaben, besonders den Belastungen im Sozialbereich.

Meine Damen und Herren, Land und Kommunen bilden hinsichtlich des kommunalen Finanzausgleichs eine Schicksalsgemeinschaft. Es ist die Aufgabe des Landes, die Kommunen mit Finanzmitteln in angemessener Höhe auszustatten, die sie in die Lage versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Es ist aber auch Aufgabe des Landes, die Unterschiede in der Finanzkraft und bei den Belastungen auszugleichen, sodass keine Region auf der Strecke, sondern lebensfähig bleibt.

Es ist wichtig, dass die Kommunen die anfallenden Soziallasten schultern können. Hierbei muss es einen fairen Ausgleich geben, der darüber entscheidet, ob unsere Kommunen handlungsfähig und sozial aufgestellt bleiben. Dabei ist es auch eine Frage der **interkommunalen Solidarität**, dass nicht so leistungsstarke Kommunen an der Finanzkraft starker Kommunen teilhaben.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Dazu dient - nomen est omen - der kommunale Finanzausgleich.

Meine Damen und Herren, niemand hat behauptet, dass die Reform des kommunalen Finanzausgleichs eine leichte Aufgabe sei. Trotzdem muss sie erledigt werden.

Im vergangenen Herbst hat der Innenminister nach einer fast einjährigen Vorbereitungszeit einen ersten Referentenentwurf vorgelegt. Im Anhörungsverfahren hat er sich der Diskussion gestellt, Kritik aufgenommen und - sofern nötig - auch Korrekturen eingeleitet. Sorgfalt geht vor Schnelligkeit.

Dieses Aufnehmen von Kritik ist von der Opposition zunächst einmal kritisiert worden mit den Worten, man wisse nicht, wohin man wolle. Heute haben wir Kritik daran gehört, dass nachgebessert worden sei. Entscheiden Sie sich also bitte einmal, was Sie kritisieren. Kritisieren Sie den Prozess, den Inhalt oder was auch immer?

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer mitdiskutiert und sich einbringt, kann auch etwas umsetzen. Das ist kein Zeichen von Schwäche. Auch wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, es nicht mehr hören mögen: Das Verfahren zeigt, dass diese Landesregierung es mit dem **Dialog mit den Kommunen** ernst meint.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Dabei war im Vorfeld allen Dialogpartnern natürlich bewusst, dass bei den meisten zu erörternden Themen wohl kein breites Einvernehmen erzielt werden könnte; denn zu unterschiedlich sind die **Interessen** bereits **innerhalb der kommunalen Familie**.

Wer dagegen, wie die Opposition, nie den Mut dazu hatte, diese Reform anzugehen, und wer auch heute noch ohne konkrete Änderungsvorschläge dasteht, der muss sich den auch in den Medien zu Recht erhobenen Vorwurf der Einfallslosigkeit gefallen lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jetzt gar das Ende des Reformprojektes beziehungsweise einen Neustart zu fordern, hilft den Kommunen kein Stück weiter.

(Wortmeldung Dr. Heiner Garg [FDP])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin.

**Beate Raudies [SPD]:**

Herr Callsen hat eine angemessene Ausstattung gefordert. Wie sieht es denn jetzt aus? Ich glaube, die Zahlen, die ich vorhin genannt habe, beweisen, dass die Ausstattung nicht angemessen ist.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin.

**Beate Raudies [SPD]:**

Nein, ich würde gern meine Rede fortsetzen.

Die Drohung der Steuererhöhung, die hier im Raum schwebt, mit der Sie den Bürgerinnen und Bürgern suggerieren wollen, unsere FAG-Reform würde zu massiven Einnahmeerhöhungen bei den Kommunen führen, bringt mich dazu, Sie auf die Stellungnahme des Landesrechnungshofs hinzuweisen, der

**(Beate Raudies)**

auf Folgendes aufmerksam gemacht hat: Wenn alle Kommunen in Schleswig-Holstein die **Hebesätze** an den **Bundsdurchschnitt** anpassen würden, würden **Mehreinnahmen** in Höhe von 120 Millionen € erzielt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, im nächsten Monat soll der Entwurf nun endlich in den Landtag eingebracht werden. Auch hier gilt unsere Zusage: Der Dialog wird nicht mit der Einbringung des Gesetzentwurfs in den Landtag enden. Wir setzen ihn fort, damit am Ende eine gute Reform umgesetzt werden kann. Alle Fraktionen sind herzlich eingeladen, daran mitzuwirken, Herr Koch. Wir rechnen Ihnen dann gerne auch noch einmal vor, wie das mit den 120 Millionen € geht.

(Heiterkeit und Beifall SPD)

80 Millionen € werden wir bis 2017 in die U-3-Betreuung investieren.

(Zuruf CDU)

- Herr Callsen hat diesen Zusammenhang eben hergestellt. - Dafür hat sich die CDU/FDP-Koalition noch von den Kommunen vor Gericht verklagen lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

15 Millionen € kommen aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer, die Sie bei den Haushaltsberatungen auch energisch bekämpft haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Den Rest erfahren Sie dann in den Ausschussberatungen hier in diesem Haus. Die Reform ist auf einem guten Weg. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Kollegin Ines Strehlau.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP] - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Herr Garg, bitte!

**Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn gleich eine Klarstellung: Wir werden die Landesregierung nicht bitten, den Gesetzentwurf für ein neues Finanzausgleichsgesetz in die Mülltonne zu tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Im Gegenteil: Wir begrüßen es, dass das Innenministerium es nach mehr als 40 Jahren erstmals schafft, das Finanzausgleichsgesetz umfassend zu reformieren. Das Innenministerium hat einen **bedarfsorientierten verfassungskonformen Gesetzentwurf** erarbeitet, der sich - so wie es die CDU fordert - an den Grundsätzen der Transparenz und der gerechten Verteilung der Finanzausgleichsmittel ausrichtet und unsinnige Altlasten - wie die Zonenrandförderung - beseitigt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das FAG wird von einem Labyrinth zu einem strukturierten System. Es ist immer noch komplex, aber nicht mehr undurchschaubar. Der Gesetzentwurf ist in einem sehr ausführlichen Prozess mit den kommunalen Landesverbänden ein Jahr lang erarbeitet worden. Die **kommunalen Landesverbände** haben sich intensiv in den Prozess eingebracht und gemeinsam das Gerüst gebaut, ein Jahr lang ohne einen Aufschrei der Empörung seitens der Beteiligten. Stattdessen gab es Lob für die konstruktive Zusammenarbeit. So schlecht kann das Konzept also nicht sein.

Der Aufschrei kam, als **konkrete Zahlen** in der Welt waren. Das war der Startschuss zum **Verteilungswettlauf**, und das ist nicht verwunderlich. Auf den Zug springt die CDU ja jetzt auch auf. Nun wurde die Systematik infrage gestellt. Vor allem die Kreise und die abundanten, also reichen Kommunen wollten es nicht hinnehmen, dass sie weniger Mittel bekommen. Eines der neuen Hauptargumente war, dass nicht die Aufgaben und die dafür notwendigen Mittel definiert worden seien, sondern die Ausgaben. Richtig ist aber, dass die Gutachter die Haushalte der Kommunen gründlich durchforstet haben. Sie haben die Ausgaben für die dort aufgeführten Aufgaben zusammengerechnet und so ermittelt, wie viel Geld die Kommunen für welche Aufgabe ausgeben. Daraufhin haben sie die einzelnen Töpfe für Kreisaufgaben, übergemeindliche Aufgaben und Gemeindeaufgaben berechnet. Wir haben immer gefordert, dass das Geld den Aufga-



(Ines Strehlau)

ben folgen soll. Genauso wird es im neuen FAG umgesetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Aus grüner Sicht wäre es sinnvoll und besser gewesen, vor einem neuen FAG eine Verwaltungsstrukturreform mit einer Aufgabenanalyse durchzuführen. Aber dazu fehlen in diesem Haus im Moment leider die Mehrheiten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Aufgabenanalyse hätten Sie trotzdem machen können!)

So wird die Chance vertan, eine zukunftsweisende Finanzausgleichsstruktur mit einer zukunftsfähigen Verwaltungsstruktur zu verbinden. Trotzdem ist es richtig und mutig, den kommunalen Finanzausgleich jetzt auf neue, stabile Füße zu stellen. Nicht alle können gleichzeitig vom neuen FAG profitieren. Deshalb wird es Streit geben, egal, wie ein neuer Ausgleich aussieht. Doch es ist ja gerade das Wesen eines Finanzausgleichs, dass das Geld da ankommt, wo es am meisten gebraucht wird. Da hat es deutliche Verbesserungen gegeben.

**Gemeindliche und übergemeindliche Aufgaben** wurden bisher unterschätzt. Das zeigt das Gutachten, und das bildet sich auch in der zukünftigen Verteilung der Finanzausgleichsmasse ab. Bildungsangebote, Sportstätten und Büchereien werden auch von den Menschen aus dem jeweiligen Umland genutzt. Das ist die Versorgungsfunktion der zentralen Orte, die dafür auch angemessene finanzielle Mittel erhalten müssen.

Ein Grundstein der Reform ist der **Ausgleich nach sozialen Leistungen**. Es ist richtig, die Kommunen zu unterstützen, die hier die größten Lasten zu tragen haben. Dadurch wird mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung erreicht.

Auch die **demografische Entwicklung** berührt den kommunalen Finanzausgleich; denn die Einwohnerzahl ist maßgeblich für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Die Gemeinden, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind und die damit ohnehin vor großen Herausforderungen stehen, werden durch einen Demografiefaktor entlastet, der den Einwohnerrückgang abgemildert einfließen lässt. Wichtig ist hier: Der ländliche Raum wird gestärkt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es ist richtig und wichtig, dass **arme Gemeinden** einen **Garantiebtrag** erhalten und dass die abun-

danten Gemeinden auf der horizontalen Finanzausgleichsebene auch etwas abgeben. Hier das richtige Maß zu finden, ist schwierig.

(Zuruf CDU: Und noch nicht gelungen!)

Der erste Entwurf ist vielleicht etwas über das Ziel hinausgeschossen. Das Innenministerium hat reagiert und nachgebessert, um keine Kommune zu überfordern. Trotzdem wird es weiterhin Geberkommunen geben. Kampen auf Sylt zum Beispiel muss zwar nach dem neuen FAG 260.000 € weniger in den Topf geben, aber immer noch fast 2 Millionen € einzahlen. Das ist das Wesen des Ausgleichs.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD und SSW - Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Tobias Koch CDU)

- Lassen Sie sich vom Innenministerium beraten, Herr Koch. Dann können Sie die Rechnung auch nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, ich will die Steuerkompetenz der Kommunen nicht infrage stellen. Doch wenn eine Gemeinde die Hebesätze bewusst niedrig hält, um sich damit vermeintlich einen Steuervorteil zu verschaffen, und sich gleichzeitig darüber beschwert, dass Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich zu gering ausfallen, dann muss diese Gemeinde auch die eigenen Einnahmen verbessern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Beate Raudies hat auf die 120 Millionen € hingewiesen, die unsere Kommunen allein dadurch erwirtschaften könnten, dass sie ihre Hebesätze an den **bundesdurchschnittlichen Hebesatz** angleichen würden. Es ist auch richtig, dass bei der Ermittlung der Steuerkraftmesszahl zukünftig 92 statt 90 % des gewogenen Durchschnitts der Hebesätze angenommen wird. Niemand hat etwas davon, wenn die Gemeinden künstlich arm gerechnet werden und die eigene Einnahmeseite nicht ausgeschöpft wird.

Schleswig-Holstein ist immer noch ein Konsolidierungsland, auch wenn das Jahresergebnis für 2013 positiv war. Die Haushaltsplanung für 2014 basiert auf einem strukturellen Defizit von 580 Millionen €. Dennoch haben wir die Finanzausgleichsmasse erhöht, und es fließen 13,5 Millionen € mehr für die Schulsozialarbeit in das System.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Ines Strehlau)

Zusätzlich zu der Entlastung der Kommunen durch die Übernahme der Kosten für die U-3-Betreuung und um weitere 15 Millionen € durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer bedeutet das ein finanzielles Durchatmen für alle, und das finden wir gut.

Wir finden es richtig, dass der Vorwegabzug für Straßenbaulasten zukünftig für verschiedene Infrastrukturmaßnahmen verwendet werden kann, und können uns hier gut eine Aufstockung der Mittel für den Betrieb von ÖPNV oder für den Breitbandausbau vorstellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In den kommunalen Finanzausgleich sind 2014 etwa 200 Millionen € mehr geflossen als im Jahr 2013. Die Lage wird sich 2015 für die Kommunen noch weiter entspannen, sodass im nächsten Jahr wahrscheinlich alle Kommunen mehr Geld vom Land bekommen werden. Dies gilt übrigens auch für die Kreise, die profitieren und meist sogar mit einem Überschuss abschließen, wenn die Entlastungen der Kommunen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - die **GruSi-Entlastungen** - gegengerechnet werden. Es ist richtig, diese Entlastung in die Berechnung einzubeziehen. Wenn der Bund eine Aufgabe zu 100 % finanziert, dann kann das Land dafür nicht auch noch Mittel einbringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Vielen Dank, Frau Kollegin. - Was sagen Sie zu der Argumentation, dass bei der Entlastung durch die Übernahme der Grundsicherungskosten durch den Bund, die 2014 zu 100 %, 2013 zu 75 % und 2012 zu 45 % erfolgt ist, im Betrachtungszeitraum des Gutachters ein Zeitraum von 2009 bis 2011 angesetzt wurde? Das ist ein Zeitraum, in dem diese Entlastung noch gar nicht stattgefunden hat und deshalb auch nicht gegengerechnet werden dürfte.

- Der Gutachter hat - ebenso wie die Landesregierung - gesagt, dass es wichtig und richtig ist, die

Grundsicherungsentlastungen herauszurechnen, weil dies eine feste Größe ist, mit der man rechnen konnte. Es ist richtig, dass man dann, wenn man eine Entlastung voraussehen kann, die aktuellen Zahlen einbringt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Haben Sie noch eine Frage?

**Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich glaube, die Antwort war ausreichend. - Das Finanzausgleichsgesetz ist, wenn es demnächst den Landtag erreicht, nicht in Stein gemeißelt. Wir werden einen ausführlichen Anhörungsprozess durchführen. Gerade weil es so viele Stellschrauben gibt, die untereinander zu Wechselwirkungen führen, ist es wichtig, dass das Gesetz regelmäßig auf den Prüfstand kommt. Daher ist geplant, schon im Jahr **2015** die erste **Evaluierung** durchzuführen. Wenn mehr als 600 Kommunen profitieren und wenn - mit Ausnahme von Stormarn - alle Kommunen inklusive GruSi-Entlastung und Zuwendungen für Infrastruktur- und Schulsozialarbeit ein Einnahmepplus verzeichnen, dann ist der Entwurf deutlich besser, als es uns die CDU und die PIRATEN glauben machen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es ist mitnichten ein Werk für die Tonne. Schleswig-Holstein hat sich in den letzten 40 Jahren verändert. Ich nenne nur die Arbeitswelt, die Sozialstruktur, den Kita-Bedarf, Ganztagschulen und vieles mehr. Darauf müssen wir in unseren Finanzierungssystemen reagieren und unsere Systeme anpassen. Ziel muss es sein, dass die kommunale Solidarität tatsächlich greift und dass es insgesamt zu einem gerechten Ausgleich kommt. Der kommende Gesetzentwurf bietet dafür eine gute Basis. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion der FDP hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Raudies, ich finde es vor dem Hintergrund, dass die SPD von 1988 bis 2009 den oder die Kommunalminister gestellt hat, bemerkenswert, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, hier sei seit 40 Jahren nichts passiert. Nun regiert endlich die SPD, und nach 40 Jahren wird nun endlich das FAG novelliert. Ich kann die Motivationsapplause an dieser Stelle durchaus verstehen. Sie sollten sich schämen für so eine Aussage.

(Beifall FDP und CDU)

Sie fordern, in den letzten zweieinhalb Jahren hätte die garstige schwarz-gelbe Koalition der letzten Legislaturperiode etwas tun sollen, was Sie 20 Jahre lang nicht hinbekommen haben. Das ist bemerkenswert.

(Zurufe SPD)

Selbstverständlich bezweifelt niemand hier im Haus die **Notwendigkeit einer FAG-Novelle**. Sie ist nicht nur notwendig, sie ist auch richtig.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Oh!)

- Das hat bisher niemand bezweifelt. Auch die Kollegen von der Union haben dies bisher nicht bezweifelt.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Kollege Stegner, wir haben bereits beim ersten Entwurf sehr deutlich gemacht, dass wir es für richtig halten würden, dass in einem Flächenland, das Schleswig-Holstein ist, und in einer älter werdenden Gesellschaft die Faktoren **Demografieausgleich** und **Fläche** bei einer Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs sehr wohl eine Rolle spielen müssten. Diese Faktoren haben in Ihrem ersten Entwurf keine Rolle gespielt. Sie haben so getan, als lebten wir weder in einem Flächenland noch gäbe es den Umstand, dass die Bevölkerung älter wird und dass damit andere Bedürfnisse einhergehen.

Frau Kollegin Strehlau, es mag richtig sein, dass es in diesem Landtag keine Mehrheit für eine Gebietsreform gibt, aber es gibt mit Sicherheit die Bereitschaft, eine ordentliche **Aufgabenanalyse** durchzuführen. Diese Aufgabenanalyse hätte am Anfang des Reformprozesses stehen müssen. Sie versuchen jetzt, an einzelnen Stellschrauben zu drehen, nachdem man einen völlig verunglückten ersten Entwurf in die Öffentlichkeit gebracht hat.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn ich mich nach 40 Jahren an ein solches Projekt wage, dann muss ich die Frage stellen: Welche Aufgaben können und sollen in Zukunft von welcher Ebene übernommen werden? Das hat nichts damit zu tun, irgendjemandem irgendetwas überstülpen zu wollen. Wenn Sie den **Dialog** schon pflegen, dann pflegen Sie den Dialog doch mit der **kommunalen Ebene**, mit den kreisfreien Städten und mit den Landkreisen in der Frage, welche Aufgaben in Zukunft durch wen und durch welche Ebene erfüllt werden.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nein, das wird eben nicht gemacht. Diese Diskussion findet nicht statt. Das erleben Sie doch gerade in Ihrem Dialog. Es fällt Ihnen im Moment auf die Füße, dass die Frage nach der Aufgabenwahrnehmung und den damit verbundenen Kosten einschließlich der Frage, ob die dafür zur Verfügung stehenden Mittel ausreichend sind, nicht einbezogen wird. Herr Kollege Peters, genau das findet bisher nicht statt.

Die Herausforderungen sind groß. Sie führen die Sozialkosten an. Der Innenminister verweist bei den **Sozialkosten** insbesondere auf die Belastungen nach dem SGB II. Richtig, hier zählen Sie Bedarfsgemeinschaften. Herr Innenminister, ich frage Sie aber: Was ist mit den Belastungen nach dem SGB XII? Die Hilfen für Menschen mit Behinderung machen einen ganz erheblichen Anteil aus. Hier nutzt es gar nichts, Bedarfsgemeinschaften zu zählen. Daher gucken die meisten Kreise bei Ihren Reformvorhaben in die Röhre. Sie dürfen sich daher nicht wundern, dass Sie wenig Applaus dafür bekommen. Allein die Tatsache, dass niemand von dem Gesetzentwurf angetan ist, ist noch kein Beweis dafür, dass der Gesetzentwurf gelungen ist.

(Beifall FDP und CDU)

Dass die Opposition anderer Meinung ist, mag Sie wenig beeindrucken.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das stimmt!)

Die **kommunalen Landesverbände** lassen kaum ein gutes Haar an Ihrem Entwurf. Sie deuten das so um: Wenn alle unzufrieden sind, dann haben Sie alles richtig gemacht. Das ist vielleicht ein bisschen anmaßend, aber im Zweifelsfall ist das Ihr Bier.

(Christopher Vogt [FDP]: So gewinnt man immer!)

Zur Ehrlichkeit gehört aber, dass selbst **Mitglieder der regierungstragenden Fraktionen** nachweis-

**(Dr. Heiner Garg)**

lich alles andere als zufrieden mit den bisherigen Entwürfen sind. Ich glaube, auch dies sollte in die Debatte einfließen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie - -

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ich gestatte nachher die Frage.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Gestatten Sie vielleicht, dass ich meinen Satz beende? - Ich glaube, das ist angemessen, und das gilt auch für andere Kolleginnen und Kollegen. Wie es meine Aufgabe ist, frage ich Sie, ob Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Andresen zulassen, und ich bitte Sie um eine Antwort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ich lasse die Zwischenfrage des Kollegen Andresen nach meinen nächsten Ausführungen gern zu. Er kann sich solange hinsetzen, er braucht nicht die ganze Zeit über stehenzubleiben. Mir ist wichtig, meinen Gedankengang zu Ende zu führen.

Insbesondere die Kollegen von der SPD Martin Habersaat und Tobias von Pein aus dem Kreis Stormarn haben sich geäußert. Beide Abgeordnete sahen selbst den zweiten Entwurf noch nicht als zustimmungsfähig an.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Im „Hamburger Abendblatt“ sagte beispielsweise Herr von Pein: Den derzeitigen Gesetzentwurf kann ich so nicht unterstützen. Der Kollege Habersaat sagte: Die Kommunen müssen handlungsfähig bleiben, das sind sie so nicht.

(Zurufe SPD)

- Das sind Zitate von Mitgliedern einer regierungstragenden Fraktion. Nach der zwischenzeitlich dritten Version hören sich die Aussagen der beiden nicht viel besser an. Der Kollege Habersaat kommt zu dem Schluss: Ich kann diesem Entwurf eher zustimmen als den beiden ersten Varianten, ich wünsche mir aber noch Nachbesserungen. Der Kollege von Pein ist nach wie vor nicht überzeugt und sagt: Die Zahlen könnten sich für 2015 noch ändern. - Also tun Sie doch nicht so, als ob das alles ganz wunderbar und fabelhaft sei, was da vorgelegt wurde. Im Gegenteil!

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Da nützt Ihnen Ihr Dazwischenrufen auch recht wenig, Herr Stegner. Der Kollege Burghard Peters zweifelte am Dienstagabend in der „FördeRunde“ im Offenen Kanal Kiel sogar die komplette Auskömmlichkeit der Finanzausgleichsmasse an.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich kann Ihre Aufregung verstehen, weil es deutlich macht, dass Sie von Ihrem eigenen Gesetzentwurf - jedenfalls so, wie er bisher in der Diskussion steht - alles, nur nicht überzeugt sind, und zwar zu Recht nicht.

(Beifall FDP und CDU)

Jetzt würde ich selbstverständlich die Zwischenfrage des Kollegen Andresen zulassen, falls er sie noch stellen möchte.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Erst Herr Abgeordneter Dr. Stegner, dann Herr Abgeordneter Andresen.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Mit dem größten Vergnügen beantworte ich auch die Zwischenfrage des Kollegen Stegner.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Dann hat Herr Abgeordneter Dr. Stegner jetzt das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Sehr verehrter Herr Kollege Dr. Garg, Sie sind ja kein Parlamentarneuling. Deshalb möchte ich Sie gern fragen, ob Ihnen aufgefallen ist, dass es noch keinen Gesetzentwurf zum kommunalen Finanzausgleich im Parlament gibt und dass sich die Aussagen, die Sie zitiert haben, daher natürlich darauf beziehen, dass dieses Parlament sorgfältig beraten wird. Aber neuerdings haben Sie sich ja angewöhnt, Dinge zu beraten, wenn sie noch nicht im Parlament sind. Vielleicht machen Sie auch noch mit, wenn sie im Parlament angekommen sind. Das wäre ja eine ganz erfreuliche Veränderung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD] setzt sich)

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

- Ich dachte, dass man stehenbleibt, wenn auf Zwischenbemerkungen geantwortet wird.

(Dr. Ralf Stegner [SPD] tritt wieder an das Mikrofon)

Herr Dr. Stegner, wenn Sie inhaltlich nicht von uns lernen wollen, können Sie ja zumindest beim Benehmen noch von uns lernen.

(Zurufe SPD: Oh! - Wolfgang Baasch [SPD]: So alt bist du doch noch gar nicht! - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das jetzt die Antwort?)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich bitte Sie, zur Sache zu kommen.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Kollege Dr. Stegner, wir beschäftigen uns heute aufgrund von Anträgen zweier Fraktionen mit einem der wichtigsten Vorhaben Ihrer Landesregierung. Ich denke, es ist vollkommen legitim, dass ein Entwurf, der zwar dem Parlament noch nicht zugeleitet wurde, der aber in der öffentlichen Diskussion steht, selbstverständlich jederzeit auch im Parlament diskutiert werden kann.

(Beifall FDP und CDU - Christopher Vogt [FDP]: Wo denn sonst!)

Insofern verstehe ich Ihre Aufregung darüber nicht. Dass Sie sich darüber mokieren, dass politische Dinge, die in der öffentlichen Diskussion stehen, in diesem Parlament ebenfalls diskutiert werden, hätte ich von dem Verfechter einer Dialogkultur, so werden Sie hier zitiert, eigentlich nicht erwartet.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Kollegen Dr. Stegner?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Mit dem größten Vergnügen, natürlich.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Der Dialog mit Ihnen ist so wundervoll, dass ich ihn gern noch ein Stück fortsetzen möchte. Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass ich nicht kritisiert habe, dass sich der Landtag damit befasst. Vielmehr habe ich kritisiert, dass Sie die Kollegen Habersaat und von Pein nicht verstanden

haben. Sie haben Sie zwar zitiert, aber nicht verstanden. Sie haben nämlich darauf hingewiesen, dass im Parlament natürlich darüber diskutiert wird. Da gibt es Anhörungen, und da wird es auch Veränderungen geben. Das ist der Kern der Auseinandersetzung über Gesetzentwürfe im Landtag. Sie sollten die beiden sehr klugen Kollegen also nicht für Ihre Zwecke einspannen, wenn Sie nicht verstanden haben, was sie sagen wollen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP]: Jetzt sind sie wieder eingenordet worden!)

- Herr Kollege Stegner, ich meine, ich habe die beiden Kollegen sehr wohl verstanden. Ich kann verstehen, dass es Ihnen unangenehm ist, wenn sich offensichtlich die Sprecherin für dieses Thema, Frau Raudies, hier hinstellt und den Anschein erweckt, als seien sämtliche Probleme gelöst und man habe nach dritten Korrekturen das Rad neu erfunden. Sie müssen der Opposition schon zugestehen, dass sie Aussagen von Kollegen Ihrer Fraktion nimmt, um sehr wohl den Finger in die Wunde legen. Das mache ich den Kollegen nicht zum Vorwurf und spanne sie auch nicht für meine „üblen“ Zwecke ein. Ich weise nur darauf hin, dass auch in den regierungstragenden Fraktionen offensichtlich noch erheblicher Beratungsbedarf besteht. Den hat die Rednerin, die heute dazu gesprochen hat, so jedenfalls nicht dargestellt. Vielleicht könnten Sie darauf noch eingehen.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank. - Ich möchte Sie gern fragen - das hätte ich auch die Kollegen von der CDU fragen können -, wie eigentlich die Reformvorschläge der Opposition aussehen. Aber vielleicht legen Sie da ja noch etwas vor, wenn wir zum Gesetzgebungsprozess kommen.

Meine andere Frage ist etwas simpler. Sie ist gleichzeitig auch ein Appell an Sie, etwas differenzierter zu argumentieren. Sie sagen, dass überall alle gegen die Reformvorschläge sind, die jetzt vorliegen und im nächsten Monat wohl in das parlamentarische Verfahren gehen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass es durchaus auch in einigen Städten, auch in

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

der kreisfreien Stadt Flensburg, in der ich wohnhaft bin, Resolutionen gab, die ausdrücklich Ziel und Richtung der Reformvorschläge des Innenministeriums unterstützen, übrigens auch mit Stimmen der Fraktionen von CDU und der FDP, die gesagt haben: Eigentlich müssten wir als kreisfreie Städte noch viel mehr gestärkt werden. Das, was die Landesregierung vorhat, geht zwar in die richtige Richtung, reicht aber bei Weitem nicht aus. - Sie schütteln zum Teil den Kopf über das, was CDU und FDP hier auf Landesebene veranstalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Andresen, erstens freue ich mich, dass Sie sich an Ihrem Geburtstag gemeinsam mit dem Kollegen Stegner Sorge um mein intellektuelles Niveau machen. Ich bin sehr wohl in der Lage, Ihnen zu beantworten, wie unsere Vorstellungen aussehen. Sie haben gesagt, das sei eventuell eine etwas zu schwierige Frage. Ich finde es nicht zu schwierig; denn wir haben nachweislich bereits bei der allerersten Diskussion gesagt: Wir fordern einen **Demografiefaktor beziehungsweise einen Mix aus Flächen- und Demografiefaktor**, der den besonderen Bedürfnissen eines Flächenlandes mit einer älter werdenden Gesellschaft gerecht wird.

Ich weiß sehr wohl, dass der erste Entwurf so etwas wie einen Demografiefaktor vorsah. Das ist richtig. Er war aus unserer Sicht aber nicht ausreichend. Dann haben Sie die ganz klaren Forderungen der Opposition ja wohl mit aufgenommen und gesehen, was unsere Vorschläge sind.

Herr Andresen, ich habe im Übrigen auch niemals die Notwendigkeit einer FAG-Novelle bezweifelt. Mir ist auch klar, dass kreisfreie Städte, die insbesondere nach dem ersten Entwurf als Gewinner der Reform dastanden, kein besonderes Interesse an einer zweiten, dritten und vierten „Nachberechnung“ - um es einmal freundlich auszudrücken - hatten. Das einzige, was mir vor diesem Hintergrund nicht klar ist, ist der zweite Teil Ihrer Frage.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Andresen möchte ohnehin gern noch eine weitere Bemerkung machen. Vielleicht kann er dabei gleich den zweiten Teil noch einmal klarstellen.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank. - Meine Aussage

war, dass einige Ihrer Kollegen vor Ort, zumindest in einigen kreisfreien Städten, nicht ganz nachvollziehen können, was Sie auf der Landesebene zu diesem Thema veranstalten. Das müssen Sie nicht kommentieren - Sie dürfen es natürlich -, das habe ich einfach festgestellt.

Meine Folgefrage ist: Aufgrund der Finanzlage auf Landesebene können wir nicht ohne Ende mehr Geld in den kommunalen Finanzausgleich stecken. Diesen Zielkonflikt können Sie nicht auflösen. Wenn Sie sagen, wir bleiben bei diesem Volumen, dann müssen Sie innerhalb dieses Volumens konkretere Vorschläge machen als nur das Stichwort „Demografiefaktor“ zu nennen. Wenn Sie sagen, dass Sie mehr Geld hineingeben wollen - das ist eine respektable Position, die man auch vertreten kann -, dann müssen Sie das auch gegenfinanzieren. Das hatte ich in den Haushaltsberatungen auch in der Vergangenheit bei Ihnen bisher so nicht wahrgenommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ganz am Anfang, vor dem lauschigen Intermezzo mit dem Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten, Herr Dr. Stegner, habe ich sehr deutlich gesagt, dass aus Sicht der Opposition der grundsätzliche Fehler ist, dass es überhaupt keine **Aufgabenanalyse** gibt. Das ist mehr als nur Herumgenörgel.

(Beifall FDP und CDU)

Es hat schlicht daran gemangelt, im Dialogkonzept mit den Kreisen und den kreisfreien Städten ganz konsequent durchzudeklinieren, welche Ebene welche Aufgabe wahrnimmt und welche Ebene in Zukunft für welche Aufgabe stehen soll und ob die dafür zur Verfügung stehenden Finanzmittel auskömmlich sind. Wenn Sie jetzt sagen, das alles solle die Opposition machen, dann finde ich das offen gestanden etwas albern.

(Beifall FDP)

Es ist originär Regierungsauftrag, zunächst einmal einen solchen Prozess mit genau dieser Methode zu initiieren. Selbst wenn Sie mehr Geld ins System geben würden, würden Sie im Zweifelsfall immer noch jemanden finden, der damit nicht zufrieden ist. Das ist nicht die Frage. Aber wenn Sie so schlau sind, dann machen Sie es doch selber. Starten Sie

**(Dr. Heiner Garg)**

doch einmal die Diskussion über eine vernünftige Aufgabenanalyse. Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie sagen, in diesem Land gebe es keine Mehrheit für eine Gebietsreform, also lassen wir auch die ganze Aufgabenanalyse sein. Deswegen behaupten wir: Nur weil ein Teil der erhöhten Grunderwerbsteuer in Zukunft mit in die Kompensationsrechnung eingeht, kann man noch nicht behaupten, das sei die Kompensation für die Entnahme von 120 Millionen € aus dem kommunalen Finanzausgleich, den die Große Koalition unter dem kommunalen Minister Ralf Stegner beschlossen hat. Wenn Sie sich hier hinstellen und das so einfach verkaufen, kann ich verstehen, dass bei einer FAG-Novelle nichts Vernünftiges herauskommen kann.

Meine Damen und Herren, zu den Anträgen von Union und PIRATEN will ich Folgendes sagen. Ich habe mich bei aller Kritik an dem, was derzeit in der öffentlichen Diskussion steht, offen gestanden schon gewundert, dass es sich gerade die zahlenmäßig größte Oppositionsfraktion so einfach macht. Ich finde, dass Sie es sich mit einem Antrag auf Nichtbefassung schlicht und ergreifend zu einfach machen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich möchte über einen Gesetzentwurf diskutieren. Ich möchte darüber diskutieren, welche Fehler der Innenminister aus Sicht der Opposition, aus Sicht meiner Fraktion gemacht hat. Ich möchte diskutieren, ob es tatsächlich notwendig ist, dass Gemeinden wie Kampen Gewinner einer FAG-Novelle sind.

(Unruhe)

Vor diesem Hintergrund werden wir dem Antrag der Union unsere Zustimmung nicht geben, weil wir es als komisches parlamentarisches Verfahren ansehen, als Alternativvorschlag die Nichtbefassung eines noch nicht als Drucksache eingebrachten Gesetzentwurfs einzubringen.

(Vereinzelter Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Unruhe)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Torge Schmidt?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ja, selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte schön.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:** Sehr geehrter Kollege Garg, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass es zwischen der Position der CDU-Fraktion und der Piratenfraktion einen großen Unterschied gibt: Wir wollen genauso wie Sie über den Entwurf diskutieren. Das Problem, das wir sehen, ist, wenn wir demnächst über den Entwurf diskutieren, dass die entscheidende Diskussionsgrundlage fehlt. Die haben auch Sie in Ihrer Rede angemerkt. Das ist unter anderem die Bedarfsanalyse.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Diese wird ein bisschen Zeit brauchen. Bevor wir diese nicht haben, bringt es nicht viel, über den Gesetzentwurf zu diskutieren.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Kollege Schmidt, ich habe Ihre Zwischenbemerkung fast erwartet. Deswegen habe ich ja von „zahlenmäßig“ größter Oppositionsfraktion geredet. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit, Beifall und Zurufe)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Als Nächstes hat für die Fraktion der PIRATEN Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

(Zurufe)

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit Monaten spricht man überall in Schleswig-Holstein darüber, wie die **angemessene Finanzausstattung der Kommunen** sichergestellt werden kann - wohlgemerkt: jeder einzelnen Kommune, denn das ist der Anspruch, der sich aus Artikel 49 Abs. 1 unserer Landesverfassung ergibt. Hierzu ein Zitat, das Sie sicherlich alle kennen:

„Die vorliegende Untersuchung bezieht sich ausdrücklich nicht auf die vertikale Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen ... und die horizontale Komponente der Bestimmung von Finanzkraft und Finanzbedarf für jede einzelne Kommune.“

Mit diesem Satz aus dem **Gutachten** des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung ist

(Torge Schmidt)

eigentlich alles zur Grundlage des FAG-Entwurfs der Landesregierung gesagt. Das Gutachten ist schlichtweg nicht geeignet, Auskunft darüber zu geben, wie das Land die angemessene Finanzausstattung sicherstellen kann.

Die Gutachter haben sich dem Auftrag des Innenministeriums folgend mit dieser Frage nicht befasst. Man muss hier zwei Ebenen unterscheiden, die schnell Gefahr laufen, verwechselt zu werden: die Berechnungen der Bedarfe der einzelnen Kommunen innerhalb ihrer Teilgruppe auf der einen Seite und die Verteilung der Zuschüsse zwischen den Teilgruppen auf der anderen Seite. Beide wurden von der Landesregierung fehlerhaft behandelt.

Verteilung des Vorhandenen ist die Prämisse des Entwurfs. Das aber ist nicht der Verfassungsauftrag, der sich an das Land richtet. Unser Auftrag ist es, die **angemessene Finanzausstattung der Kommunen** sicherzustellen. Angemessen kann eine Finanzausstattung nur sein, wenn sie die Erfüllung der tatsächlichen Aufgaben jeder einzelnen Kommune sicherstellt und ihr Spielraum zur Gestaltung ihrer örtlichen Gemeinschaft belässt. Aufgabenbezogenheit ist das Schlagwort, welches in keiner Äußerung der Koalition oder der Landesregierung fehlen darf - wahrscheinlich gerade weil sie dem Gesetz selbst fremd ist, getreu dem Motto: Was schon der Gesetzentwurf nicht leistet, muss umso mehr in die öffentlichen Verlautbarungen hineingeredet werden.

Sicher kann das Land nicht einfach Geld verschenken. Dennoch muss auf der ersten Ebene der Bedarf der kommunalen Familie insgesamt ermittelt und nachvollziehbar belegt werden.

(Beifall PIRATEN)

Die Landesregierung jedoch stellt von vornherein einen Pott auf und erklärt den für ausreichend - ausreichend, weil das Volumen die summierten Ausgaben der Kommunen decken soll. Das kann man so machen, sollte man aber nicht. Denn mit dieser Methode blendet man jene **Bedarfe von Kommunen** aus, die erforderliche Investitionen seit Jahren zurückstellen, um Schuldenabbau und einen ausgeglichenen Haushalt erreichen zu können. Natürlich gehören auch die zurückgestellten Investitionen zum Bedarf der Kommunen.

Auf der anderen Seite gibt es Kommunen, die, statt Investitionen zurückzustellen, gleich noch jene für die Zukunft mitgenommen haben oder - um es direkter zu sagen - die mehr ausgeben, als sie sollten. Ist es möglich, dass die Auswirkungen dieser bei-

den Gruppen so gering sind, dass man sie vernachlässigen darf?

Möglich ist alles, aber die Verteilung von 1,4 Milliarden € mit einer vagen Hoffnung zu begründen, ist schon fast mehr als fahrlässig. Gerade wenn Land und Kommunen verantwortungsvoll mit ihrem Geld umgehen sollen, dürfen sie die öffentlichen Gelder nicht aufgrund einer bloßen Hoffnung verteilen.

(Beifall PIRATEN)

Ich halte fest: Wir kennen den **Bedarf des kommunalen Sektors** nicht, und die Landesregierung will ihn offenbar auch nicht kennen. Unmittelbar damit geht die fehlende Berechnung des Bedarfs der einzelnen Kommunen innerhalb ihrer Teilgruppe einher. Die Berechnung lautet - grob gefasst -: willkürlich ermittelter Bedarf X, also die sogenannte Ausgangsmesszahl, abzüglich der Einnahmen. Natürlich etwas komplexer, aber das Grundscheema passt an dieser Stelle.

Der Bedarf beruht auf der Einwohnerzahl und einem Multiplikator, der ausschließlich dazu dient, auch ja die gesamte Menge an Geld zu verteilen. Ob der tatsächliche Bedarf der Kommunen damit jeweils gedeckt, überdeckt oder unterdeckt ist - egal. Darum geht es nicht, jedenfalls geht es dem Innenministerium offenkundig nicht darum. Das zeigt eindrücklich das eingangs erwähnte Zitat, Finanzbedarfe sollten von vornherein nicht interessieren. Aber auch bei Anreizen zur wirtschaftlichen Mittelverwendung kann man knapp sagen: Fehlanzeige!

Meine Damen und Herren, die Reform des kommunalen Finanzausgleichs ist eines der Projekte dieser Landesregierung - man möchte sagen -, die wie ein Tiger zum Sprung ansetzt, der sich schon in der Luft zum Bettvorleger verwandelt.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Das ist keine Reform; das ist bestenfalls ein Reformchen. Gerade weil die Kommunen immer mehr Aufgaben erhalten haben, der Anspruch der Bürger steigt und wir jetzt schon erhebliche Unwuchten in der Bevölkerungsentwicklung haben, hilft ein Reformchen nicht. Das neue FAG muss in der Lage sein, den Bedarf der Kommunen auch in der Zukunft abzudecken.

Wir sind der Auffassung, dass dies nur gelingen kann, wenn eine **wissenschaftliche Untersuchung der tatsächlichen Bedarfe und Aufgaben der Kommunen** erfolgt. Am einen Gesetzentwurf dieser Größenordnung, der ohne wissenschaftliche Ba-



(Torge Schmidt)

sis daherkommt, kann im Parlament nur Flickschusterei betrieben werden, ohne Kenntnis der Schuhgröße, weil diese nicht bekannt ist.

(Beifall PIRATEN, Tobias Koch [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Kollegen des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der **kommunale Finanzausgleich** ist in der Tat eine komplizierte Sache. Er ist aber - betrachtet man den Status quo - auch ein in sich veraltetes Instrument, das den heutigen Ansprüchen nicht mehr genügt. Er stammt von der Struktur her aus den 50er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts, und er wurde das letzte Mal 1970 überarbeitet.

Seit über 40 Jahren hat sich keine Koalition - gleich welcher Couleur - mehr an dieses Instrument herangewagt, um es zu reformieren. Zu groß waren wohl die Ängste, es nicht allen recht machen zu können. Deshalb haben wir heute ein Instrument zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben, das sich teilweise an veralteten Parametern orientiert. Hier möchte auch ich daran erinnern, dass zum Beispiel die Zonenrandförderung immer noch Teil des Finanzausgleichs ist, obwohl die DDR schon vor fast 25 Jahren untergegangen ist.

Die Bürgerinnen und Bürger können mit Fug und Recht erwarten, dass die Politik sich darum kümmert, wie die kommunale Ebene in Zukunft finanziert wird.

Dabei gibt es mehrere Komponenten, die nach unserer Ansicht betrachtet werden müssen. Erstens muss man Bereiche definieren, die vorab finanziert werden müssen. Danach müssen dann Kriterien festgelegt werden, nach denen die Aufgaben der Kommunen finanziert werden. Genau das hat die Landesregierung jetzt zum ersten Mal seit 43 Jahren getan.

Welche **übergeordneten Aufgaben** hat nun eigentlich das System des kommunalen Finanzausgleichs? - Zuerst einmal muss man sich um die Dinge kümmern, die vorab von allen Kommunen gemeinsam getragen werden müssen. Da ist aus Sicht des SSW natürlich zuallererst die **Kultur** zu nennen.

Der neue kommunale Finanzausgleich, den wir umsetzen wollen, soll insbesondere die Theater im Land und das Büchereiwesen stärken. Beide Bereiche kommen nicht ohne eine solide Grundfinanzierung aus. Beide Bereiche sind durchaus personalintensiv. Deshalb kann es nicht sein, dass man Finanzmittel einfriert und so eine Aufrechterhaltung der Struktur infrage stellt. In der Vergangenheit hat man sowohl bei den Theatern als auch im Büchereiwesen erhebliche Einschnitte hinnehmen müssen. Jetzt steht man allerdings vor erheblichen Herausforderungen: Die Theater müssen insbesondere Personalkostensteigerungen auffangen können, und die Büchereien haben zusätzlich damit zu kämpfen, dass sie sich auf die neuen Medien, die gar nicht mehr so neu sind, einstellen und ihre Angebote entsprechend anpassen müssen.

Für uns als SSW und aus unserer skandinavischen Sichtweise sind **Theater** unverzichtbar, und die Angebote der **Büchereien** sind quasi eine Grundlage dafür, dass man das Menschenrecht auf ungehinderten Zugang zu Bildung auch erfüllen kann.

(Beifall SSW)

Deshalb sollen die Zuschüsse für diese Bereiche wieder dynamisiert werden. Es bleibt also nicht nur beim Vorwegabzug, sondern es wird stetig mehr Geld in diese Bereiche fließen. Das ist dem Kollegen Callsen noch gar nicht klar geworden. Er hat kritisiert, dass da weniger Geld sei. Es wird mehr Geld geben, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Hier sind wir uns mit den kommunalen Landesverbänden einig. Deshalb muss man ganz deutlich sagen, dass hier in einem für uns alle wichtigen Bereich endlich Sicherheit einkehrt.

Betrachtet man nun die **Verteilung der Gelder**, die direkt an die Kommunen gehen, so gilt gerade dort, dass die Gelder den Aufgaben folgen sollen. Eigentlich ist das eine Binsenweisheit, aber trotzdem muss man dies anscheinend immer wieder betonen. Deshalb ist das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden beauftragt worden, die Verteilung der Gelder innerhalb der kommunalen Familie zu untersuchen. Die Kriterien, die dafür angelegt wurden, sind ebenfalls mit den kommunalen Landesverbänden abgestimmt worden, und dann kam irgendwann ein Ergebnis dabei heraus. Dass dabei klargestellt wurde, dass die kreisfreien Städte und die größeren zentralen Orte für die Vielfalt ihrer Aufgaben, die sie auch gerade für den Umland-

(Lars Harms)

bereich leisten, bisher zu wenig Geld bekommen hatten, konnte nicht wirklich überraschen. Allerdings hatte auch ich seinerzeit nicht erwartet, dass die kleinen kreisangehörigen Gemeinden unterfinanziert waren und die Landkreise eher zu gut dastünden, wie es das Ergebnis des Gutachtens war. Deshalb machte es ja auch Sinn, die Resultate des Gutachtens noch einmal zu überprüfen.

Allerdings kam bei der Prüfung der Resultate heraus, dass das **Gutachten** eben nicht danebenlag, sondern die Wirklichkeit recht gut abgebildet hatte. Natürlich wurde etwas korrigiert, aber am Grundtenor der Aussagen des Gutachtens konnte eben nicht gerüttelt werden. Dass also eine Verschiebung zwischen den einzelnen kommunalen Einheiten stattfinden musste, war klar und nachvollziehbar. Ich möchte hierbei noch einmal daran erinnern, dass sich das Gutachten an Fragestellungen orientierte, die mit den kommunalen Landesverbänden abgestimmt waren. Wenn man nun weiß, dass die **Verteilung der Mittel** zwischen Gemeinden, Kreisen und Städten neu gestaltet werden muss, dann kam es jetzt auch noch darauf an, ein geeignetes **Kriterium** zu finden. Wir meinen, dass die Berücksichtigung von Soziallasten genau ein solches Kriterium ist und dieses Kriterium auch die finanzielle Hauptbelastung unserer Kommunen abbildet.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird also auch in Zukunft so sein, dass Kommunen, die hohe Lasten zu tragen haben, auch mit höheren Finanzmitteln rechnen können. Das ist auch vernünftig so. Natürlich müssen dann auch die eigenen Einnahmemöglichkeiten gegengerechnet werden. So wird im Übrigen die Gemeinde Kampen nicht mehr aus dem KFA bekommen als heute, sondern rund 2 Millionen € weniger - aber das sage ich nur am Rande, weil sich der eine oder andere falsch informiert zeigte. Das Grundsystem des neuen Finanzausgleichs war also richtig.

Trotzdem haben wir natürlich den von uns eingeleiteten **Dialog** ernst genommen, und dieser Dialog ist auch noch nicht abgeschlossen, wenn wir demnächst mit der ersten Lesung des Gesetzentwurfs hier im Landtag beginnen. Es ist in den letzten Monaten eine Vielzahl von Vorschlägen eingegangen, wie der KFA noch besser gestaltet werden könnte. Da ist von einem Flächenansatz gesprochen worden, oder auch Sonderfälle wie Inseln und Halligen sind genannt worden. Aber auch die Schulsozialarbeit, die Jugendhilfekosten, die Eingliederungshilfe oder auch der ÖPNV und die Schülerbeförderungs-

kosten sollten nach Meinung der Angehörten berücksichtigt werden.

Wir haben dies alles beraten und diese Vorschläge aufgegriffen. Allein das finde ich schon bemerkenswert und positiv an sich.

(Beifall SSW, Dr. Ralf Stegner [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nach Ende der Anhörungen durch das Ministerium ist der Vorschlag für einen neuen kommunalen Finanzausgleich um mehrere Komponenten erweitert worden. So sollen nun auch Anteile aus der erhöhten Grunderwerbsteuer an die Kommunen weitergeleitet werden. Weiter soll das Geld, das wir für dieses Jahr einmal für die Schulsozialarbeit in den Haushalt eingestellt haben, auch in Zukunft in dieser Höhe an die Kommunen fließen. Darüber hinaus kann auch eine Infrastrukturkomponente berücksichtigt werden, wenn die Steuerschätzung im Mai dies ermöglicht. Wer sich die Summen ansieht - 15 Millionen € extra aus der Grunderwerbsteuer, 13 Millionen € extra für die Schulsozialarbeit und möglicherweise noch einmal 12 Millionen € extra für die Infrastruktur -, der kann nicht ernsthaft meinen, wir täten nichts für die kommunale Ebene.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil: Im Bewusstsein des knappen Haushaltes - der ist super knapp - machen wir das Maximale möglich und stellen bis zu 40 Millionen € mehr zur Verfügung. Das unterscheidet uns sehr von unseren Vorgängern, die das nicht getan haben.

Für den SSW ist es insbesondere wichtig und unerlässlich, dass wir im Bereich der **Infrastrukturfinanzierung** noch etwas nachlegen. Man könnte sich dabei am Straßennetz der Kreise und kreisfreien Städte orientieren, so wie man es auch im bisherigen Finanzausgleich schon macht. So könnte man sicherstellen, dass man - wie von den Angehörten gewünscht - Gelder im ÖPNV und für die Schülerbeförderung nutzen kann. Im Übrigen hat sich auch schon die Autokraft an die Fraktionen gewandt und diese Forderung unterstützt. Weiter wären solche Mittel auch für den Bau und die Sanierung des teilweise maroden Straßennetzes - insbesondere im ländlichen Raum - nutzbar, und natürlich könnte man dieses Geld auch für den Breitbandausbau im ländlichen Raum nutzen. Gerade hier stehen wir vor besonderen Herausforderungen, wenn wir für annähernd gleiche Lebensverhältnisse auch im ländlichen Raum sorgen wollen. Hier muss man dann auch zusätzliches Geld in die Hand nehmen.

(Lars Harms)

Betrachtet man das Ganze abschließend, so kann man sagen, dass dadurch, dass wir bis zu 40 Millionen € mehr in den Finanzausgleich geben und 2017 insgesamt 80 Millionen € zusätzlich für Kindertagesstätten bereitgestellt werden, der **bisherige Eingriff in den KFA** ausgeglichen wird. Gleichzeitig orientiert sich die Finanzierung der Kommunen an nachvollziehbaren und aufgabenbezogenen Kriterien. Alles in allem ist das somit eine ziemlich runde Sache. Meckern der Opposition ist dabei eigentlich unangebracht. Wer meckert, der muss tatsächlich Alternativen vorlegen.

(Christopher Vogt [FDP]: Wer meckert denn hier?)

- Allein Nein zu sagen reicht bei Weitem nicht aus.

Der **Gesetzentwurf**, der demnächst unser Parlament erreichen wird, ist schon das **Produkt** eines langen **Dialogprozesses**. Dieser Prozess ist nicht im kommenden Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen, sondern auch nachdem das neue FAG beschlossen sein wird, wird es nach einem Jahr und dann wieder alle fünf Jahre evaluiert. Mehr Dialog geht eigentlich nicht. Damit werden wir nicht nur ein gutes FAG bekommen, sondern wir sind dauerhaft im Dialogprozess. Das unterscheidet uns markant von anderen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund möchte ich wirklich die Gelegenheit nutzen, mich insbesondere beim Innenminister und beim Ministerium für diese Dialogbereitschaft zu bedanken. Ich weiß, dass dabei noch ein toller Dialog auch im Gesetzgebungsverfahren herauskommt. Vor dem Hintergrund bin ich mir absolut sicher, dass wir ein topp FAG bekommen werden, das auch die nächsten 25 Jahre entsprechend halten kann.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ein Mann der Wahrheit!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Sie hatten sich so geäußert, dass Sie Ihre Redezeiten zum Teil teilen wollten. Deshalb teile ich Ihnen jetzt mit, dass die Kollegin von der CDU noch 2 Minuten 50 Sekunden und der Kollege von der SPD 3 Minuten 30 Sekunden Zeit haben.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Petra Nicolaisen das Wort.

**Petra Nicolaisen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FAG-Reform ist unbedingt vonnöten, auch unter Berücksichtigung der Sozillasten. Das streitet auch die CDU nicht ab. Hierzu muss aber eine solide Basis, eine Grundlage geschaffen werden. Diese ist hier nicht ermittelt worden.

Erstens. Die **vertikalen Finanzbeziehungen** zwischen Land und Kommunen sind überhaupt nicht berücksichtigt worden, sprich: Man hat überhaupt nicht über eine finanzielle Mindestausstattung der Kommunen, Städte und Kreise gesprochen. Der Finanzierungsbedarf folgt dem Zuschussbedarf.

Zweitens. **Konnexitätsmittel** sind keine Kompensationsmittel.

(Beifall CDU)

Der bis 2017 auf 80 Millionen € jährlich anwachsende Zuschuss des Landes für den Ausbau der Kinderbetreuung war das Ergebnis einer außergerichtlichen Einigung zur Abwendung einer von den Kommunen eingereichten Verfassungsklage.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden steht in keinerlei Zusammenhang mit einer Rückgängigmachung des 120-Millionen €-Eingriffs in den kommunalen Finanzausgleich.

(Beifall CDU)

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie auf, Ihr Wahlversprechen einzuhalten. Wenn man einmal in den Haushalt guckt, sieht man, dass die Fortsetzung der Kürzung der Verbundgrundlage des kommunalen Finanzausgleichs um 120 Millionen € auf Seite 13 des Einzelplans 11 im Haushalt ganz eindeutig festgeschrieben ist. Es wird zu keiner Rückführung der 120 Millionen € kommen.

Drittens. Herr Harms, die **Theaterfinanzierung** ist angesprochen worden. Aus meiner Sicht kommt es im Bereich der Theater und Orchester zu einer Doppel- und Dreifachfinanzierung.

Viertens. Die Kürzung der **Konsolidierungshilfe** ist angesprochen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist an Unsinnigkeit kaum zu überbieten!)

Es war die CDU- und FDP-Regierung, die das FAG nach 43 Jahren angefasst und mit der Reformierung begonnen hat.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das hat nur niemand gemerkt!)

(Petra Nicolaisen)

Die **Zahlungsdauer der Konsolidierungshilfen** ist reduziert worden. Man hat unseren Ansatz, die Gültigkeitsdauer bis zum Jahr 2020/2021 festzuschreiben, auf das Jahr 2018 reduziert. Das heißt, dass an Kreise und Städte drei Jahre weniger Konsolidierungshilfe gezahlt wird. Das entspricht einem Eingriff von 45 Millionen €.

Mit der Reform des kommunalen Finanzausgleichs ersetzt die Landesregierung ein intransparentes Verhältnis durch ein intransparentes Verhältnis. Es gibt heute keine weitere Erklärung. Eine Grundlage habe ich nicht erkennen können.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wenn mir Kämmerer des Landes Schleswig-Holstein erklären, sie haben zwar Zahlen bekommen, nur keine Grundlage, und mir vor Ort nicht erklären können, wie dieses Finanzausgleichsgesetz zustande gekommen ist, dann muss uns das zu denken geben.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Abgeordnete, Sie müssen bitte zum Schluss kommen. Sie haben Ihre Redezeit schon deutlich überschritten. Es tut mir leid.

**Petra Nicolaisen [CDU]:**

Ja.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Kai Dolgner das Wort.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während Kampfen knapp 500 € pro Einwohner zusätzlich erhalten, müsste Erfde 30 € pro Einwohner in den Ausgleichstopf zahlen, so die Pressemitteilung von Frau Nicolaisen. Frau Nicolaisen, wenn das wirklich so wäre, wäre das in der Tat ein Skandal. Speziell für Sie habe ich einmal die Zahlen aus den FAG-Erlassen herausgesucht.

Erstens. **Kampfen** bekommt gar keine Schlüsselzuweisung. Kampfen hat 2013 insgesamt 1,5 Millionen € an Finanzausgleichsumlage, Kreisumlage und zusätzlicher Kreisumlage eingezahlt. Das sind 2.800 € pro Einwohner. Jetzt reden wir darüber - und das ist offensichtlich der Skandal -, ob Kampfen

nach den Zahlen des FAG 2014 3.600 €, also 800 € mehr als 2013, oder 4.100 € pro Einwohner solidarisch an andere abgeben soll. Darüber reden wir. Es geht nicht darum, dass Kampfen plötzlich einen Bedarf hat, der gedeckt werden muss.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf)

- Nein. Vorher waren es 2.800 €. Ich kann Ihnen nachher die Zahlen zeigen.

(Zuruf)

- Sie können nicht immer den Status quo fortschreiben. Dann haben Sie das Ausgleichssystem nicht kapiert. Darin spielt nämlich auch die eigene Steuerkraft eine Rolle, und die ist erheblich gestiegen. - Kampfen gilt also weiterhin als reich und muss deshalb zwei Drittel seines Reichtums abgeben. Das ist eine Quote, von der die Linkspartei im Einkommensteuerrecht träumen dürfte. Im Kommunalbereich ist das in Ordnung, die CDU möchte aber offensichtlich mehr. Denn sonst kann man ja nicht sagen, das brauchen die nicht.

(Martin Habersaat [SPD]: Sozialisten!)

Kommen wir nun zu **Erfde**. Sie behaupten, Erfde müsse 30 € in den Ausgleichstopf zahlen. Das steht so wörtlich in Ihrer Pressemitteilung. Herr Koch, vielleicht schreiben Sie demnächst die Pressemitteilungen für Frau Nicolaisen. Sie können jedenfalls rechnen. Jetzt reden wir darüber, ob - wieder bezogen auf das FAG - 2016 unter Berücksichtigung der KdU-Umlage Erfde 418 € oder 443 € pro Einwohner erhalten soll. Das sind ungefähr die 30 €, die Sie monieren. Dann müssen Sie allerdings noch die Änderung der Kreisumlage berücksichtigen, und das, obwohl die Steuerkraft zwischen den beiden Jahren um 86 € gestiegen ist. Daran können Sie sehen, dass Sie nicht einfach irgendwelche Differenzen berechnen können. Erfde hat inzwischen 86 € pro Einwohner mehr. Das reduziert übrigens auch den Ausgleichsbedarf, weil es ein Ausgleich und kein Zuschuss ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Selbst wenn wir die Kreisumlage von 300 € pro Einwohner abziehen, bleibt Erfde in jedem Szenario immer noch Nettoempfänger, der von der Solidarität anderer - richtigerweise - mit lebt.

Nebenbei bemerkt sind die **Hebesätze** von Erfde 48 Prozentpunkte beziehungsweise 25 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt.

(Zuruf SPD: Hört! Hört!)

(Dr. Kai Dolgner)

Schon die Anhebung auf den Landesschnitt würde übrigens die 60.000 € bringen, die Sie monieren. Nebenbei bemerkt: Die Gemeinde Sylt, die über 1 Millionen € Finanzausgleichsumlage einzahlt, liegt über dem Landesdurchschnitt. Das heißt, Gemeinden, die den Landesdurchschnitt übertreffen und davon fast 70 % an Gemeinden wie Erfde abgeben müssen, finanzieren das Ganze. Der Gemeinderat der Gemeinde Erfde hat die 60.000 € bisher nicht gebraucht. Sie hätten sie ja locker nehmen können und wären dann immer im Landesdurchschnitt gewesen.

Ich komme zum Fazit. Kampen wird also mitnichten für arm erklärt und Erfde nicht für reich. Kampen wird auch weiterhin den Löwenanteil seines Steuereinkommens abgeben müssen. Das ist auch gut so. Man muss nicht nur Gutachten lesen, es gibt auch weitere Dinge. Wir reden über Gesetzentwürfe. Auf Seite 39 des Gesetzentwurfs findet sich die **vertikale Dimension**, die ja keiner gefunden hat. Auf Seite 64, lieber Herr Dr. Garg, findet sich die **Berücksichtigung von SGB VIII und SGB XII**. Beim SGB XII sind allerdings nur die ambulanten Leistungen aufgeführt, weil die stationären Leistungen direkt abgerechnet werden respektive budgetiert sind. Das heißt, sie sind mit einer Korrelation von 0,943 berücksichtigt.

(Zuruf)

- Sie können ja gern eine Zwischenfrage stellen, aber meine Redezeit ist leider abgelaufen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein!)

- Nicht? - Schade. - Danke.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, wir haben weitere Gäste auf der Tribüne. Es sind noch einmal Schülerinnen und Schüler des Sophie-Scholl-Gymnasiums aus Itzehoe. - Herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Tobias Koch das Wort.

### Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kollegin Raudies begann ihren Wortbeitrag mit der Analyse, dass die **Finanzkraft** vie-

ler **Kommunen** nicht ausreichen soll. Wenn das Ihre Analyse ist, dann ist es aber keine Lösung, diesen Mangel lediglich umzuverteilen. Mit dem jetzt vorliegenden Stand des Gesetzentwurfs machen Sie eines, nämlich dass Sie die Kreise, die bereits heute anerkannt eine zu geringe Finanzkraft haben und die deswegen Konsolidierungshilfe bekommen, jetzt sogar finanziell noch schlechterstellen

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

und dass Sie gerade einen Teil der Gemeinden, die über die höchste Finanzkraft im Land verfügen, finanziell entlasten. Frau Kollegin Raudies, wenn das Ihre Analyse ist, passt das doch nicht zusammen, dass die Finanzkraft nicht ausreicht. Es ist auch Kiel, Lübeck und Flensburg nicht geholfen - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie reden Unsinn!)

- Herr Kollege Dr. Stegner, das überlasse ich gern Ihnen. An dem Wettbewerb beteilige ich mich nicht.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Man kann sich der Welt nicht entziehen, Herr Koch! - Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Herr Kollege Dr. Dolgner, zu Ihnen komme ich auch noch.

(Heiterkeit)

Im Übrigen ist den kreisfreien Städten mit den jetzt vorgesehenen 22 Millionen € doch auch nicht geholfen. Sie werden nicht behaupten können, dass die Probleme in Flensburg mit 3 Millionen € und in Lübeck mit 7 Millionen € jetzt gelöst werden können.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wo sind Ihre Anträge?)

Nun stellten Sie sich aber heute hier hin und sagten, alles sei gut, erklärbar und begründbar, was in diesem Gesetzentwurf drinsteht. Frau Kollegin von Kalben und Herr Kollege Stegner, erklären Sie uns doch heute einmal hier von diesem Rednerpult, welche Aufgaben die 48-Einwohner-Gemeinde **Norderfriedrichskoog** wahrnimmt, dass sie aufgabenbezogen zukünftig um 658.000 € bessergestellt wird, also immerhin 15.000 € pro Einwohner. Für welche Aufgaben dieser Gemeinde ist das gedacht? Erklären Sie uns das heute hier. Sie haben ja selbst gesagt: Sie haben alles verstanden, Sie können das gut und transparent erklären.

(Tobias Koch)

Was hat es nun mit **Kampen** auf sich, Herr Kollege Dr. Dolgner? Ja, Kampen zahlt bisher in den Finanzausgleich ein.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Künftig auch!)

- Künftig auch! Bisher also gelebte Solidarität, weil das eine Gemeinde mit einer weit überdurchschnittlichen Steuerkraft ist, die um mehrere tausend Euro über dem Landesdurchschnitt liegt. Der jetzige Stand des Gesetzentwurfs sorgt dafür, dass sie zukünftig weniger einzahlen muss

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist Unsinn!)

- weniger als bisher. Sie zahlt auch zukünftig ein, aber weniger als bisher. Sie wird nach der Anlage zum Gesetzentwurf finanziell um 260.000 € entlastet. Sie wird also um 458 € pro Einwohner entlastet. Wenn das Ihr Verständnis von Solidarität ist, dass diejenigen, die am meisten Finanzkraft haben, weniger einzahlen müssen, dann sind Sie nicht mehr die Sozialdemokratie, die Sie bisher sein wollten.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

**Tobias Koch [CDU]:**

Da meine Redezeit fast abgelaufen ist, gerne dem Geburtstagskind.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Ich helfe Ihnen auch gerne aus. Vielen Dank, Herr Kollege Koch. - Ist die Konsequenz aus Ihrem Wortbeitrag eigentlich, dass wir für den nächsten Haushalt einen Haushaltsantrag in Höhe von 120 Millionen € zu erwarten haben, mit dem Sie dann den Eingriff, den Sie selbst damals mitgetragen haben, wieder rückgängig machen?

- Für diese Frage bin ich Ihnen besonders dankbar, weil ich den Punkt aus Zeitgründen in der Tat nicht mehr untergebracht hätte, jetzt aber Zeit habe, darauf einzugehen. Wir haben nicht versprochen, den 120-Millionen-€-Eingriff rückgängig zu machen. Das war dieser Spitzenkandidat, der jetzt Ministerpräsident ist. Mit Ihrem Gesetzentwurf schreiben Sie den 120-Millionen-€-Eingriff auf alle Zeiten fort. Sie rechnen ihn in den Verbundsatz ein, und Sie ändern damit überhaupt nichts. Sie versuchen mit fragwürdigen Gegenrechnungen, dieses zu beschönigen. Aber in Ihrem eigenen Entwurf sind die

120 Millionen € eingerechnet. Schauen Sie in den Gesetzentwurf rein, die 120 Millionen € werden für alle Zeiten festgeschrieben. Sie machen nicht ein einziges Wort von dem wahr, was Sie im Wahlkampf versprochen haben.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

**Tobias Koch [CDU]:**

Ja, auch das noch.

(Zuruf CDU: Wieso nicht?)

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Dann haben Sie ja noch mehr Redezeit. Meine Hoffnung war ja eigentlich, von Ihnen einmal zu erfahren, was die CDU plant, und nicht nur immer zu sehen, wie Sie mit dem Finger auf andere zeigen. Deshalb noch mal konkret die Frage: Verstehe ich das dann also richtig, dass die Union nicht plant, mehr Mittel in den kommunalen Finanzausgleich - so wie es auch verschiedene Kommunalpolitiker oder auch Herr Liebing fordern - hineinzustecken? Heißt das, Sie bleiben auch bei derselben Höhe beim kommunalen Finanzausgleich und wollen da nicht mehr Mittel reingeben? Habe ich das richtig verstanden?

-Wir haben in unserer eigenen Regierungszeit mit der Konsolidierungshilfe für diejenigen Kommunen, die dauerhaft strukturelle Defizite haben, einen echten Lösungsansatz aufgezeigt. Diese bekommen nach unserem Gesetzentwurf bereits zusätzliche Finanzhilfen - sowohl aus der Haushaltssolidargemeinschaft der Kommunen als auch aus Landesmitteln, weil wir damals auch eigenes Landesgeld in das Konsolidierungshilfegesetz eingebracht haben. Das war aus unserer Sicht der richtige Weg, und den würden wir aus Sicht der **Union** weiter so beschreiten, nämlich **Hilfe zur Selbsthilfe** zu geben, aber auch an Bedingungen geknüpft und nicht einfach mit der Gießkanne zu verteilt. Das ist unser Lösungsansatz. Diesen haben Sie zum Teil wieder zurückgedreht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Weil Sie die kommunale Selbstverwaltung beeinträchtigt haben!)

- Ja, wenn wir ihnen helfen, dann beeinträchtigen wir die kommunale Selbstverwaltung. Das ist auch eine Logik, die man erst einmal verstehen muss.

(Tobias Koch)

Also, Herr Kollege, wir haben Lösungswege aufgezeigt, Sie haben sie zurückgedreht und versuchen jetzt, in einem neuen Entwurf andere Antworten zu geben. Das führt aber nicht weiter.

Meine Damen und Herren, immerhin sind wir uns alle einig, dass die bisherigen drei Versuche der Regierung so schlecht sind, dass es weitere Änderungen geben muss. Dies habe ich Ihren Äußerungen entnommen. Ich bin nur gespannt, wie Ihre vierte, fünfte oder sechste Änderung aussehen wird. Da jedoch die bisherigen drei Versuche des Innenministers es nicht besser gemacht haben, sondern jedes Mal nur noch schlechter und unverständlicher, habe ich gewisse Zweifel, Herr Stegner, ob es Ihnen im Gesetzgebungsverfahren gelingt, das zu heilen. Sie haben offensichtlich den festen Willen, dieses Gesetz hier als Machtdemonstration mit Ihrer Einstimmenmehrheit durchzupeitschen

(Zurufe SPD: Oh!)

- egal, was da am Ende drinsteht. Das ist die große Gefahr, die uns hier droht. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat nun der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner von der CDU-Fraktion das Wort.

(Zurufe - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Regierung geplatzt wegen FAG! Ihr hättet mal den Kreisen mehr Geld geben sollen!)

- Der Kollege Dr. Dolgner gehört natürlich nach wie vor der Fraktion der Sozialdemokraten an.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Für diese Fraktion spricht er nun 3 Minuten.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Weil Schnabeltiere Eier legen, legen alle Säugetiere Eier.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist ungefähr die Argumentation mit **Norderfriedrichskoog**. Das ist Ihr Beispiel. Sie nehmen als Beispiel die Gemeinde in Schleswig-Holstein, die in allen Sachen - mit Steuereinnahmen, mit einer Steuerkraftmesszahl von 143.000 pro Einwohner und so weiter - atypisch ist. Da kommen Sie natürlich zu entsprechenden Effekten, wenn Sie das

System ändern. Das ist doch völlig klar. Nehmen Sie doch einmal eine mittlere Gemeinde, nicht Norderfriedrichskoog. Bei der ersten Evaluation fällt das auch weg, weil das nachlaufende Effekte einer speziellen Steueroase sind.

Wenn Sie schon dieses Beispiel wählen müssen, um eine grundsätzliche Systematik anzugreifen, bin ich froh.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich kann Ihnen übrigens auch erklären, warum **Kampen** weniger bezahlen würde, wenn die FAG-Reform 2014 schon 2014 in Kraft wäre. Das ist erst einmal Quatsch, weil man das FAG nur für das jeweilige Jahr berechnen kann. Da spielen nämlich Steuerkraftschwankungen eine Rolle.

Wenn ich Finanzausgleichsumlage und zusätzliche Kreisumlage in einem Instrument zusammenfasse, um die Dinge zu vereinfachen - das sind beides Instrumente, die im Prinzip nur steuerstarke Gemeinden treffen können -, habe ich folgenden Effekt: Die Gemeinden, die eine sehr niedrige zusätzliche Kreisumlage hatten und sich ein bisschen der allgemeinen Solidarität entziehen konnten - wie in Stormarn -, müssen, wenn ich das zu einem Instrument zusammenfasse, auf einmal mehr bezahlen und sind ganz überrascht. Ich könnte genauso sagen: Ihr habt in den letzten Jahren ein bisschen wenig für die **Solidargemeinschaft** bezahlt.

Dieser Effekt ist doch klar, wenn ich zwei Steuern zusammenfasse und einen Durchschnittssatz bilde. Dann werde ich nicht jedem exakt das geben können, was er vorher hatte. Sonst brauche ich die Zusammenfassung nicht zu machen.

Wenn ich eine zusätzliche Kreisumlage - -

(Tobias Koch [CDU] geht zum Mikrofon)

- Wollen Sie mir etwas zeigen?

(Heiterkeit)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Der Kollege Koch möchte gern eine Bemerkung machen und Ihnen damit die Gelegenheit geben, länger zu reden. Natürlich halten wir immer die Zeit an. Das kennen Sie doch.

**Tobias Koch [CDU]:** Herr Kollege Dr. Dolgner, Sie baten gerade um andere Beispiele und sprachen selber den Kreis Stormarn an. Sie wiesen darauf hin, dass, wenn man Finanzausgleichsumlage und Sonderkreisumla-

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

ge zu einem Instrument zusammenfasst, die Gemeinden, die bisher eine niedrige Sonderkreisumlage gezahlt haben, damit leben, dass sie mehr bezahlen müssen. Ich liefere Ihnen gern andere Beispiele. Nehmen Sie die Gemeinde Stapelfeld oder die Gemeinde Oststeinbek im Kreis Stormarn. Beide Gemeinden haben die höchste Finanzkraft des Kreises Stormarn. Auch diese beiden Gemeinden werden nach dem jetzigen Stand des Entwurfs finanziell bessergestellt. Wie erklärt sich das nach Ihrer Logik?

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Sagen Sie mir bitte, zu welchen Bezugswerten bessergestellt, zu den Zahlen aus dem ersten Entwurf im September, aus dem Zwischenentwurf im November, aus dem Status FAG 2014 jetzt oder aus den Berechnungen FAG 2013? Ich kann Ihnen das ziemlich sicher für Stapelfeld vorrechnen, weil ich mich damit schon auseinandergesetzt habe. Gucken Sie sich einmal die Hebesätze von Stapelfeld an. Wenn Sie wissen, dass man mit Nivellierungssätzen und nicht mit Hebesätzen rechnet, sind Sie auch ein Stückchen weiter.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Landesrechnungshof hat angesprochen, dass es einen Verschiebeeffekt bei der **KdU-Umlage** gibt. Die Gemeinden werden nun mit 92 % statt 90 % ihrer Steuerkraft einbezogen. Dadurch werden sie einen weiteren Verschiebeeffekt haben.

Ich bin nicht allwissend.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich kann Ihnen nicht für 1.100 Gemeinden sagen, welche konkreten Auswirkungen es gibt. Vielleicht kommen wir ein Stück weiter, wenn Sie mir die konkrete Bezugswerte der Differenz sagen.

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte, Herr Koch.

**Tobias Koch** [CDU]: Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich wollte die Frage nicht eigenmächtig stellen. Aber der Kollege fordert mich ja dazu geradezu auf. - Sie haben mit Ihrem Wortbeitrag in der Tat deutlich ge-

macht, wie verwirrend die Lage im Augenblick ist.

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die Bezugswerte ist der Anhang zum Gesetzesentwurf, in dem uns Ihr Minister aufzeigt, wie sich die Situation gegenüber dem geltenden Gesetz auf Basis des Jahres 2014 verändert. Auf Basis dieses Jahres 2014 ergibt sich eine **finanzielle Besserstellung** derjenigen **Gemeinden** mit der **höchsten Steuerkraft** im Kreis Stormarn. Das erklären Sie mir bitte einmal.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Das ist nicht bei allen Gemeinden mit einer hohen Steuerkraft wie beim Kreis Stormarn so. Aber das ist hier die Bezugswerte. Darüber können wir uns ja nachher noch einmal unterhalten.

(Lachen CDU)

Herr Koch, ich könnte Ihnen doch jetzt schon das Beispiel Friedrichskoog herausuchen. Wahrscheinlich geben Sie mir nicht die Zeit. Wenn doch, können wir vielleicht für zehn Minuten unterbrechen. Während dieser Zeit können wir dann eine kleine Wette abschließen. Damit hätte ich überhaupt keinen Schmerz. Die Zahlen sind ja herleitbar. Nicht alles, was Sie nicht durchschauen, ist prinzipiell undurchschaubar.

(Beifall und Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der **kommunale Finanzausgleich** hat Zuführungen und Abführungen zum Inhalt. Sie tun jetzt so, als ob die Differenz nicht erklärbar sei. Natürlich können Sie sagen, Sie wollten die Differenz nicht. Natürlich können Sie aufgrund der Zahlen jetzt auch fordern, dass Sie die Finanzausgleichsumlage von 40 % wieder auf 60 % hochziehen wollen. Dann aber treffen Sie die steuerstarken Gemeinden natürlich noch stärker.

Sie können auch gern fordern, dass nicht 92 %, sondern 94 % angerechnet werden sollen. Wenn Sie ein System verändern, dann können Sie aber nicht einfach sagen: „Mir passt das Ergebnis der Differenz nicht.“ Sie können auch nicht sagen: „Weil es mir nicht passt, ist es unerklärbar.“ Das nämlich ist es nicht,

(Zuruf Tobias Koch [CDU])



(Dr. Kai Dolgner)

es sei denn, das Innenministerium hat einen Rechenfehler gemacht. Aber es ist nicht unerklärbar. Ich habe es Ihnen ja erklärt, und ich frage Sie: Wenn Sie Finanzausgleichsumlage und Kreisumlage zusammennehmen und die Gemeinden im Kreis Stormarn insgesamt mit einer sehr niedrigen Kreisumlage zugrunde legen, woher sollen wir dann eine zusätzliche Kreisumlage holen?

Der Trend bei den Gemeinden im Kreis Stormarn ist doch der, dass dort nicht die gesammelten Gemeinden als Einzige von den gesammelten Gemeinden im Lande deshalb verlieren. Das ist dieser Effekt. Den können Sie nicht haben wollen. Das können Sie politisch gern fordern. Dann aber stellen Sie einen Änderungsantrag, und sagen Sie, Sie wollten gar keine Finanzausgleichsumlage.

Dann reden wir über die Effekte, und dann kommen wir zu dem Punkt, dass Sie gesagt haben, man müsse die Finanzkraft ausgleichen. Ich gleiche eine Finanzkraft doch zwischen Starken und Schwachen aus. Anderenfalls könnten Sie doch genauso gut sagen: „Ich habe nur Steuerzahler, die einen Spitzensatz von 22 % haben. Also habe ich nicht genügend Geld im System.“ Das ist doch die Argumentation.

Natürlich gibt es nicht nur einige **Gemeinden** mit nicht ausreichender **Finanzkraft**, sondern sehr viele. Deshalb bekommen sie ja einen Ausgleich; das ist ja ein Finanzausgleichsgesetz.

Die Frage ist jedoch - diese Frage ist legitim, berechtigt und muss im Verfahren auch nachgewiesen werden -: Reicht die vertikale Masse aus, oder reicht sie nicht aus? Dazu steht etwas im Gesetzentwurf. Dagegen können Sie argumentieren. Das kann man auch noch nach Kommunalgruppen aufspalten; aber es steht drin. Nach dem Gesetzentwurf reichen bei allen Szenarien 2,8 % Kostensteigerungen aus. In Ihrer Regierungszeit hat das nicht ausgereicht. Das sagt der Gesetzentwurf auf Seite 39 übrigens auch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage ja nicht, dass man das ändern muss, Herr Kollege Koch. Solche Taschenspielertricks jedenfalls mache ich nicht. Schauen Sie doch einmal in das Haushaltskonsolidierungsgesetz hinein! Das beruht von der Bemessung her nicht auf den Fehlbedarfen des jeweiligen Jahres, und es sagt nicht: „Da geht die Finanzkraft rein.“ Vielmehr handelt es sich hier um aufgelaufene Defizite. Die aufgelaufenen **Defizite** waren Bemessungsgrundlage für die **Konsolidierungshilfe**. Das hat im Einzelfall nicht unbe-

dingt immer etwas mit der Finanzkraft von heute zu tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist eine Vergangenheitsbetrachtung. Das, was wir geändert haben und was Sie kritisiert haben, ist, dass man dann, wenn man nicht mehr fehlbedarfszuweisungsfähig ist, auch keine Konsolidierungshilfe mehr bekommt.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Ja, ich komme zum letzten Satz.

Die Konsolidierungskreise haben daraufhin nach dem Motto protestiert: „Dann bekommen wir ja gar nicht die Konsolidierungshilfe, selbst dann nicht, wenn wir schon ausgeglichene Haushalte hinbekommen.“ Das ist richtig, muss ich ganz ehrlich sagen; denn wenn man einen Ausgleich nicht schafft, dann besteht ein Anspruch darauf, mehr als das Defizit ausgeglichen zu bekommen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, bitte.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Ja. - Wer das möchte, der muss einen reinen Kommunalzuschuss fordern.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, das waren jetzt ganz viele Sätze oder vermutlich auch ein Satz mit ganz vielen Semikolons. Sie haben die Chance, jetzt noch auf eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Eichstädt zu reagieren, wenn Sie dies zulassen.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Ja.

**Peter Eichstädt [SPD]:** Herr Kollege Dolgner, ich komme noch einmal zurück auf die Ausführung von Herrn Koch. Trifft es zu, dass die Gemeinde Stapelfeld, die von Ihnen zitiert worden ist, nur einen Hebesatz von 215 % hat?

**(Dr. Kai Dolgner)**

- Ja. Ich habe ja gesagt, das habe etwas mit niedrigen Hebesätzen zu tun. Angerechnet aber werden die Nivellierungssätze. Das ist korrekt.

Ich freue mich auf die intensiven Ausschussberatungen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, damit ist die Frage des Kollegen Eichstädt wohl beendet. Das gilt auch für Ihre Redezeit. Es tut mir wirklich leid. Sie haben Ihre Redezeit damit deutlich überschritten.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Ich war immer noch bei der Beantwortung der Frage des Kollegen Eichstädt. Ich wollte sagen, dass wir solche Fragen intensiv in der Ausschussberatung klären können. Dort können wir dann auch Dinge erklären - das gehört zu einer ernsthaften Beantwortung der Frage dazu -, die im Augenblick noch erklärungsbedürftig sind, aber nicht komplett erklärungsunfähig. - Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die CDU-Fraktion zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat nun Frau Kollegin Astrid Damerow.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Moment ist mir leider ein bisschen schwindelig, weil mich der Zahlenstrauß von Herrn Dolgner etwas überfahren hat. Ich komme mit weniger Zahlen aus.

Wir haben heute Vormittag eine ganze Menge gehört über Gerechtigkeit und über Ausgleich. Ich habe aber bis jetzt nicht verstanden, wie es unter den Labels Gerechtigkeit und Ausgleich dazu kommen kann, dass zum Beispiel der Landesteil Schleswig in Zukunft insgesamt 3 Millionen € weniger zur Verfügung haben wird.

(Zuruf SPD)

Darin eingerechnet sind bereits die mehr als 3 Millionen €, die die kreisfreie Stadt Flensburg erhalten wird.

Ich kann es Ihnen noch ein wenig deutlicher machen. Sie haben ja hier sehr viel vom ländlichen Raum gesprochen. Nehmen Sie als Beispiel den

Kreis **Nordfriesland**. Der wird nach diesem Entwurf in Zukunft 7,2 Millionen € weniger zur Verfügung haben. Die Gemeinden im Raum der Kreisangehörigen werden 3,4 Millionen € mehr zur Verfügung haben. So weit, so gut.

Völlig übersehen worden ist aber, dass der Kreis Nordfriesland bis jetzt Teile der Grundsicherung an die kreisangehörigen Gemeinden weitergegeben hat, nämlich in Höhe von 1,8 Millionen €. Das heißt, für die kreisangehörigen Gemeinden bleiben am Ende noch 1,6 Millionen € übrig. Das entspricht etwa 1,3 Punkten Kreisumlageerhöhung.

Nun erklären Sie mir noch, wo hier der ganz große Vorteil für den Kreis Nordfriesland sein soll. Unter dem Strich wird die gesamte Region Nordfriesland mehr als 3 Millionen € weniger zur Verfügung haben. Das werden unsere Bürger merken.

(Zuruf SPD)

Ich sprach jetzt nur vom Kreis Nordfriesland. Bei der Region Schleswig sind es ebenfalls 3 Millionen €.

Insofern können Sie doch nicht allen Ernstes von Gerechtigkeit und von Ausgleich sprechen. Dass Sie von Dialog sprechen, ist für mich allerdings nachvollziehbar; denn den werden Sie auch dringend brauchen. Sie müssen nämlich vor allem den Abgeordneten aus Ihren eigenen Reihen im **ländlichen Raum** erklären, weshalb diese für diesen Gesetzentwurf irgendwann einmal die Hand heben sollen.

(Zuruf SPD: Das ist doch kein Problem!)

Der Gesetzentwurf ist schädlich, und er benachteiligt die Weiterentwicklung des ländlichen Raums auf sträfliche Art und Weise.

Herr Kollege Stegner, auch Sie hatten genügend Zeit, ein Finanzausgleichsgesetz auf den Weg zu bringen; denn Sie waren ja auch einmal Innenminister dieses Landes. Es war von Ihnen insoweit jedoch nichts zu hören.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein!)

Stattdessen haben Sie dort Porzellan zerschlagen, wo dies überhaupt nicht nötig war.

Ich bedauere sehr, dass die FDP-Fraktion unserem Antrag nicht zustimmen kann. Wenn sie ihn nämlich ganz zu Ende gelesen hätte, dann hätte sie gesehen, dass wir sehr wohl vorschlagen, ein **Finanzausgleichsgesetz** zu entwickeln, weil wir uns nicht damit zufriedengeben, diesen Entwurf nur in die Tonne zu treten.

(Astrid Damerow)

(Zuruf SPD)

Ich warte immer noch auf einen eigenen Entwurf aus der SPD-Fraktion.

(Zuruf SPD: Ein Entwurf liegt doch vor!)

Das ist ein Regierungsentwurf. Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass Sie als Fraktion auch nicht die Möglichkeit haben, einen eigenen Gesetzentwurf zum FAG zu machen, weil Sie gar nicht die Ressourcen dafür haben. Diese haben Sie ebenso wenig wie wir als Fraktion.

(Zuruf SPD: Doch, wir haben die Zeit!)

- Weil Sie die Regierung stellen. Dieses Problem haben wir Gott sei Dank nicht. - Danke.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Innenminister Andreas Breitner.

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über einen Antrag der CDU-Fraktion. Es geht heute noch nicht um den Gesetzentwurf, den wir erst Ende März einbringen werden. Deshalb will ich mich jetzt auch nur auf den Antrag der CDU-Fraktion konzentrieren. An der Stelle möchte ich aber noch eines sagen: Ich habe hohen Respekt vor Abgeordneten dieses Landtags wie Kai Dolgner, die, obwohl der Gesetzentwurf im Parlament noch gar nicht eingebracht ist, diesen heute schon besser erklären können als ich. Vielen Dank dafür.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Thema ist der Neustart der Reform. Zum Neustart der Reform sage ich: unsinnig und unangemessen. Ich halte fest: Es ist diese Regierung, es ist diese Koalition, die überhaupt den Mut hat, dieses Thema anzufassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Vorgängerregierung fehlte dazu die Kraft. An der Stelle attestiere ich der Opposition allerdings Konsequenz. Lieber einen Neustart fordern, als sich in die anstrengende inhaltliche Auseinandersetzung zu begeben.

Sie haben während Ihrer Regierungszeit auf kommunaler Ebene den Stillstand organisiert und wün-

schen sich ihn zurück. Auch das ist eine Form der Beständigkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So einfach macht es sich die Regierung Albig nicht. Wir wollen das Land nicht nur verwalten, sondern wir wollen es gestalten. Wir packen Probleme an. Das macht den Unterschied.

Zu den eigentlichen Inhalten des Gesetzentwurfs komme ich im März. Nur so viel: Dieser Gesetzentwurf trägt die Handschrift unserer rot-grün-blauen Koalition.

Wir machen Entscheidungsprozesse transparent und nachvollziehbar. Für uns sind soziale Gerechtigkeit und Solidarität die Richtschnur unseres Handelns, aber nicht nur beim **kommunalen Finanzausgleich**. Kaum ein anderer Gesetzgebungsprozess wurde bisher so transparent gestaltet wie dieser.

Der Startschuss fiel im August 2012. Die Reform wurde im **Dialog** mit den kommunalen Landesverbänden, dem Landesrechnungshof und dem Finanzministerium erarbeitet und gemeinsam strukturiert. Alle denkbaren Stellschrauben wurden in 24 Sitzungen der Arbeitsgruppe und in sieben Sitzungen des FAG-Beirats intensiv abgewogen. Alles ist im Internet abrufbar: die Berechnungen, die Berechnungsgrundlagen sowie die Einzelergebnisse für alle 1.110 Kommunen. Ich habe bei 50 Terminen vor Ort diskutiert und Anregungen und Kritik mitgenommen und diese in die Reform eingearbeitet. Ich werde diese Informationsreise weiter fortsetzen.

Frau Abgeordnete Nicolaisen, ich dachte, ich hätte alles zu diesem Thema gehört. Ein Argument habe ich aber heute zum ersten Mal gehört. Sie sagten, die CDU sei die Urheberin der FAG-Reform. Das war für mich neu. Das kam bisher noch nicht.

Bereits jetzt sind in den Regierungsentwurf damit fast 20 Monate Diskussion mit der kommunalen Familie eingeflossen. Mir ist klar, dass der Finanzausgleich keine leichte Kost ist. Damit werden 1,4 Milliarden € verteilt. Den Verteilmechanismus des FAG nachzuvollziehen, das wird eine anspruchsvolle Aufgabe bleiben. Mir ist wichtig, dass - anders als im geltenden Recht - nach dem neuen Gesetz jeder Geldfluss nachvollzogen werden kann. Natürlich werden wir nicht nachlassen, dieses System weiter zu erklären.

Seien wir doch ehrlich: Es ist das übliche politische Spiel: Bin ich mit den Inhalten nicht einverstanden, kritisiere ich die Form. - Trotzdem setzen wir den

**(Minister Andreas Breitner)**

Dialog fort und kommen weiterhin zu jedem Landrat und zu jedem Bürgermeister, der Wissensbedarf hat und uns inhaltlich zu diesem Gesetzentwurf fordert.

Natürlich nehme ich aus diesen Gesprächen auch Fragen und Anregungen mit. So war es auch bei den 50 Terminen in den vergangenen Monaten. Diese haben dann auch zum Teil zu Veränderungen im **Referententwurf** geführt. Ich frage Sie: Welchen Sinn machen denn Diskussion und Anhörung sonst? Man sollte die Chance nutzen, **Änderungen** aufzunehmen und einzuarbeiten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer dies dann als Hin und Her oder als ein Zurückweichen bezeichnet, der hat das Wort „Dialog“ in seinem Wortsinn nicht verstanden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer dann auch noch die Veröffentlichung der jeweiligen Diskussionsstände bemängelt, könnte bei Gelegenheit einmal im Duden nachschlagen, was das Wort „Transparenz“ bedeutet.

Mir ist bewusst, dass Werte wie Solidarität un bequem sein können, wenn man selbst davon betroffen ist. Trotzdem gehen die Landesregierung und die Koalition diesen Weg.

Zur Solidarität im kommunalen Finanzausgleich gehört, dass die Starken den Schwachen helfen. Das werden sie zukünftig sogar noch ein Stück mehr als bisher. Dies gilt auch für den Beitrag der steuerstarken Kommunen. Wir organisieren mit der neuen Finanzausgleichsumlage einen stärkeren landesweiten Ausgleich.

Zu dieser **Solidarität** stehen die steuerstarken **Kommunen** auch grundsätzlich. Das haben mir die Bürgermeister versichert. Sie geben gern. Sie geben gern auch etwas mehr. Sie wollen aber nicht so viel geben, dass ihnen das Geld für Investitionen fehlt, die andere sich von ihrem Geld leisten wollen. Sie wollen nicht übermäßig strapaziert werden.

Genau dies wird mit unserem Gesetzentwurf gewährleistet. Wir haben an dieser Stelle gut zugehört und Veränderungen vorgenommen. Dabei sind wir ganz bewusst guten Argumenten gefolgt.

Nun zur Gemeinde **Kampen**. Frau Abgeordnete Nicolaisen, Ihren Pressemitteilungen ist zu entnehmen, dass Sie an Kampen einen besonderen Narren gefressen haben. Die Gemeinde Kampen bleibt als steuerstarke Gemeinde Zahlerin in den Finanzaus-

gleich. Kampen bekommt 0 ct an Schlüsselzuweisungen. Vielmehr muss die Gemeinde bei einer Steuerkraft von gut 3 Millionen € über 1,1 Millionen € als Finanzausgleichsumlage und 840.000 € an Kreisumlage abgeben. Das macht summa summarum 2 Millionen €. Das sind etwa zwei Drittel der Einnahmen. Das heißt, von 3 Millionen € Einnahmen gibt Kampen 2 Millionen € ab. Das ist gelebte Solidarität.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Minister, der Kollege Koch hat das Bedürfnis, zu diesem Punkt eine Bemerkung zu machen beziehungsweise eine Zwischenfrage zu stellen.

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Nein. Das möchte ich nicht zulassen. Ich möchte den Gedanken gern zu Ende bringen.

Es ist schon putzig, wenn Gegner der Vermögensteuer plötzlich höhere Abgabenquoten favorisieren. Richtig ist, dass einige wenige Gemeinden nach der Reform geringfügig weniger zahlen müssen als vor der Reform. In der Summe müssen die steuerstarken Gemeinden nach der Reform aber über 4 Millionen € mehr zahlen als im Status quo, wohl dosiert, aber sie müssen mehr zahlen. Von einer Schonung reicher Gemeinden kann also keine Rede sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die soziale Gerechtigkeit ist ein weiterer Wert, dem in Sonntagsreden schnell zugestimmt, der aber bei seiner konkreten Umsetzung am Montag infrage gestellt wird. Der neue Finanzausgleich wird erstmals soziale Lasten berücksichtigen. Dies ist ein Novum in unserem Land und beendet eine jahrzehntelange Ungerechtigkeit bei der Mittelverteilung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Über die Hälfte der Ausgaben der Kreise und kreisfreien Städte sind **Sozialausgaben**. Daher ist es entscheidend, wie hoch die tatsächlichen Lasten sind. Diese sind regional sehr unterschiedlich. Das kann man schon an der Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften sehen. Herr Dr. Garg, es handelt sich nicht um Bedarfsgemeinschaften, sondern um Personen in Bedarfsgemeinschaften.

(Wortmeldung Dr. Heiner Garg [FDP])

**(Minister Andreas Breitner)**

- Jetzt habe ich Sie provoziert. Ich habe mich aber entschieden, meine Rede zu Ende zu führen und keine Zwischenfragen zu beantworten.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist schade!)

Während im Jahr 2012 im Kreis Stormarn 4,2 % der Einwohnerinnen und Einwohner SGB-II-Leistungen empfangen haben, sind es im Kreis Dithmarschen 9,0 % und in der Stadt Neumünster sogar 14,0 % gewesen.

Nun gibt es Kritiker, die behaupten, die Städte hätten gar nicht mehr Sozialausgaben als die Kreise; denn in den Kreisen würden absolut gesehen viel mehr SGB-II-Empfänger leben. Das ist genauso richtig wie absurd.

Natürlich ist das Bruttoinlandsprodukt von China in absoluten Zahlen mehr als doppelt so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt von Deutschland. Sind die Menschen in China aber deshalb reicher? Natürlich nicht.

Es kommt auf die Pro-Kopf-Zahlen an. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist in Deutschland mehr als sechsmal so hoch wie in China. Der gleiche Maßstab gilt für die Frage, ob eine Kommune reich ist beziehungsweise welche sozialen Lasten sie tragen muss. Entscheidend sind die Pro-Kopf-Zahlen. Neumünsters Lasten sind natürlich viel höher als in jedem anderen Kreis in Schleswig-Holstein.

Deshalb erfolgt im neuen Finanzausgleich ein Soziallastenausgleich mit dem Indikator „Personen in Bedarfsgemeinschaften“. Das ist neu, das ist gerecht, das ist fair, und das bildet die Wirklichkeit ab.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, wie eine Monstranz vor sich her getragen wird auch gern die Behauptung, die Landesregierung habe den Nachweis der Auskömmlichkeit des Finanzausgleichs nicht erbracht. Diese Landesregierung nimmt ihren Verfassungsauftrag ernst. Die Leistungsfähigkeit der schwachen Kreise, Städte und Gemeinden wird gesichert, eine unterschiedliche Belastung durch Aufgaben wird ausgeglichen und eine angemessene Finanzausstattung erreicht.

1,4 Milliarden € stehen 2014 für den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung. Zum Vergleich: Im Jahr 2007, als die damalige Große Koalition den 120-Millionen-€-Eingriff durchführte, waren es 972 Millionen €. 2015 wird die Summe erneut steigen. Ein weiteres Plus von 100 Millionen € ist nicht

unwahrscheinlich. Dann stünden 1,5 Milliarden € zur Verteilung bereit.

Der Gesetzentwurf wird zeigen, dass die Decke groß genug ist. Anders gesagt: Ausgerechnet in solch steuerstarken Jahren den Nachweis führen zu wollen, dass die Steuereinnahmen bei Land und Kommunen nicht reichen, ist - gelinde gesagt - mutig.

Das Glück steigender **Steuereinnahmen**, von dem unsere erfolgreiche Finanzministerin Monika Heindold gern spricht, begünstigt Land und Kommunen eben gleichermaßen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Minister, Herr Koch bittet erneut um eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung. Ich frage Sie, ob Sie diese jetzt zulassen.

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Ja, sehr gern. Herr Koch, ich weiche jetzt doch von meiner Linie ab, weil Sie so hartnäckig sind.

**Tobias Koch** [CDU]: Vielen Dank, Herr Minister. Ihre Logik war vorhin, dass die Höhe des Finanzausgleichs 2014/2015 allein aufgrund des absoluten Anstiegs auskömmlich sein müsse, weil es dann 1,5 Milliarden € seien. Dann müssten doch auch die Steuereinnahmen für den gesamten Landeshaushalt auskömmlich sein. Schließlich macht der kommunale Finanzausgleich nur einen Teil der gesamten Steuereinnahmen aus.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Deshalb dürfte der Landeshaushalt doch kein strukturelles Defizit mehr aufweisen, weil wir bei 8 Milliarden € Steuereinnahmen genauso viel Zuwachs haben wie die Kommunen mit ihren 1,5 Milliarden €.

- Erstens, Herr Abgeordneter, haben wir einen Überschuss gemacht. Zweitens bin ich der Meinung, dass die **Finanzausstattung** auskömmlich ist. Diesen Nachweis haben wir auch in unserem Gesetzentwurf geführt. Ich bin Kritikern begegnet, die genau das Gegenteil behaupten. Sie werden Schwierigkeiten haben, diesen Nachweis in einer Zeit zu führen, in der wir exorbitant steigende Steuereinnahmen auch bei den Kommunen haben.

(Tobias Koch [CDU]: Aber beim Land ist es doch auch nicht auskömmlich!)

**(Minister Andreas Breitner)**

Beim Land gibt es steigende Steuereinnahmen. Aber 17, 7 % sind der kommunale Anteil. Das ist so viel wie nie zuvor. Da soll mal jemand sagen, das sei nicht auskömmlich. Das wird ein Kunststück sein. Wir glauben das nicht. Wir sagen, das ist auskömmlich. Das Geld wird für die Aufgabenerledigung der Kommunen reichen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, anders als die schwarzgelbe Vorgängerregierung hat diese Landesregierung zugesagt, den 120-Millionen-Eingriff wieder zurückzuführen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Frage oder Bemerkung des Abgeordneten Garg?

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Ausgesprochen gerne, Herr Dr. Garg.

(Heiterkeit)

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Ausgesprochen herzlichen Dank, Herr Minister. Damit ersparen Sie uns allen auch einen Dreiminutenbeitrag.

(Vereinzelter Beifall)

- Der gilt jetzt aber mir, oder?

(Zurufe: Ja!)

Wir können gönnen. - Herr Minister, Sie sprachen völlig zu Recht an, dass zum ersten Mal die Soziallasten berücksichtigt werden. Sie haben den Indikator angesprochen, nämlich die Personen, die in Bedarfsgemeinschaften leben. Das ist genau der Punkt, den ich kritisiert habe. Ich bin der Auffassung, dass Sie damit die tatsächlichen sozialen Belastungen der Kreise und kreisfreien Städte nicht komplett abbilden; denn Sie bilden dadurch vor allem die Belastungen durch SGB-II-Leistungen, aber nicht durch SGB XII-Leistungen ab.

- SGB XII ist mit drin. Es sind SGB II, SGB VIII und SGB XII berücksichtigt. Wir haben auf die Personen in **Bedarfsgemeinschaften** abgestellt. In Ihrer Rede haben Sie nicht die Personen in Bedarfsgemeinschaften angesprochen, sondern die Bedarfsgemeinschaften. Sie haben gesagt, Sie zählen die Bedarfsgemeinschaften. Wir aber zählen bewusst nicht die Bedarfsgemeinschaften, weil diese Zahl

keine Konstante hat. Wir zählen die Personen in Bedarfsgemeinschaften. Wir können nachweisen, dass genau dieser Indikator, die Personen in Bedarfsgemeinschaften, eine wunderbare Grundlage ist, um zu bemessen, welche gesellschaftlichen Lasten auf die Kommunen zukommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Dr. Garg?

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Jetzt habe ich schon Lust auf den Dreiminutenbeitrag. Aber bitte, Herr Abgeordneter!

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Ich habe nur noch eine Frage: Wie bilden Sie durch Personen in Bedarfsgemeinschaften oder durch Bedarfsgemeinschaften diejenigen Menschen ab, die einen Rechtsanspruch auf SGB-XII-Leistungen haben?

- Wir haben sie gezählt. Wir haben die Personen in den Bedarfsgemeinschaften gezählt, und wir haben die Bedarfsgemeinschaft als Grundlage genommen. Wir können uns dazu gerne noch einmal zusammensetzen. Wir berücksichtigen mehrere Bücher der Sozialgesetzgebung.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Minister, es gibt eine weitere Bitte, eine Bemerkung machen zu dürfen, nämlich vom Kollegen Lars Harms. Gestatten Sie es ihm?

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Gerne.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte, Herr Harms.

**Lars Harms [SSW]:** Herr Minister, ist es richtig, dass Sie im Verfahren ermittelt haben, wie viele Leute nach den beiden Sozialgesetzbüchern entsprechend betroffen sind und auch durch die Kreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden betreut werden, was das - wenn man so will - in Summe ausmacht, dass man dann geguckt hat, welcher Indikator diese Belastung am besten widerspiegeln könnte, und dass das

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

dazu geführt hat, dass Sie Personen in Bedarfsgemeinschaften als Indikator ausgewählt haben? Das einfach nur als Erklärung für den Kollegen Garg.

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Vielen Dank. So habe ich das auch verstanden. Herzlichen Dank für diese Unterstützung. Ich stimme Ihnen zu.

(Vereinzelter Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ein bisschen intellektuelle Hilfe!)

Ich fange noch einmal an der Stelle an, an der ich unterbrochen worden bin, weil sie mir wichtig ist: Anders als die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hat diese Landesregierung zugesagt, den 120-Millionen-Eingriff wieder zurückzuführen. Dies ist mindestens eine moralische Verpflichtung, zu der wir stehen. An der jetzigen Auskömmlichkeit der Finanzausstattung ändert dieses Vorhaben aber nichts. Anders als die Vorgängerregierung haben wir hierzu auch schon etwas unternommen: Wir haben die **Grunderwerbsteuer** erhöht - das bringt 15 Millionen € - und legen 13,5 Millionen € für die **Schulsozialarbeit** neu ins System.

Auch wenn es unterschiedliche Bewertungen gibt: Auch die Vereinbarung zum Ausbau der **U-3-Betreuung** bis 2017 bringt zusätzlich 80 Millionen € in die kommunalen Kassen. Das alles geschieht trotz Leistungsfähigkeitsvorbehalt der Landesverfassung.

Mit dieser Reform sorgen wir schließlich dafür, dass die Mittel im kommunalen Finanzausgleich den richtigen Empfänger finden. Die Decke muss ja nicht nur lang genug sein, sondern sie muss auch richtig liegen. Es nützt nichts, wenn einige sie doppelt und dreifach legen können und andere frei liegen. Wir ziehen die Decke jetzt gerade.

Meine Damen und Herren, mein Fazit ist: Der kommunale Finanzausgleich wird transparent. Er wird gerecht, und er wird auskömmlich sein. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Piratenfraktion, Drucksache 18/1610, abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion. Wer diesen Änderungsantrag ablehnt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW. - Wer Enthält sich? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag gegen die Stimmen der PIRATEN mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1564, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW. Wer Enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit ist der CDU-Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Piratenfraktion abgelehnt.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, teile ich Ihnen mit, dass sich der Kollege Jens Magnussen krankgemeldet hat. Wir wünschen ihm von dieser Stelle aus alles Gute.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

**Zukunftsfähigkeit der Verbraucherzentrale in Schleswig-Holstein sichern**

Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/1528](#)

**Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein stärken, nicht abbauen**

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/1608](#)

**Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein solide ausgestalten**

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/1615

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Karsten Jasper von der CDU-Fraktion das Wort.

**Karsten Jasper [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich ganz besonders, dass zu diesem Tagesordnungspunkt die beiden Geschäftsführer der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, Herr Bock und Frau Hintz, hier sind. Ich hoffe, es wird interessant für sie.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich erst einmal einige Rahmenbedingungen zu dem Thema, das wir heute diskutieren, nennen. 38 Mitarbeiter machen über ihre normale Arbeitszeit hinaus ihre Arbeit und beraten Menschen in manchmal sehr ausweglosen Situationen. Zu den finanziellen Rahmenbedingungen nenne ich einmal die große Summe von circa 700.000 € - genau sind es 699.000 - und von circa 50.000 €, die in diesem Jahr für drei Projektförderungen zur Verfügung stehen, wobei man sagen muss, dass die 50.000 € nicht den Haushalt entlasten; vielmehr stehen sie für zusätzliche Aufgaben bereit, die dort geleistet werden.

Im Rahmen ihrer Aufgaben ist die **Verbraucherzentrale** Schleswig-Holstein mit über 30.000 Auskünften und über 20.000 Beratungsgesprächen im Bereich Verbraucherschutz im Verpackungsschwindel oder bei Lebensmittelskandalen tätig. Was viele vielleicht gar nicht wissen: Sie ist auch in der Verbraucherbildung in den Schulen tätig. Seit 2009 ist das Fach **Verbraucherschutz** an den Schulen verbindlich eingeführt.

Ein ganz wichtiges Thema sind auch Versicherungen und Geldfragen. Da gibt es über 30.000 Kontakte. Sie ist auch im Bereich - das ist für die Landesregierung sehr wichtig - Energieberatung, Energieeinsparung tätig. Da gab es über 20.000 Kontakte. Einen Schwerpunkt bildet auch die Schuldner- und Insolvenzberatung. Das ist ein großes Thema gerade für einkommensschwache Haushalte und Personen. Ein weiteres Tätigkeitsgebiet ist die unabhängige Patientenberatung. Seit über zehn Jahren gibt es eine Kooperation mit der Zahnärztekammer.

Aber was ist jetzt eigentlich der Anlass für meinen Antrag?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau!)

- Herr Kollege Arp, ich finde es nett, dass Sie mich da unterstützen.

Im November 2012 besuchte Staatssekretär Müller-Beck die Verbraucherzentrale Heide. Sie können es in der „DLZ“ nachlesen. Er ist dort auf einem Foto abgebildet, auf dem er den Daumen hochstreckt, nach dem Motto: Neue Regierung, alles wird besser. Es wurde vollmundig ein Strategiepapier angekündigt, das man im Januar 2013 - also bereits im letzten Jahr - vorlegen wollte. Das lag nicht vor. Daraufhin habe ich zehn Monate später - und ein halbes Jahr nachdem der Staatssekretär dies geäußert hat - eine kleine Anfrage gestellt. Ich erhielt die lapidare Antwort: Die strategischen Überlegungen der Landesregierung sind noch nicht abgeschlossen. Das war alles, es gab keinen weiteren Kommentar.

Im Januar 2014 habe ich den heutigen Antrag gestellt, also eineinviertel Jahre nach dem Besuch des Staatssekretärs. Die Verbraucherzentrale braucht eine verlässliche Strategie. Darin sind wir uns einig. Sie muss jedoch auch irgendwann einmal vorliegen.

(Beifall CDU und FDP)

Man muss jetzt darauf gucken, denn die Zeit drängt. Man muss sehen, wie man die Projektfinanzierung in den nächsten fünf Jahren regelt, damit es eine finanzielle Sicherheit für die Verbraucherzentrale gibt. Man muss auch sehen, wie man dies in die Richtlinien der europäischen Programme ESF, EFRE und ELER einbindet, lieber Kollege Peter Lehnert. Es ist zu klären: Welche Aufgaben kommen in Zukunft eventuell noch auf die Verbraucherzentrale zu? Gibt es Bereiche, in denen man keine Leistungen mehr erbringen will? Gibt es womöglich im Rahmen des neuen Konzepts Überlegungen, Geschäftsstellen auszudünnen beziehungsweise zu schließen? Welche Einnahmen können wir erhöhen, ohne dass die Beratungsleistung für den Bürger leidet?

Wir brauchen verlässliche Aussagen der Landesregierung. Die Verbraucherzentrale in Schleswig-Holstein hat ein gutes Image und eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Verbraucherzentrale ist unabhängig. Der Slogan lautet: Guter Rat ist unabhängig.

Lassen Sie mich zum Schluss fragen: Kann der Staatssekretär nicht, will er nicht, oder darf er kein



(Karsten Jasper)

neues Strategiepapier vorlegen? - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

**Regina Poersch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Online-Reiseportale, „Ihre Rechte als Mieter“, Immobilienkauf jetzt oder später oder lieber gar nicht, Handyverträge, Stromverbräuche, Altersvorsorge, Lebensmittelzusätze, richtig gute Pflege für meine Angehörigen: Guter Rat ist oft teuer. Wer durch diesen Dschungel an Angeboten, Verlockungen und wiederum brauchbaren Informationen durchsteigt, wer immer in der Lage ist, sich schnell und umfassend zu informieren und eine für seine oder ihre Lebensweise richtige Entscheidung zu treffen, hat meinen tiefen Respekt. Der Kollege Dolgner ist hier nicht gemeint.

Das Leben ist komplex, die Informationsflut ist kaum zu bewältigen. Hinzu kommt der Wunsch, immer alles richtig zu machen und nur ja nie einen Fehler zu machen, denn Fehler können sich gravierend auswirken, wenn es um die existenzielle Grundlage, das eigene Heim oder die Pflege von Angehörigen geht.

**Verbraucherschutz** braucht informierte Verbraucherinnen und Verbraucher. **Verbraucherberatung** ist elementarer Bestandteil des Verbraucherschutzes.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Unabhängige Verbraucherberatung stellt sicher, dass nicht derjenige, der etwas zu verkaufen hat, ausgerechnet auch noch derjenige ist, der zu diesem Produkt rät. An dieser Stelle kommt die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein ins Spiel. Sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag bei der Information und Beratung von Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Hoch qualifizierte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, Finanzexpertinnen, Energieberater und Ökotrophologinnen: Fundierte Kenntnisse und Marktüberblick, dazu eine - wie ich meine - nach wie vor gute Erreichbarkeit zeichnen die **Verbraucherzentrale** Schleswig-Holstein aus. Wir wollen, dass das nicht nur so bleibt, sondern dass wir ge-

meinsam unser Land aufstellen für neue Herausforderungen im Verbraucherschutz. Dazu gehört zum Beispiel - und das sehen Sie aus unserem Antrag - die Marktwächterfunktion digitale Welt. Wir wollen erreichen, dass diese Beratungsstellen auch in Schleswig-Holstein geschaffen werden können.

Um dies entwickeln zu können, ist die Ende 2013 zwischen der Landesregierung und der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein geschlossene Vereinbarung eine erste Grundlage. Wir haben **Planungs- und Finanzierungssicherheit** für die Dauer der 18. Wahlperiode. Die Basisfinanzierung beläuft sich - die Zahl ist vom Kollegen Jasper genannt worden - auf rund 700.000 € pro Jahr. Vereinbarung heißt, dass beide Seiten zugestimmt haben. Ich bedanke mich ausdrücklich bei Wirtschaftsminister Reinhard Meyer für seinen Einsatz.

(Beifall SPD)

Für dieses Jahr ist ein gemeinsamer Strategieprozess fest vereinbart. Verbraucherschutz lässt sich aber nicht nur an dem einzelnen Haushaltstitel im Einzelplan 06 ablesen. Verbraucherschutz ist Verbraucherbildung an Schulen, Einzelplan 07, ist Lebensmittelkontrolle, Einzelplan 13, ist Schuldnerberatung, Einzelplan 10. Dort, im Einzelplan 10, hat diese Koalition die Mittel für die Schuldnerberatung sogar um eine halbe Million € aufgestockt.

Dazu gehört auch: Wir haben in Schleswig-Holstein **Kommunen**, die sich an der Finanzierung der Verbraucherzentrale beteiligen. Andere tun dies nicht, obwohl sie eine Beratungsstelle in ihrem Bereich haben. Diese Finanzbeziehungen aufzudröseln und langfristig und strukturell und nicht nur von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr auf solide Füße zu stellen, ist das Ziel dieser Koalition. Wir wollen in diesem Jahr mit Blick auf kommende Haushaltsjahre gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein Wege der Optimierung suchen. Guter Rat ist teuer, und guter Rat muss vor allem unabhängig bleiben.

Daneben gilt es aus unserer Sicht, die **Finanzierung des Verbraucherschutzes** langfristig an den Verursacherinnen und Verursachern zu orientieren. Dafür müssen zwar bundesrechtliche Grundlagen geschaffen werden, aber wir meinen, dass dieses Ziel die Bemühungen lohnt.

Verbraucherschutz in der politischen Debatte heute allein auf die Basisfinanzierung der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein zu reduzieren, finden wir ein wenig eindimensional und ein bisschen zu kurz gegriffen. Es geht uns nach dem Sicherstellen der Basisfinanzierung um den größeren Wurf, und

**(Regina Poersch)**

daran wollen wir mit Ihnen und der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein gemeinsam arbeiten. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

**Regina Poersch [SPD]:**

Nein.

**Präsident Klaus Schlie:**

Jetzt hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Abgeordneter Bernd Voß das Wort.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Prinzip begrüßen wir, dass die Kolleginnen und Kollegen der CDU diesen Antrag gestellt haben, denn Sie machen auf einen Punkt aufmerksam, der auch uns Grüne umtreibt, und das ist die chronische Unterfinanzierung der Verbraucherarbeit hier im Land. Allerdings greift der Antrag der CDU zu kurz. Es geht nicht um eine einzelne Beratungsstelle der Verbraucherzentrale, sondern es geht um ein Gesamtkonzept zur Absicherung der Verbraucherarbeit hier im Land insgesamt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben in der vergangenen Wahlperiode bereits als Opposition mit der Arbeit begonnen. Schon damals, als Sie, liebe Kollegen von der CDU, noch in der Regierungsverantwortung waren und die Mehrheit hier im Haus bei den Haushaltsberatungen hatten, haben wir gesagt, dass wir neue Wege finden müssen, um die **Finanzierung der Verbraucherarbeit** auf solide Füße zu stellen. Wir haben auch als Opposition gesagt, dass dies aufgrund der Haushaltslage des Landes nur möglich sein wird, wenn es gelingt, die Verursacher finanziell stärker an den Kosten zu beteiligen und in die Pflicht zu nehmen, und wenn der Bund mitzieht und die erforderlichen Gesetzesänderungen vornimmt.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Voß, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine -bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Selbstverständlich.

**Uli König [PIRATEN]:** Vielen Dank, Kollege Voß. Können Sie mir erläutern, was Sie mit Verursacherprinzip meinen? Heißt dies, dass zum Beispiel die Kreditwirtschaft die Verbraucherzentrale direkt bezahlen soll?

- Ein Beispiel ist, über Finanzmarktwächter eingetribenes Geld - zum Beispiel von der BaFin - dafür einzusetzen. Im Bereich der Patientenberatung gibt es das Beispiel, dass sich die Krankenkassen letztlich an der Finanzierung beteiligen. Dass wir Vergabeverfahren haben, die nachbesserungsbedürftig sind, ist klar. Das können Sie beliebig fortsetzen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Uli König [PIRATEN]:** Erklären Sie mir bitte: Wie wollen Sie verhindern, dass es am Ende zu einer unternehmensorientierten Beratung kommt?

- Ich habe bereits versucht, dies im Zusammenhang mit der unabhängigen Patientenberatung deutlich zu machen. Die unabhängige Patientenberatung sieht vor, dass ein Teil des Geldes der Krankenkassen eingesammelt wird, um dieses Geld für Patientenberatung einzusetzen. Die Ausschreibung in der Frage, wer diese Beratung durchführt, müsste ein Stück weit von den Krankenkassen entkoppelt werden. Ich habe ein Beispiel genannt, aber ich sage auch, wo es Schwachpunkte gibt. Hier müsste es eine neutralere Vergabe geben. Sie wissen aber: Eine neutralere Vergabe kann man überall organisieren, wenn man es nur will. Das gilt auch für die Telekommunikation und all die anderen Bereiche.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Voß, es gibt das Bedürfnis des Herrn Abgeordneten Jasper nach einer Frage.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich denke, dem kommen wir nach.

**Karsten Jasper [CDU]:** Vielen Dank, Herr Kollege. Ich habe diese Frage: Sie haben eben meinen Antrag kritisiert. Haben Sie die-

(Bernd Voß)

sen überhaupt gelesen? - Dort steht nämlich im ersten Absatz: „Die Landesregierung wird aufgefordert, das von Staatssekretär Müller-Beck seit November 2012 angekündigte Strategiepapier für die Verbraucherberatungsstelle in Heide endlich vorzulegen und“ - jetzt kommt es - „dieses auf die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein zu erweitern.“ Mein Antrag bezieht sich nicht explizit auf Heide, sondern auf alle Verbraucherzentralen in Schleswig-Holstein. Wenn Sie dies zur Kenntnis nehmen würden, wäre ich Ihnen sehr dankbar. - Herzlichen Dank.

- Vielen Dank. - Ich darf dazu eine kurze Anmerkung machen: Natürlich ist die Verbraucherzentrale in Heide uns als kleinste und wichtige Verbraucherzentrale im ländlichen Raum wichtig und lieb. Letztlich wird so ein Konzept jedoch nicht von der Verbraucherzentrale Heide ausgehen, sondern es wird ein Gesamtkonzept geben, das die Standorte beinhaltet.

Es ist vorhin schon gesagt worden, dass zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen die ganz klare Vorgabe gilt, wenn eine Kommune Standort ist, beteiligt sie sich auch mehr an den Kosten der Verbraucherzentrale, um nur einen Punkt zu nennen. Da werden, wie die Kollegin schon deutlich gemacht hat, sehr viele Dinge analysiert werden müssen, wie wir uns besser aufstellen können.

**Präsident Klaus Schlie:**

Nunmehr, Herr Abgeordneter Voß, wünscht der Herr Abgeordnete Dr. Breyer, Sie etwas zu fragen.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:** Herr Kollege Voß, wenn Sie in Anbetracht der evident unzureichenden Finanzausstattung unserer Verbraucherzentralen an andere Quellen denken als die des Landes, zum Beispiel an die einer Gewinnabschöpfung im Falle von Wettbewerbsverstößen, würden Sie mir dann zugeben, dass eine solche Quelle viel zu unzuverlässig und zu schwankend ist, um etwa den Grundbedarf, die Personalkosten, die für den laufenden Betrieb erforderlich sind, abzudecken, dass das also keine Kompensation für den katastrophalen Zustand und die Reduktion der Öffnungszeiten sein kann, was wir dieses Jahr sehen mussten?

- Mehrfach wurde ja schon der Bereich des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, die Kartellrechtsstrafen, erwähnt. Ich denke, es ist nicht mehr erforderlich, die gesamten Kartellrechtsstrafen für Verbraucherarbeit bundesweit nach einem Schlüssel zu verteilen. Ein Teil würde schon ausreichen. In diesem Jahr hatten wir bereits eine saftige Kartellrechtsstrafe jenseits der 100 Millionen € beim Bierkartell. Schon ein Teil davon würde ausreichen, um zu einer ganz anderen Basis der Verbraucherarbeit zu gelangen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Das ist nicht konstant!)

- Nein, ich habe doch gesagt, dass man nicht das gesamte Geld nehmen muss, sondern dass man schon mit einem Teil des Geldes eine gleichmäßige Finanzierung über die Zeit herstellen kann. Wir können auch andere Indikatoren finden. Man muss es nur wollen und umsetzen. Das liegt beim Bundesgesetzgeber. Das **Kartellrecht** ist ein klassisches Beispiel dafür, dass es Verbraucherinnen und Verbraucher sehr viel Geld kostet, wenn Wettbewerb am Markt nicht eingehalten wird.

Bei dieser Debatte geht es im Grunde nicht allein um die 700.000 €, die die Verbraucherzentrale aus Landesmitteln jährlich an institutioneller Förderung aktuell erhält. Denn dann hätten wir die Debatte während der Haushaltsberatungen geführt. Auch Sie, Herr Jasper, hätten sich in Ihrer Fraktion dafür starkmachen können, dass es zu einem Änderungsantrag und mehr Geld für die Verbraucherzentrale gekommen wäre, um diese Haushaltsmittel anzuheben. Warum haben Sie es nicht schon an dieser Stelle getan?

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Wir haben es gemacht!)

Mit Beginn dieser Regierungskoalition haben wir uns im Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, den Verbraucherschutz zu stärken und die Verbraucherinformation sowie die Verbraucherarbeit insgesamt unabhängiger von öffentlichen Haushalten zu machen. Wir stehen zu dieser Vereinbarung und sehen uns gegenüber den **Verbraucherzentralen** im Wort, Lösungen für die kommenden Haushaltsjahre, aber auch für das laufende Jahr zu finden. Das wird möglicherweise auf Überbrückungslösungen in Form weiterer Projektfinanzierung hinauslaufen. Nun ist es zwar richtig, dass nicht jede Verbraucherzentrale ein Projekt ist. Aber zu dieser Krücke werden wir in diesem Jahr wohl greifen müssen. Es braucht letztlich eine ausreichende Finanzierung.

(Bernd Voß)

Qualifizierte, erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen bei der Stange bleiben. Sie sind es letztlich, die erst einmal erfolgreich Projektakquise betreiben müssen, bevor überhaupt Projektmittel fließen, die Projekte erfolgreich durchgeführt werden und die Arbeit bei den Verbrauchern ankommt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Verbraucherzentralen sind, wie wir hier im Land wissen, hoch motiviert, engagiert und haben dazu beigetragen, dass das Angebot, das wir jetzt in diesem Rahmen im Land vorfinden, überhaupt noch besteht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Nachfrage nach kompetenter Beratung steigt, vor allem in den Bereichen Versicherung, Finanzdienstleistungen, Internet, Telefondienstleistungen. Wir werden uns auch weiter für bundesweite Lösungen zur besseren Absicherung der Verbraucherarbeit starkmachen. Das haben wir auch im Koalitionsvertrag in Schleswig-Holstein festgelegt.

Dazu gibt es bereits seit 2010 einige Vorschläge aus den Ländern, der Verbraucherschutzministerkonferenz. Immer wieder ist es dort in umfangreichen Gutachten auf den Tisch gekommen, die Gelder der Kartellrechtsstrafe für die Finanzierung der Verbraucherarbeit mit zu verwenden. Dazu gab es sogar bei der letzten Novelle des Bundesgesetzgebers, beim Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, einen Beschluss des Bundesrats. Er ist aber von Schwarz-Gelb nicht in das Gesetz aufgenommen worden.

Leider findet sich dazu wieder nichts im Koalitionsvertrag der Großen Koalition. Vor dem Hintergrund haben wir vom Bund derzeit nichts zu erwarten.

Immerhin ist eine Forderung der Verbraucherverbände in den Koalitionsvertrag der Großen Koalition hineingekommen. Dieser Koalitionsvertrag erwähnt nämlich die Schaffung von Marktwächtern, bisher lediglich im Bereich des Finanzmarkts, im Bereich der digitalen Welt. Hier sind noch einige Bretter zu bohren, Lösungen liegen noch nicht auf dem Tisch, allenfalls in einigen Facetten. Ich denke, wir sind hier im Land auf einem guten Weg, mit der Analyse aus dem Ministerium heraus zu schauen, wie wir die Verbraucherarbeit auf stärkere Beine stellen und ihr auch eine stärkere finanzielle Basis geben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat für die FDP-Fraktion der Herr Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

(Serpil Midyatli [SPD]: Jetzt noch? -  
Dr. Heiner Garg [FDP]: Jetzt droht Serpil dir schon!)

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich unterbreche Sie ungern, aber ich möchte gern etwas zum **Verbraucherschutz** sagen. Verbraucher brauchen Transparenz und Informationen über Dienstleistungen und Produkte. Sie müssen in die Lage versetzt werden, selbstbestimmt auswählen zu können. Wir brauchen daher eine Stärkung des Verbrauchers am Markt. Deshalb befürworten wir auch die Bereitstellung von Beratungsangeboten, Veranstaltungen und Informationsbroschüren der **Verbraucherzentralen**.

Die Unterstützung dieser Angebote muss durch den Bund hergestellt werden. Da gebe ich Herrn Voß auch im Hinblick auf den Koalitionsvertrag absolut recht. Aber natürlich müssen auch die Länder etwas tun. Angesichts der Wichtigkeit der Verbraucherzentralen müssen die Angebote gesichert und nötigenfalls auch ausgebaut werden.

(Beifall FDP)

Vor diesem Hintergrund haben wir im Dezember eine Erhöhung des Zuschusses an die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein in den Haushaltsberatungen beantragt und auch dem Extraantrag der PIRATEN zugestimmt. Über ihn wurde ja extra abgestimmt. Leider fanden diese Anträge keine Mehrheit. Nicht einmal die CDU hat zugestimmt. Das fand ich etwas schade. Aber es ist, wie es ist.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, seit diesem Monat nun haben die Verbraucherberatungsstellen im Land ihre Öffnungszeiten reduziert. Das war landesweit zu lesen. Die Reduzierung der Öffnungszeiten war abzusehen. Schließlich sind bis 2014 allein die Lohnkosten um 22 % gestiegen. Das lässt sich durch Beratungsgebühren und Drittmittel nicht ohne Weiteres kompensieren. Deswegen wurden die Öffnungszeiten verkürzt. Erschreckend ist auch, dass aufgrund der dünnen Personaldecke jeder dritte Anruf nicht entgegengenommen werden kann und die Tendenz dabei deutlich steigt.

Meine Damen und Herren, es ist äußerst fragwürdig, warum das im November 2012 angekündigte Stra-

(**Oliver Kumbartzky**)

tegiepapier für die Verbraucherberatungsstelle in Heide immer noch nicht vorgelegt wurde, vor allem auch vor dem Hintergrund der großen Ankündigung im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW, in dem es heißt, ich zitiere:

„Wir wollen das bestehende Beratungsangebot der Verbraucherzentralen im Land ... erhalten und optimieren.“

Aber was ist seitdem geschehen? - Nichts.

Ich erinnere mich noch sehr gut an den Besuch von Staatssekretär Müller-Beck in Heide und das Foto, auf dem er grinsend und mit Facebook-Daumen nach oben abgebildet ist. Die Botschaft war: Die Verbraucherzentrale bleibt erhalten. - Doch seitdem wurde es still um den Staatssekretär, und er ward in Heide nicht mehr gesehen.

Es wurde zugesagt, ein Strategiepapier vorzulegen. Das war, wie gesagt, im November 2012. Zehn Monate später kam die Antwort auf die Kleine Anfrage, wie es um das Strategiepapier steht. Sie war schlicht und einfach: „Die strategischen Überlegungen sind noch nicht abgeschlossen.“

Es ist jetzt wirklich an der Zeit, dass die Landesregierung bei diesem Thema endlich in die Puschen kommt und das zugesagte Konzept vorlegt.

(Beifall FDP und CDU)

Die Chance, schon mit dem Landeshaushalt die Weichen zu stellen, haben Sie leider verpasst. Auch der Änderungsantrag, den Sie uns vorgelegt haben, ist - um es freundlich auszudrücken - nicht der große Wurf. Die Verbraucherzentrale braucht Verlässlichkeit. Ich finde es auch nicht optimal, alles immer nur über Projekte zwischenzufinanzieren.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Verbraucherschutz ist kein Projekt. Wir brauchen eine dauerhafte Sicherung.

Für uns hat die Verbraucherzentrale mit all ihren Beratungsstellen im Land gerade in Zeiten eines gewünschten kritischen Verbraucherverhaltens eine herausragende, unverzichtbare Bedeutung. Die Unterstützung der Verbraucherzentrale durch Bund und Land muss daher auch künftig verlässlich gesichert werden. Wir werden dem Antrag der CDU zustimmen und auch dem Änderungsantrag der PIRATEN. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Uli König das Wort.

(Zurufe)

Der Abgeordnete Hartmut Hamerich hat sich krankgemeldet. Wir wünschen ihm gute Genesung.

(Beifall)

**Uli König [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Hintz, Herr Bock!

„Unser Ziel ist eine Stärkung des Verbraucherschutzes. Dazu werden wir uns auf Landes- wie auf Bundesebene für neue Finanzierungsmöglichkeiten einsetzen.“

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Sehr gut erkannt, Herr Stegner. -

„Wir stellen uns der Herausforderung, Verbraucherinformation und Verbraucherschutz trotz angespannter Haushaltslage finanziell ausreichend abzusichern... Wir wollen das bestehende Beratungsangebot der Verbraucherzentralen im Land und des Europäischen Verbraucherzentrums in Kiel erhalten und optimieren. Wir wollen den steigenden Beratungsbedarfen bei der Insolvenzberatung und Finanzprodukten, Finanzdienstleistungen sowie bei Internet- und Telefondienstleistungen Rechnung tragen.“

Herr Stegner hat es schon erkannt: Das war ein Zitat aus Ihrem Koalitionsvertrag. Ich finde, der Text klingt prima, und würde es toll finden, wenn Sie das auch umsetzen würden.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, wenn Sie damit warten, bis die Legislaturperiode vorbei ist, ist auch irgendwann die Verbraucherzentrale vorbei.

(Beifall PIRATEN - Zurufe)

Aufklärung und Transparenz sind für uns PIRATEN Kernbestandteil einer modernen Wissensgesellschaft. Die **Verbraucherzentralen** tragen einen großen Anteil dazu bei. Bei Bedarf beantworten sie Fragen aus den verschiedensten Bereichen. Sie beraten uns zu Energiefragen, zum Thema Wohnen und Bauen, im komplexen Finanzbereich, zum Schutz unserer Daten in sozialen Netzwerken, bei Vorbeugung von Überschuldung von Schülern, und

(Uli König)

sie warnen Senioren vor unseriösen Gewinnspielen und Kaffeefahrten.

Leider ist die Landesregierung ihrem eigenen Anspruch bislang nicht wirklich gerecht geworden. Bislang haben wir primär Lippenbekenntnisse gehört. Die Lage ist seit Beginn Ihrer Amtszeit nicht nennenswert besser geworden. Sie führen das bislang so fort, wie es Ihre Vorgängerregierung angefangen hat. Ich frage mich schon wieder: Können Sie nicht, oder wollen Sie nicht?

(Beifall PIRATEN - Angelika Beer [PIRATEN]: Die wollen nicht!)

Die Damen und Herren von der CDU und FDP waren ja ursprünglich die, die die Verringerung der institutionellen Fördermittel für die Verbraucherzentrale auf den Weg gebracht haben.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: So ist es!)

Unter Ihrer Führung wurden die Mittel im Doppelhaushalt 2011/12 um 66.000 € gekürzt. Und jetzt will sich ausgerechnet die CDU mit ihrem Antrag als Schutzpatron der Verbraucherzentrale aufschwingen? Da will sich doch jemand vom Saulus zum Paulus wandeln!

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir erinnern uns an die Begründung, dass diese Einsparung der Einhaltung des Konsultierungspfads geschuldet sei. Ob die Einsparungen jedoch an dieser Stelle in dieser Höhe sinnvoll und zweckmäßig waren, steht auf einem ganz anderen Blatt.

In den beiden Folgejahren unter Rot-Grün-Blau sah es finanziell allerdings nicht viel besser aus. Zwar wurden für die Jahre 2013 und 2014 auf unsere ständigen Haushaltsanträge hin zusätzliche Mittel in Höhe von kümmerlichen 40.000 € und 20.000 € bewilligt, nur sind diese Mittel genau wie die 273.500 € zweckgebunden für befristete Projekte.

Welche Folgen haben die Fördermittelkürzungen mit sich gebracht? Konsequenz des Ganzen waren ein Personalstellenabbau in den Beratungsstellen Anfang 2014 und Einschränkungen der Öffnungszeiten der Beratungsstellen in Kiel, Lübeck, Norderstedt, Heide und Flensburg. Dabei konnte schon 2013 jeder dritte Anruf wegen des fehlenden Personals nicht mehr angenommen werden. Die Verbraucherzentrale selbst findet diesen Zustand „besorgniserregend“.

Wir PIRATEN sagen: Noch nie hat es um die Verbraucherzentralen in Schleswig-Holstein so schlecht gestanden wie unter Rot-Grün-Blau.

(Beifall PIRATEN)

Dem Personalabbau gegenüber steht wachsender Beratungsbedarf.

Meine Damen und Herren von der Koalition, verbraucherorientierte Politik sieht anders aus. In den vergangenen Jahren haben sich die Verbraucherthemen in ihrer Tiefe und Breite stark ausgeweitet: Lebensmittelskandale, Deregulierung ehemals staatlicher Monopole von Post, Telefon und Bahn, Gebietskartelle beim Strom, neue Vertragsformen wie bei Mobilfunkverträgen stellen neue Herausforderungen für den Verbraucher dar und führen zu erweitertem Beratungsbedarf.

Diese steigende Komplexität in Bezug auf die Beratungsleistungen verbunden mit personellen Entlassungen werden über kurz oder lang konsequenterweise zu einer verminderten Beratungsleistung führen. Diese wird sich in geringeren Einnahmen der Verbraucherzentrale niederschlagen. Kurz gesagt: Es droht eine Abwärtsspirale.

Unser Antrag zielt darauf ab, endlich das Versprechen im Koalitionsvertrag einzulösen, das vorhandene Beratungsangebot zu erhalten und anzupassen.

(Beifall PIRATEN)

Um die Frage nach der Finanzierung vorwegzunehmen: Die **Finanzierung** könnte aus dem Etat der Wirtschaftsförderung erfolgen. Projektmittel sind aus unserer Sicht nicht geeignet, die Kapazitäten der **Beratungsstellen** zu erhalten. Meine Damen und Herren, **Verbraucherschutz** ist kein Projekt, es ist eine Daueraufgabe.

(Beifall PIRATEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

Genauso wenig geeignet erscheint uns eine verursacherorientierte Beteiligung der Wirtschaft zur Absicherung der Finanzierung einer unabhängigen Verbraucherarbeit wie im Koalitionsvertrag beschrieben.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, ein Blick auf die Uhr wäre zweisehendurch angemessen.

**Uli König [PIRATEN]:**

Ja, ich bin fast fertig. - Eine solche finanzielle Unterstützung aus der Privatwirtschaft bringt eine nicht unerhebliche Gefahr von - nennen wir sie - unternehmensorientierter Beratung.

Ich fasse zusammen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Das geht leider nicht mehr, weil Ihre Redezeit schon deutlich abgelaufen ist.

(Heiterkeit und Beifall)

**Uli König [PIRATEN]:**

Herr Schlie, Sie sind heute aber ein scharfer Hund.

**Präsident Klaus Schlie:**

Nein. Sie haben jetzt 40 Sekunden überzogen. Ich glaube, das war angemessen. Jetzt ist Ihre Redezeit abgelaufen, Herr Abgeordneter.

**Uli König [PIRATEN]:**

Wir bitten Sie daher um Unterstützung unseres Antrags zum Schutz der Verbraucher in Schleswig-Holstein.

(Beifall PIRATEN)

Ich hätte Ihnen gern noch den Rest vorgetragen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein leistet hervorragende Arbeit. Dies kann man gar nicht häufig genug betonen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als unabhängiger, gemeinnütziger Verein ist sie für viele Verbraucherinnen und Verbraucher eine vertrauensvolle Anlaufstelle. Die **Verbraucherzentrale** informiert, berät und unterstützt interessierte und verunsicherte Bürger bei Fragen des privaten Konsums. Die Arbeit der Beratungsstellen wird gut angenommen und sehr geschätzt. Das liegt unter anderem daran, dass sie im ganzen Land vor Ort tätig und erreichbar sind. Diese festen Anlaufstellen schaffen Vertrauen bei ratsuchenden Bürgern, aber auch über Service-Telefone oder über das Internet ist die Verbraucherzentrale erreichbar. Das Aufgabenspektrum und die Bereiche, in denen die Verbraucherzentrale beratend tätig ist, sind umfangreich und in weiten Teilen sehr komplex. Ich denke hier beispielsweise an das Versicherungs- oder Finanzwesen.

(Unruhe)

Aber nicht nur Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren unmittelbar von den Leistungen der Verbraucherzentrale. Die Verbraucherzentrale setzt sich zudem für die Interessen der Verbraucher auch gegenüber der Wirtschaft, der Politik und der Verwaltung ein. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass die Stellungnahmen der Verbraucherzentrale bei vielen parlamentarischen Verfahren immer wieder wichtige Hinweisgeber sind, die uns bei der Entscheidungsfindung helfen. Damit erfüllt die Verbraucherzentrale einen weiteren wichtigen gesellschaftlichen Dienst.

Wir wissen, dass die finanzielle Situation der Verbraucherzentrale angespannt ist. Daher hat die Landesregierung das Gespräch Ende des letzten Jahres mit der Verbraucherzentrale geführt, und es wurde für die Dauer der 18. Wahlperiode eine konstante Basisfinanzierung vereinbart. Mittels einer Verpflichtungsermächtigung wird der Ansatz der institutionellen Förderung in Höhe von etwa 700.000 € im Jahr bis 2017 stabil gehalten. Auch wenn sich die Verbraucherzentrale vermutlich etwas anderes gewünscht hätte, schafft dies einen verlässlichen Grundstock für die notwendige **Planungs- und Finanzierungssicherheit** bis einschließlich 2017. Eine solche Zusage findet man in den seltensten Fällen. Damit wird deutlich, dass uns die Verbraucherzentrale am Herzen liegt.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Breyer?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Ja.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:** Herr Kollege Meyer, wenn Ihnen am Bestandsschutz gelegen ist, ist Ihnen bewusst, dass allein um den Bestand des Personals zu halten, ständig höhere Investitionen nötig sind, weil die Personalkosten von Jahr zu Jahr steigen, dass auf der Grundlage der 699.000 €, die für die nächsten Jahre konstant vorgesehen sind, im nächsten Jahr wieder eine Schließungsrunde anstehen wird?

- Na klar ist mir das bewusst, aber aus der Situation heraus war das, was wir erreicht haben, schon eine unheimlich gute Sache. Es gibt eine Sicherheit, und wir arbeiten daran, dass wir auf anderen Wegen

**(Flemming Meyer)**

ständig etwas drauflegen können. Das ist Ziel dieser Übung.

(Beifall SSW, Regina Poersch [SPD] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das war aber noch nicht das Ende der Fahnenstange. Zu diesem Grundstock haben wir der Verbraucherzentrale zum Beispiel im Jahr 2013 40.000 € drauflegen können. Insgesamt waren es also 740.000 €. Für 2014 haben wir den Grundstock um 20.000 € erhöht. Ich weiß, dass die für die Energieberatung für einkommensschwache Haushalte zweckgebunden waren, aber immerhin ist das auch eine Erhöhung.

Diesen Weg werden wir weiter gehen. Wir werden zu weiteren Lösungen im Sinne der Verbraucherzentrale kommen. Hierbei werden wir sie insbesondere im Rahmen der **Projektförderung** unterstützen. Die sich bietenden Möglichkeiten im Rahmen der EU-Förderperiode ab 2014 werden hier besondere Berücksichtigung finden.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Neben der Basisfinanzierung und der Projektförderung werden wir gemeinsam mit der Verbraucherzentrale ausloten, inwieweit **Strukturänderungen** zur **Optimierung** beitragen könnten. Aber wie gesagt, das geschieht im Dialog. Wir wissen, dass die Verbraucherzentrale bereits dabei ist, ihre Strukturen für eine verbesserte Erreichbarkeit zu optimieren. Auf diesem Weg werden wir die Verbraucherzentrale begleiten.

Klar ist dabei, dass dies nicht auf Kosten des bestehenden Beratungsangebotes gehen darf, geschweige denn auf Kosten von Beratungsstellen in der Fläche. Denn damit wäre niemandem gedient. Aber ich möchte auch klarstellen, dass alle in der Pflicht sind, auch die kommunale Ebene, die hier auch eine Verantwortung hat.

(Beifall SSW, Regina Poersch [SPD] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Langfristig müssen jedoch Modelle gefunden werden, um eigenständige, tragfähige Finanzstrukturen bei den Verbraucherzentralen zu schaffen. Das gilt bundesweit. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Verbraucherzentralen weiterhin unabhängig arbeiten und beraten können. - Danke

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin etwas verwundert. Wir hatten in den ersten Haushaltsberatungen dieser Legislaturperiode, bei denen auch wir PIRATEN mitgemacht haben, einen Antrag gestellt, um die **Mittel** für die **Verbraucherzentralen** zu **erhöhen** beziehungsweise anzupassen. Im ersten Jahr ist die Koalition sogar noch mitgegangen und hat die Mittel für die Beratung für energetische Sanierung ein bisschen angehoben. Dieses Jahr haben Sie es nicht gemacht. Das verwundert uns schon sehr, obwohl wir Jahr für Jahr wieder anmerken, dass die Verbraucherzentralen zu wenig Mittel haben.

(Beifall PIRATEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

Die Lösung kann nicht sein zu sagen, dass sie mehr **Projektmittel** bekommen,

(Beifall PIRATEN, Thomas Rother [SPD] und Oliver Kumbartzky [FDP])

weil - das ist ein Fall, den wir PIRATEN generell kritisieren - Projektmittel keine solide Finanzierungsgrundlage sind.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Verbraucherschutz braucht **Verlässlichkeit** über Jahre. Das ist gerade bei so einer wichtigen Kernaufgabe des Landes unerlässlich.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Einzelne Projekte, die sich der Verbraucherschutz aus den Fingern saugen und jetzt erledigen muss, werden dem Verbraucherschutz nicht wirklich weiterhelfen. Der Verbraucherschutz hat **Kernaufgaben**, und ich halte diese Kernaufgaben des Verbraucherschutzes für sehr wichtig. Deswegen kann ich im Moment nicht nachvollziehen, dass Sie sich jetzt in Projektmittel retten. Warum haben Sie damals nicht einfach unserem Antrag in den Haushaltsberatungen zugestimmt?

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Damit wäre dem Verbraucherschutz deutlich mehr geholfen. - Ich danke Ihnen.



(Torge Schmidt)

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Reinhard Meyer.

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich muss nicht das tun, was viele Vorredner schon getan haben, nämlich die **Bedeutung** der **Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein** und des Verbraucherschutzes insgesamt zu betonen. Die Bedeutung ist hoch, dazu bekennen wir uns auch als Landesregierung. Das ist unsere Verantwortung für den Verbraucherschutz. Wir stellen uns natürlich den Herausforderungen, dass sich Verbraucherschutz ändert, was die technischen Möglichkeiten und die Beratungsbedarfe angeht. Denken Sie nur an die Verschiedenheit von Finanzprodukten. Wir brauchen deswegen einen Modernisierungsprozess mit der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein. Wir als Landesregierung werden diesen Modernisierungsprozess unterstützen und begleiten.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, wir werden beim Thema **Friedrichskoog** und den Beschlüssen, die eine alte Landesregierung dazu getroffen hat, erleben, wie schnell Sie sich von den Konsequenzen dessen, was Sie einmal beschlossen haben, verabschieden. Das ist wirklich erstaunlich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Oliver Kumbartzky [FDP]: Dann haben Sie unseren Antrag nicht gelesen! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist etwas scheinheilig, Herr Kumbartzky!)

Auf der einen Seite die Schließung eines Hafens: Hier geht es darum, dass Sie es waren - darauf ist hingewiesen worden -, die schon die institutionelle Förderung abgesenkt haben. Jetzt gehen Sie hin und tun so, als wäre nichts passiert, anstatt ernsthaft - das spreche ich Ihnen ausdrücklich nicht ab - darüber zu reden, wie wir Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein, insbesondere die Beratung, in Zukunft organisieren können.

Herr Abgeordneter Jasper, das, was von Herrn Müller-Beck mit Strategiepapier gemeint war, war auf die Erhaltung des **Beratungsstandortes Heide** bezogen. Das ist auch gelungen.

Wir wollen das wertvolle Instrument der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein in seiner Basis finanziell absichern. Wir wollen die Verbraucherzentrale aber auch fit machen für die Herausforderungen, vor denen sie steht. Wir brauchen natürlich auch diese Bereitschaft zur Veränderung. Das ist das, was in der Koalitionsvereinbarung steht. Dazu stehen wir.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten König?

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Ja, gern.

**Uli König [PIRATEN]:** Herr Minister, können Sie mir erklären, was die Basisleistung der Verbraucherzentrale ist?

- Das werde ich gleich tun.

Sind wir da nicht schon langsam angekommen, oder geht es noch weiter nach unten?

- Das werde ich gleich tun. Dann werden Sie auch wissen, was damit gemeint ist.

Wir haben uns mit den Verbraucherzentralen Ende des Jahres 2013 in einer Vereinbarung verständigt, Folgendes zu tun:

Erstens. Es gibt die verbindliche Zusage der **Basisfinanzierung** von jährlich 699.000 € über vier Jahre, die - das ist übrigens neu - nicht jedes Jahr neu anstehen. Das sind 2,796 Millionen € für diese vier Jahre. Das ist eine feste Zusage der Landesregierung und gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein so vereinbart. Das nenne ich **Verlässlichkeit**.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens. Wir haben gemeinsam mit der Verbraucherzentrale - das ist wichtig - einen **Strategieprozess** gestartet. Wir werden diesen Strategieprozess im nächsten Dreivierteljahr auf vernünftige Füße stellen. Worum geht es? - Wir müssen die derzeitige Struktur der Verbraucherzentrale auf ihre Tragfähigkeit hin überprüfen - personell, inhaltlich und organisatorisch. Wir werden das mit objektiven Daten tun. Wir werden das mit Benchmarks tun. Wir werden das mit dem Sachverstand der Verbraucherzentrale tun, und wir werden es mit externer Begleitung zu tun haben. Das ist ein Dialogprozess, den

**(Minister Reinhard Meyer)**

wir pflegen. Wir hoffen, die Ergebnisse in der zweiten Jahreshälfte präsentieren zu können.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Darüber hinaus gibt es natürlich die **Projektförderung**. Wir werden natürlich über ESF und besonders EFRE die Möglichkeit haben, beim Stichwort Energieberatung und energetische Modernisierung weitere Möglichkeiten für die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein zu eröffnen, wie wir das heute schon mit verschiedenen Projekten gemacht haben.

Ich möchte an der Stelle ganz deutlich sagen: Diese Unart, dass man natürlich viele Aufgaben hat, sie definiert und sagt, man müsse jetzt alles institutionell fördern, das würde einen Landes- und auch einen Bundeshaushalt in der Tat überfordern. Wir müssen - auch wenn es manchmal nicht einfach ist - Finanzierungswege bei der Verbraucherzentrale finden, die einen Finanzierungsmix aus institutioneller Förderung und Projektförderung bedeuten.

Ich sage sehr deutlich: Auch heute ist es schon so, dass die Verbraucherzentrale mithilfe von Projektförderung - nicht allein durch das Land, sondern auch der Bund und die Kommunen sind gefordert - weit über 2 Millionen € für ihre Tätigkeiten zur Verfügung hat. Das ist der Weg, den wir in Zukunft gehen müssen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seine 67.!)

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Gern.

**Dr. Patrick Breyer** [PIRATEN]: Herr Minister, mich wundert doch sehr, dass Sie sagen, eine Erhöhung der **institutionellen Förderung** sei für das Land nicht leistbar. Wenn wir uns die Größenordnung ansehen, auch im Verhältnis zu anderen Förderungen, wenn wir sehen, dass die Verbraucherzentralen schon unter der Vorgängerregierung einen überproportional hohen Einsparbetrag leisten mussten, wenn wir uns die anderen Bundesländer ansehen, auch andere Länder unserer Größe und schauen, wie viel die pro Einwohner in ihre Verbraucherzentralen stecken, wenn wir uns auch unsere Gegenfinanzie-

rungsanträge ansehen - wir haben eine Gegenfinanzierung aus dem Haushalt für das Wirtschaftsmarketing vorgeschlagen -, wollen Sie dann wirklich sagen, wir als Schleswig-Holstein könnten es uns nicht leisten, unsere Verbraucherzentrale institutionell so zu fördern, dass das Angebot erhalten bleibt und ausgebaut werden kann?

- Herr Kollege Breyer, das Problem ist, Sie nehmen einen Punkt heraus, machen daraus Haushaltspolitik und sagen, das muss unbedingt finanziert werden. Wenn Sie das mit allen Punkten, die auf Ihrer Agenda stehen, machen würden, wäre das Land Schleswig-Holstein finanziell am Ende.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist wohl so!)

Das ist meine Antwort darauf. Deswegen bezieht sich die Verantwortung immer auf den Gesamthaushalt. Das gilt auch für Vorgängerregierungen. Es ist entsprechend zu handeln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich fasse zusammen: Wir sind mit der Verbraucherzentrale auf einem guten Weg, und mir ist wichtig, dass wir das im Dialog tun, dass wir gemeinsam definieren, wie wir die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein in Zukunft fitter machen können, und zwar im Dreiklang aus Aufgaben, Finanzierung und Struktur. Das müssen wir miteinander in Einklang bringen und eine solide zukunftsfähige Struktur entwickeln. Ich betone noch einmal: Wir machen das im Dialog. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Da Ausschussüberweisung nicht beantragt wurde - -

(Zuruf)

- Doch? Ausschussüberweisung ist beantragt worden. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1528 sowie die Änderungsanträge Drucksachen 18/1608 und 18/1615 als selbstständige Anträge dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP.

(Hauke Götsch [CDU]: SPD! - Oliver Kumbartzky [FDP]: Dialog - das haben wir gesehen!)

**(Präsident Klaus Schlie)**

- Wir beginnen das noch einmal von vorn. Ich glaube, Sie haben sich jetzt sortiert.

Wer also der Ausschussüberweisung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich schlage vor, abweichend gemäß § 75 der Geschäftsordnung die vorliegenden Änderungsanträge zu selbstständigen Anträgen zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Zunächst lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1528, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Piratenfraktion, Drucksache 18/1608, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU. - Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Schließlich lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1615, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. - Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

**Förderung der Wiederaufforstung**

Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/1548](#)

**Förderung der Wiederaufforstung sturmgeschädigter Flächen**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1613](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Ich erteile Herrn Abgeordneten Heiner Rickers von der CDU-Fraktion das Wort.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich - auch wenn es die Mittagszeit ist -, zu diesem Thema sprechen zu dürfen. Sie werden sich an die verheerenden **Stürme Christian und Xaver** in Schleswig-Holstein erinnern. Betroffen sind die nördlichen Landesteile von Schleswig-Holstein. Wer in den letzten Wochen durch den Kreis Schleswig-Flensburg oder den Kreis Nordfriesland gefahren ist, der weiß, wie dort die **Forstflächen** aussehen. Alle sind angesprochen, alle Fraktionen und ihre Fachpolitiker. Es sieht nicht gut aus. Da muss ich Ihnen beipflichten. Es sieht verheerend aus. Wir sind nicht nur direkt, sondern auch von den Vorständen der Forstbetriebsgemeinschaften angesprochen worden, uns des Themas anzunehmen.

Ich erkenne an, dass die Landesregierung das nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch tatsächlich reagiert hat. Es geht also um einen **vorgezogenen Maßnahmenbeginn** für **Wiederaufforstung** und bewilligte Gelder.

Aber - und da komme ich zum eigentlichen Kern - was geschieht in Zukunft? Wir haben mindestens 1.200 ha Kalamität, also Windwurf, der erst einmal aufgearbeitet und zukünftig wieder aufgeforstet werden muss. Wir haben in der Kalkulation der Forstbetriebsgemeinschaften bis zum Jahr 2020 noch einmal 1.400 ha weitere Aufforstungsflächen, die in die zukünftige Finanzierung mit einbezogen werden sollen.

Es liegt ein Entwurf der Kalkulation vor, der vorsieht, dass es dort über ELER-Mittel vornehmlich aus dem Umweltministerium Fördermittel in Höhe von circa 18 Millionen € geben soll. In diesen 18 Millionen € **Förderung** sind nicht nur die **Wiederaufforstung und Neuaufforstung** enthalten, sondern auch gleichzeitig die Pflege und der Erhalt der Kulturen, die Pflege von Wegen und Forsteinrichtungen und auch Fördermittel für Anschaffungen der letztgenannten. Die Aussage der Fachleute ist, es gebe eine Differenz von mindestens 500 ha,

(Heiner Rickers)

weil eben diese Kalamität in den vergangenen Monaten aufgetreten ist, die nicht ausgeglichen werden kann. Die Aussage steht, und ich weiß auch, dass im Ministerium reagiert wird. Aber - nach wie vor - 500 ha mal - geschätzt - irgendwo zwischen 5.000 € und 7.000 € Förderung ergibt dann leicht eine Summe von zusätzlichen 2 Millionen € für die nächste Förderperiode.

Die auslaufende Förderperiode bis zum Jahr 2014 wurde in den genannten Ausbaugebieten mit bis zu 20 Millionen € gefördert, ohne dass wir große Kalamitäten zu verzeichnen hatten. Da zeigt sich, dass jetzt eine Lücke von 2 Millionen € zu verzeichnen ist.

Herr Habeck, durch den Vorentwurf - wir haben über die Verwendung der **ELER-Mittel** gesprochen - wissen wir, dass bis zu 80 Millionen € in den Bereich der nachhaltigen Landwirtschaft fließen sollen. Das ist eine politische Entscheidung. Diese 80 Millionen € verteilt auf die sieben Jahre bedeuten, dass wir über 10 Millionen € jährlich mehr für **nachhaltige Landnutzung** zur Verfügung haben. Ich frage Sie: Ist nicht gerade die **Forstwirtschaft** die nachhaltigste Landnutzung, die wir uns gemeinsam vorstellen können?

Bisher bekommen die Forstflächen keine EU-Prämie, wie sie die anderen Agrarflächen bekommen. Deswegen ist es mehr als recht zu fordern, mehr in den Bereich zu stecken.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

- Vielen Dank. - Das ist gelebte Nachhaltigkeit. Wir fordern: Machen Sie den Topf auf. Stellen Sie sich in diesem Bereich nicht so kleinlich an. Nehmen Sie mehr von den 80 Millionen € in den Bereich der nachhaltigen Landbewirtschaftung, in den Bereich der Forsten.

Zum Schluss ein Hinweis: Ein Zeitungsartikel mit einem Zitat von Herrn Dr. Hemmerling, Geschäftsführer der Stiftung Naturschutz, hat mich überrascht. Danach seien angeblich in den letzten Monaten auf **Flächen der Stiftung Naturschutz** bis zu 20.000 fm Windwurfholz aufgetreten. Das meiste bleibe als Totholz liegen, zur Freude von Käfern und Spinnen.

Ja, das muss man erst einmal sacken lassen. 20.000 fm Holz - Sie wissen es genauso gut wie ich - nur zu einem durchschnittlichen Gewinn von 50 € pro Festmeter verkauft, würden mindestens 1 Millionen € an Einnahmen generieren. 1 Millionen €, die wir sonst verschenken würden. Deswegen fordere ich Sie auf: Fordern Sie nicht die Stiftung Na-

turschutz auf, Borkenkäfer auf ihren Flächen zu züchten, während die anliegenden Flächen dagegen ankämpfen, und versuchen Sie, dieses Geld zu generieren und zukünftig für Wiederaufforstung zu nutzen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Rickers, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Heiner Rickers [CDU]:**

Gern.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Rickers, können Sie mir bitte erklären, was der Sinn und Zweck der Stiftung Naturschutz ist?

- Ja, das kann ich.

(Zuruf Heike Franzen [CDU])

- Ich möchte das auch, ja. - Der Sinn und Zweck - das ist Ihnen bekannt, wir sind ja im Stiftungsrat vertreten - ist natürlich, in irgendeiner Form, und die wird politisch definiert, ökologisch hochwertige Flächen zu mehren. Grundsatz Nummer eins. Etwas für den Naturschutz zu erreichen. Grundsatz Nummer zwei: Das muss aber immer mit Augenmaß und in Abwägung mit Interessen geschehen, die vielleicht auch in gewissen Formen dagegen sprechen.

In diesem Fall behaupte ich: 20.000 fm Holz liegen lassen, um die dann irgendwie der Gefahr auszusetzen, dass sie vom Borkenkäfer befallen werden, wohingegen andere Flächen geräumt werden müssen, damit gerade dieser Borkenkäfer nicht gezüchtet wird, kann aus meiner Sicht politisch nicht gehen und ist kontraproduktiv.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Heiner Rickers [CDU]:**

Ja.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege, ich lade Sie herzlich ein, noch einmal in den Stiftungszielen nachzuschlagen oder vielleicht auch einmal mit Ihrer Kollegin Herlich Marie Todsens-Reese in Klausur zu gehen. Was Sie beschrieben

(Heiner Rickers)

haben, ist nicht die Frage einer politischen Definition. Es spielen naturschutzfachliche Kriterien eine Rolle, die nicht von Parteien oder sonst wem entschieden werden. Bei der Fläche, über die Sie sprechen, ist die Frage nicht, dass Wald- oder Wiederaufforstung passieren soll. Die Flächen dienen jeweils einem konkreten Ziel. Wenn der Windwurf dafür sorgt, dass diese Ziele erreicht werden, ist das nicht politisch definiert, sondern hat mit der naturschutzfachlichen Aufgabe zu tun, die die Stiftung Naturschutz zu erfüllen hat. Deshalb bitte ich Sie, auch wenn Sie diese Dinge nicht akzeptieren mögen oder nicht toll finden, zumindest nicht Dinge miteinander in einen Topf zu werfen, sodass Apfel- und Birnenmus dabei herauskommt. - Danke schön.

(Vereinzelter Beifall SPD)

- Ich muss ja antworten, Frau Fritzen. Es war ja eine Frage. Deswegen will ich kurz versuchen zu antworten. Natürlich muss man das politisch bewerten, wenn es um so große Summen und eine Gefährdung der Nachbarflächen geht. Deswegen können wir unterschiedlicher Meinung sein. Darüber diskutieren wir ja. Ich fordere deswegen auch den Minister auf, in dieser Sache tätig zu werden. Mir fehlt dazu nicht die Kompetenz, vielleicht auch nicht die Fachkenntnis, auch nicht der politische Wille, aber am Ende die Möglichkeit, das umzusetzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Sandra Redmann.

**Sandra Redmann [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schade, dass diese Debatte am Schluss noch kam. Eigentlich hatte ich gedacht und gehofft, wir reden über die Auswirkungen der **Sturmschäden** und diskutieren nicht über die Situation der **Borkenkäfer**.

(Heiner Rickers [CDU]: Tun wir ja!)

Ich finde es völlig in Ordnung, das grundsätzlich anzusprechen. Ich schlage vor, die nächste **Stiftungsratsitzung** zu nutzen, in der Sie auch Mitglied sind, und das einmal anzusprechen. Dann kann man in Ruhe darüber reden und diskutieren. Entweder kommt man dann zu einer Lösung oder nicht. Dann hat man gegebenenfalls unterschiedli-

che Auffassungen. Da gehört das hin. Es ist berechtigt, dort die Frage zu formulieren.

(Beifall SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Jahre war Schleswig-Holstein vom Sturm verschont - zum Glück, muss man sagen. Umso schlimmer waren die **Auswirkungen**, die die **Orkane** in den letzten Monaten angerichtet haben. Insbesondere der Norden - das hat Heiner Rickers angesprochen - ist betroffen. Meine Kolleginnen und Kollegen, Frau Trauernicht, die aus diesem Bereich kommen, wissen das und konnten sich selbst vor Ort überzeugen. Sie wissen, welche verheerende Auswirkungen das hinterlassen hat. Es geht hier nicht nur um ökonomisch gewaltige Schäden, sondern um die Arbeit von vielen, vielen Generationen, die einfach weggefegt wurde. Jeder, der für den Wald ein Stückchen Herz hat, weiß, dass so etwas wehtut.

In den nächsten Monaten wird immenser Arbeitseinsatz notwendig sein, um die Schäden zu beseitigen und die Flächen wieder zu bewalden. In dem Zusammenhang erwähne ich, dass der nächste Sturm sicherlich nicht auf sich warten lassen wird. Auch das ist eine Auswirkung des Klimawandels, mit der wir rechnen müssen. Zukünftig wird es eventuell mehr Stürme geben. Insofern ist es richtig, das Thema hier anzusprechen.

Ich bin dem Ministerium ausgesprochen dankbar, dass es sehr schnell reagiert hat, als es um die Auswirkungen ging und die ersten Anfragen kamen, wie das aufgefangen werden soll. Eben ist angesprochen worden: Im Bereich der **ELER-Mittel** ist die Summe genau aus diesem Grund erhöht worden. Die Diskussion, die eben stattgefunden hat, ist eine Haushaltsdebatte über die Verwendung der **GAP-Mittel** und der **ELER-Mittel**, die an sich mit dem Sturm nur mittelbar zu tun haben.

Wir wissen noch gar nicht, wie hoch die Auswirkungen wirklich sein werden. Ich wundere mich, dass es jetzt schon Leute gibt, die genau beziffern können, wie hoch der Schaden sein wird. Es wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen, die genauen Zahlen festzustellen. Insofern rege ich eher an, dass wir uns in den nächsten Monaten konsequent in regelmäßigen Abständen vom Minister informieren lassen, welche Forderungen im Ministerium eingegangen sind und ob es genauere Ermittlungen gibt. Dann muss die Diskussion erneut stattfinden.

Die Diskussion, die eben um die 18 Millionen € oder 21 Millionen € geführt wurde, ist eine grundsätzliche Diskussion - ich betone es noch einmal -, die mit den Auswirkungen des Sturms überhaupt

(Sandra Redmann)

nichts zu tun hat. Ich würde das auch nicht in Zusammenhang miteinander bringen. Das wird der ganzen Sache nicht gerecht. Insofern bin ich dafür - das betone ich noch einmal -, dass uns der Minister in regelmäßigen Abständen berichtet und wir uns genau anschauen, welche Beträge auf uns zukommen könnten: Aus dem **Verwaltungsrat der Landesforsten** kann ich berichten, dass man davon ausgeht, dass es wohl geschafft werden könnte, das mit den bestehenden Mitteln aufzufangen. Wir brauchen uns auch nichts vormachen. Viele Zahlen werden erst in einigen Jahren bekannt sein. Dann wird die Diskussion sicherlich noch einmal hochkommen.

Insofern ist es ein richtiger Antrag in dem Sinne, dass wir das noch einmal diskutieren und thematisieren, weil es erhebliche Auswirkungen in Schleswig-Holstein gegeben hat. Bitte keine Haushaltsdebatte in diesem Zusammenhang! Lassen Sie uns alle gemeinsam schauen, ob wir eventuell nachjustieren können und müssen. Dann können wir die Debatte noch einmal führen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Marlies Fritzen.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss erst einmal ein bisschen überlegen, wo ich anfange,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Bei Frau Redmann oder Frau Trauernicht!)

eigentlich habe ich es mir ganz anders vorgestellt. Ich fange jetzt einmal mit mir selber an. Ich war am 28. Oktober 2014 in der geografischen Mitte Schleswig-Holsteins, in Nortorf, und habe mit der **Aktion „Klimawald“** eine Stieleiche gepflanzt.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Angelika Beer [PIRATEN])

- In der Tat, das finde ich auch löblich. Diese Aktion finde ich löblich. Dieser Baum stand nicht allzu lange, weil wir an diesem Tag von dem Orkan „Christian“ überrascht worden sind. Eine solche Baumpflanzung ist natürlich eine symbolische Aktion. Die Aktion „Klimawald“ weiß auch sehr wohl, dass sie mit ihrem Wunsch, Flächen aufzuforsten, deutlich machen will, dass wir mehr Wald brau-

chen, um dem **Klimawandel** etwas entgegenzusetzen, aber eben auch auf den Klimawandel aufmerksam zu machen.

Die Stürme „Christian“, „Xaver“ und „Kyrill“ haben uns schon gezeigt, dass erstens solche Ereignisse zunehmen werden, sowohl an Stärke als auch an Intensität, und zweitens, dass sich unsere Wälder nicht in einem Zustand befinden, einem solchen Sturm standzuhalten. Deshalb finde ich, es ist richtig zu fordern, auch Mittel dafür in die Hand zu nehmen. Wir müssen allerdings diese Mittel auch nutzen, um **Waldumbau** zu betreiben, sodass wir hier mehr Laubmischwälder haben, die diesen Stürmen stärker trotzen können als das, was wir in den letzten Jahren erlebt haben. Denn gerade diese Wälder, die vor allem noch mit Fichten bestanden sind, können diesen Stürmen, diesen Ereignissen nicht standhalten, wie wir es jetzt erneut gesehen haben.

Ich möchte - auch wenn die Kollegin Redmann das jetzt nicht so gern hat - trotzdem auch eine Haushaltsdebatte führen. Herr Kollege Rickers - vielleicht rechnen Sie immer mit Herrn Koch zusammen, denn dies scheint nicht sehr gut zu funktionieren -, Sie fordern in Ihrem Antrag 2 Millionen € mehr **ELER-Mittel**. Das ist gut so. Wir, die regierungstragenden Fraktionen, geben sogar noch mehr dazu, wir geben statt 2,27 Millionen € in der letzten Förderperiode 5 Millionen € ELER-Mittel in dieser Förderperiode. Da der Kofinanzierungsanteil in etwa gleich bleibt, möchte ich jetzt nicht auf Einzelheiten eingehen. Es gibt zusätzliche **GAP-Mittel**. Und Sie haben richtig darauf hingewiesen, dass wir bei 18 Millionen € statt 21 Millionen € rauskommen. Dies hat damit zu tun, dass die EU verbietet, weiter Einkommensverlustprämien bei Erstaufforstung zu zahlen. Das ist also keine Sache, für die der Minister oder dieses Land Verantwortung tragen.

Insgesamt erhöht sich also der Anteil, den wir für Wiederaufforstung zusammen mit Waldumbau bereitstellen, um mehr als die von Ihnen geforderten 2 Millionen €. Deswegen verstehe ich nicht, wie Sie hier hinkommen und sagen, wir rechnen das jetzt eben einmal schick, sodass am Ende weniger dabei herauskommt. Dies müssen Sie - ich weiß nicht, wem - erklären, ich zumindest kann dies nicht verstehen. Es kann auch niemand anderes hier verstehen. Ich finde, Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht nur Ihrem Antrag entsprechen, nämlich mehr als 2 Millionen € aus dem ELER-Topf nehmen, sondern sogar um fast 3 Millionen € auf insgesamt 5 Millionen € erhöhen. Sie sind also herzlich eingeladen, unserem Antrag zuzustimmen.

**(Marlies Fritzen)**

Die Kollegin Redmann hat zu Recht darauf hingewiesen, dass man heute die Schäden der Stürme noch überhaupt nicht beurteilen kann. Deswegen ist es auch zu früh, eine abschließende Summe zu nennen. Ich finde, wir sollten das abwarten, es gibt immer Möglichkeiten nachzusteuern. Jetzt gibt es aber, Herr Kollege Rickers, einen „großen Schluck aus der Pulle“. Auch wenn Sie Ihre Rechnung jetzt Herrn Kumbartzky mitteilen, der sie hier noch einmal vorträgt, wird sie nicht besser.

Es gibt also einen größeren Schluck aus der Pulle als den, den Sie gefordert haben. Dieses sollten Sie zur Kenntnis nehmen und hier nicht Rechenbeispiele aufführen, die überhaupt nichts damit zu tun haben, was hier zusätzlich gegeben wird.

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen und dann, wenn wir genaue Schadensgrößen haben, zu prüfen, ob man nachsteuern muss oder nicht. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Fritzen, auch ich möchte hier gerne etwas aus meinem Privatleben erzählen. Ich hatte Leistungskurs Mathematik.

(Beifall FDP - Zurufe SPD: Oh! - Zuruf CDU: Ist doch nett hier!)

Den habe ich sogar relativ erfolgreich abgeschlossen. Ich möchte hier trotzdem nichts vorrechnen, sondern ausschließlich über das Thema Wald und die Stürme reden.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP] - Heiterkeit SPD)

Meine Damen und Herren, durch die Orkantiefs im vergangenen Herbst und Winter ist es insbesondere im Norden des Landes - nicht zu verwechseln mit dem „echten Norden“ - zu großen Windumwürfen gekommen. - Ich fand, das war jetzt ein richtiger Brüller. Aber gut.

(Heiterkeit - Christopher Vogt [FDP]: Du hast wohl die falsche Rede mitgenommen!)

- Genau.

Dies hat nicht nur die **Landesforsten** hart getroffen, sondern eben auch viele **Privatwaldbesitzer** mit kleinen Waldstücken; auch diese haben große **Schäden** erlitten. Erste Schätzungen gingen von bis zu 390.000 fm Holz aus.

Auch wenn der Holzmarkt insgesamt relativ stabil ist, sind Planungen von Jahrzehnten zerstört worden. Nun muss mühsam wieder aufgeforstet werden.

Sie wissen natürlich alle: **Nachhaltige Forstwirtschaft** ist gelebter Naturschutz und bleibt ein generationenübergreifendes Projekt. Deshalb ist es jetzt auch Aufgabe der Landesregierung, vor allem kleine Privatwaldbesitzer nach diesen verheerenden Ereignissen zu unterstützen.

Während die Landesforsten in den vergangenen Jahren durch finanzielle Unterstützung des Landes eine große Eigenkapitalrücklage erwirtschaften konnten, müssen viele Privatwaldbesitzer die **Wiederaufforstung** durch den Verkauf des Holzes refinanzieren, werden aber aufgrund der massiven Aufarbeitungskosten dennoch mit größeren Verlusten rechnen müssen.

Darüber hinaus fehlen geplante Einnahmen in den kommenden Jahrzehnten, was vor allem die zukünftigen Generationen belasten wird.

Meine Damen und Herren, wir haben im November einstimmig einen Antrag verabschiedet, in dem es darum ging, das Ziel aufrechtzuerhalten, **12 %** des Landes mit einer **Waldfläche** zu beleben. Wer jetzt denkt, dass die Landesregierung auf der Grundlage dieses Antrags, gerade was die **ELER-Fördermittel** angeht, dieses Ziel verfolgt, der liegt leider daneben. Statt einen neuen Förderansatz für Wiederaufforstung zu schaffen, wird lediglich die Fördermaßnahme für Waldumbau erhöht. Damit sind im Herbst des vergangenen Jahres nicht nur Nadelwälder umgeworfen worden, sondern auch Waldstücke, die bereits mit standortgerechten Baumbeständen bestückt waren. Somit bleibt für die Waldbesitzer die Frage offen, ob sie überhaupt mit Unterstützung aus diesem Fördertopf rechnen können.

Ich könnte das Handeln der Landesregierung ja noch verstehen, wenn es, wie zunächst zu befürchten war, zu Kürzungen für die kommende Förderperiode gekommen wäre. Aber es gab ja keine Kürzung, ganz im Gegenteil. Für den ländlichen Raum stehen sogar noch 150 Millionen € mehr zur Verfügung. Das ist eine gute Nachricht. Theoretisch hätte dies auch eine gute Nachricht für den ländlichen Raum insgesamt sein können und auch für die Privatwaldbesitzer, aber die Freude hört auf, wenn

(Oliver Kumbartzky)

man betrachtet, was die Landesregierung mit den Mitteln konkret plant.

Wir hatten dieses Thema in der letzten Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses auf der Tagesordnung und haben darüber gesprochen, wie denn die Landesregierung den **ländlichen Raum** mithilfe der **ELER-Mittel** stärken will. Die einzige Antwort von Minister Habeck dazu war, dass sein vordringlichstes Ziel sei, den Umbau der Landwirtschaft hin zu einer ökologischen Landwirtschaft zu fördern. Diese Bestrebungen werden untermauert durch die Tatsache, dass die Zahlungen für die ökologische Landwirtschaft von 21 Millionen € in der letzten Förderperiode auf nunmehr 46 Millionen € angehoben werden.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Schön, dass Sie klatschen, Frau Fritzen. Aber schauen wir uns doch einmal Folgendes an. Wir haben in der letzten Haushaltsdebatte ja auch Fragen zu den Haushaltsansätzen gestellt. Da war gerade die Antwort auf die Frage, wie es denn um den **ökologischen Landbau** steht, sehr klar. Während im Jahr 2012 gerade einmal 31 Betriebe die Umstellungsförderung bewilligt bekommen hatten, waren es zumindest bis November 2013 null Betriebe.

Ich habe mich damals schon gefragt, wie Sie auf die in der Antwort auf die Fragen zum Haushalt benannten 150 Betriebe für 2014 kommen wollen. Sie lesen ja auch die Berichte der letzten Tage. Danach steigen immer mehr ökologisch ausgerichtete Betriebe wieder auf konventionelle Landwirtschaft um.

Nach diesem kleinen Ausflug möchte ich auf das Thema zurückkommen. Frau Redmann, ich bedanke mich sehr für Ihr Angebot, das alles noch einmal im Ausschuss vertieft zu beraten. Ich hatte da irgendeinen Konflikt gesehen.

(Zuruf)

Für mich klang es so, dass wir das im Ausschuss noch einmal beraten sollten.

(Zuruf CDU: Nein, nein! Dialog gibt es nicht!)

Dann möchte ich abschließend festhalten: Die Landesregierung wird die kommende ELER-Förderperiode nicht zur Stärkung des ländlichen Raumes oder zur Unterstützung von kleinen Waldbesitzern nutzen, sondern ihre verträumte Landwirtschaftspolitik vorantreiben.

Wenn es heute zur Abstimmung in der Sache kommt, unterstützen wir den Antrag der CDU-Fraktion.

(Beifall FDP und CDU)

Genügend Spielraum gibt es in der Förderperiode auf jeden Fall. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, bevor ich die nächste Wortmeldung aufrufe, gebe ich bekannt, dass der Innen- und Rechtsausschuss um 14 Uhr zu einer Sondersitzung zusammentreten wird.

Nunmehr hat die Frau Abgeordnete Angelika Beer für die Fraktion der PIRATEN das Wort.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren darüber, ob es von der Zeit her gesehen nicht doch etwas voreilig ist, jetzt über rund 2 Millionen € für die **Wiederaufforstung** zu entscheiden. Wir hätten uns gefreut, wenn der Antrag der Koalitionsfraktionen noch einmal in den Ausschuss gegangen wäre. Ich will kurz begründen, warum.

Wir halten es für voreilig, weil das gesamte **Ausmaß der Sturmschäden** - das ist mehrmals gesagt worden - abschließend noch nicht geklärt ist. Während noch vor einem Monat von einem Verlust von rund 700 ha gesprochen worden ist, ist inzwischen von 1.100 ha die Rede. Hierzu möchten wir offiziell festgestellte und fundierte Zahlen haben, bevor wir über Gelder in der genannten Höhe entscheiden.

Wir wissen, dass Forstwirtschaft ein Geschäft ist, in dem über Generationen hinweg geplant wird.

(Unruhe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass wir gedanklich schon in der Mittagspause sind. Aber jetzt hat das Wort die Frau Abgeordnete Angelika Beer. Ich bitte, darauf Rücksicht zu nehmen.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Ich will auch noch gerne etwas zu den Borkenkäfern sagen. Denjenigen, die sagen, jetzt sei Eile geboten, weil sich der Borkenkäfer in wenigen Wochen an den Start machen wird, halte ich entgegen,



(Angelika Beer)

dass das Abräumen von Fichtenholz nichts mit dem Nachland und den Setzlingen zu tun hat. Die Aufräumarbeiten wird jeder Forstwirt im eigenen Interesse verantwortlich vornehmen, weil es sich ja hier um ein Generationenprojekt handelt. Eine übermäßige Belastung kann ich darin bisher überhaupt nicht erkennen, da sich selbst Bruchholz gewinnbringend - auch das ist gesagt worden - an die Pellet- und Sägemehlindustrie verkaufen lässt.

Zudem sind 2 Millionen € sozusagen eine Menge Holz und kein Pappenstil. Wenn ich dabei an die Schuldenmisere der Haushalte denke, dann sage ich mir: Wenn wir es fachlich gut begründen, dann ist dieser Anspruch berechtigt. Aber diese Begründung sehe ich in dem Antrag der CDU in keiner Weise.

Ich will auch sagen, dass wir **Hilfszahlungen** in dieser Höhe und in dieser Pauschalität nach dem Motto: „Der Staat wird es schon richten“, kaum leisten können. Ich glaube, dass es schwierig ist. Wenn wir an Klimawandel und zunehmende Schäden denken, dann werden wir auch sagen müssen, dass der Staat nicht in jedem Fall von Naturkatastrophen oder Stürmen mit solcher Gewalt die Schäden aus eigener Kraft beziehungsweise aus Steuergeldern wieder ausgleichen kann.

(Beifall PIRATEN)

Wenn Sie das Geld jetzt vorrangig aus dem Topf für Forstwirtschaft ausgeben und in die Wiederaufforstung hineinstecken wollen, dann stellt sich die Frage der **Auswirkung auf die Neuwaldbildung**. Darüber haben wir ja erst neulich eine Debatte geführt. Wir haben gesagt, es kann nicht sein, dass zum Beispiel Fichten weiterhin auf Böden gesetzt werden, auf denen sie keine Wachstumschance haben und beschädigt werden. Wir sind für eine Neuwaldbildung. Darüber gab es hier, glaube ich, auch Konsens im gesamten Haus, um den Anteil insgesamt in Schleswig-Holstein erhöhen zu können.

Uns liegt bisher nur der **Waldbericht** von 2013 vor. Vielleicht kann der Minister noch mitteilen, ob es bereits auch einen Zwischenbericht zu 2014 gibt, wengleich ich nicht davon ausgehe. Deswegen plädieren wir sehr dafür, dass wir noch einmal die Beratungen im Ausschuss aufnehmen, um den Ansprüchen gerecht zu werden.

Unseres Wissens - vielleicht ist das nicht vollständig - gibt es bisher keinen konkreten Antrag auf Schadensausgleich für die bei den letzten Stürmen entstandenen Schäden. Das zumindest sollte vorliegen, bevor wir hier einen Beschluss fassen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind zwar im nördlichen Teil des Landes sehr sturmerprobt und auch sturmgewohnt. Was wir aber mit „Christian“ und „Xaver“ erlebt haben, das war schon beeindruckend. Windböen erreichten eine Geschwindigkeit von bis zu 190 km/h. Das war schon wirklich beeindruckend. Im nördlichen Teil des Landes hatten wir die größten Schäden zu verzeichnen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei all denen zu bedanken, die dazu beigetragen haben, dass die **Sturmschäden** so schnell wie möglich wieder beseitigt wurden.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So können wir zumindest die Wege wieder benutzen. Das war schon eine imponierende Arbeit.

Insgesamt sind rund 500.000 fm Holz geknickt worden. Dies waren im Privat- und Kommunalwald circa 260.000 fm Holz und im Landesforst etwa 240.000 fm Holz.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hauke Götttsch?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Ja.

**Hauke Götttsch [CDU]:** Herr Meyer, die Lage wird in Dänemark nicht anders sein. Können Sie mir sagen, wie das in Dänemark gehandhabt wird? Das interessiert mich.

- Darauf kann ich aber nicht antworten. Tut mir leid.

(Serpil Midyatli [SPD]: Du weißt das bestimmt aus Estland!)

Liegen bleibt das nicht. Ich stelle zwar Aufräumarbeiten fest. Ich gehe aber davon aus, dass die Frage auf die Finanzierung bezogen war.

(Flemming Meyer)

(Hauke Göttisch [CDU]: Ja! Unterstützung! - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weißt du das denn?)

Auch wenn uns der Sturm stark zugesetzt hat, ist es insgesamt ein regionales Ereignis gewesen. Das hat den Vorteil, dass wir dennoch einen stabilen Holzmarkt haben. Das bedeutet, dass sich der finanzielle Verlust für die Waldbesitzer im Rahmen hält.

Die **regionale Begrenzung der Schäden** vereinfacht die Arbeit der Förster bei der landesweiten Koordinierung und Organisation von Personal und Maschinen für die Aufräumarbeiten. Trotzdem ist davon auszugehen, dass es bis zum Sommer dieses Jahres dauern wird, sämtliches Windwurfholz bestandsschonend aufzuarbeiten. Erst danach beginnt die Zeit der Wiederaufforstung.

Der vorliegende Antrag der CDU fordert, 2 Millionen € für die **Wiederaufforstung** durch **ELER-Mittel** sicherzustellen. Wir haben bisher jedoch keine gesicherten Zahlen über die tatsächlichen Schäden und Zahlen darüber, in welchem Umfang Wiederaufforstungsmaßnahmen durchzuführen sind.

Klar ist, dass den Waldbesitzern geholfen werden muss. Das werden wir auch tun. Die Landesregierung wird im Rahmen der Programmierung der ELER-Mittel für die Periode 2014 bis 2020 den Ansatz gegenüber der alten Förderkulisse verdoppeln. Er wird künftig hochgesetzt auf insgesamt 5 Millionen €. Gemeinsam mit den Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe werden wir die Sturmschadensflächen wieder begründen.

Die finanziellen Hilfsprogramme für Waldbesitzer werden fortgeführt. Wiederaufforstungen und Nachbesserungen von bereits in den vergangenen drei bis vier Jahren geförderten Kulturen, die durch Windwürfe zerstört wurden, sind förderfähig. Wichtig ist, dass sich die **Waldbesitzer** zuvor ausführlich von den Förstern der Landwirtschaftskammer beraten lassen. Ich denke, das wissen die Waldbesitzer aber viel besser als ich.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Da die Aufräumarbeiten erst im Sommer abgeschlossen sein werden, wird es auch erst im Sommer möglich sein, einen genauen **Überblick über die Sturmschäden** zu gewinnen. Erst dann können wir uns ein konkretes Bild darüber machen, wie umfangreich die Wiederaufforstungsarbeiten sein werden. Zu gegebener Zeit sollten wir uns dann im Ausschuss berichten lassen, welchen Umfang die Wiederaufforstungsmaßnahmen tatsächlich haben.

Deshalb kann ich mich den Ausführungen meiner Kollegin Sandra Redmann anschließen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck.

**Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist eine wiederholte Debatte zum **Zustand der Wälder** in Schleswig-Holstein. Ich freue mich, dass die politische Aufmerksamkeit so stark auf unsere Forsten und unsere Wälder gelenkt wird. Ich würde mich freuen, wenn diese Debatte weitergeht.

Sie wissen, dass die **ELER-Programme** permanent nachjustiert werden können. Insofern spricht nichts dagegen, permanent zu prüfen, wie die Gelder dieses Programms abfließen. Im Sinne von Frau Fritzen, Frau Redmann und Herrn Meyer sollte diese Debatte permanent weitergeführt werden.

Bitte gestatten Sie mir einige Anmerkungen zum Vortrag der CDU, der diesen wohlwollenden Worten ein bisschen entgegenläuft.

Erstens wundere ich mich über Ihre Aussage, Herr Rickers, das Geld könne doch aus der Landwirtschaft herausgenommen und in die Forsten gegeben werden. Es ist immer erklärtes Ziel gewesen, jedenfalls mein Ziel, die **Landwirtschaft** mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern, dies allerdings zielgerichtet.

Sie hingegen haben gesagt, der **Ökolandbau** solle einen Beitrag zur Waldaufforstung leisten. Die Programmierung der ELER-Mittel hatte zur Folge, dass vor allem Gelder der ersten und der zweiten Säule in den Ökolandbau gegangen sind. Damit entziehen wir der Landwirtschaft Mittel und ergreifen Maßnahmen, die nicht der Landwirtschaft zugerechnet werden. Das ist die erstaunliche Logik Ihrer Argumentation. Das wird Sie an anderer Stelle einholen.

Zweitens erlauben Sie mir bitte eine Anmerkung zum Ökolandbau. Damit kann ich dann zu dem gestellten Antrag überleiten. Sinn der Förderung von Ökolandbau mit öffentlichen Mitteln ist es, dass wir mit dem Ökolandbau Probleme verhindern, die wir durch die konventionelle Landwirtschaft hätten.

**(Minister Dr. Robert Habeck)**

Gewässer, Böden und Arten werden durch den Ökolandbau nicht so belastet, wie dies bei der konventionellen Landwirtschaft der Fall ist. Aus diesem Grunde sollte der Ökolandbau öffentliche Förderung genießen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich halte es grundsätzlich für bedenklich, wenn ein Antrag keinen Gegenfinanzierungsvorschlag enthält. Die Debatte zeigt, dass man Probleme hatte, die **Gegenfinanzierung** sauber zu begründen. Ich finde es traurig, dass die Opposition jetzt in die Untugend zurückverfällt - das sage ich als jemand, der selbst einmal Parlamentarier war - und Anträge ohne einen Gegenfinanzierungsvorschlag stellt.

Herr Koch, das kann nicht sein. Wenn die Opposition immer nur Geld ausgeben will, dann wird hier keine vernünftige Debatte mehr geführt werden können. Das kann also nicht sein.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Minister Dr. Habeck, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

**Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:**

Ja.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:** Verehrter Herr Minister, wenn Sie zwischen Koalition und Opposition unterscheiden, dann müsste man auch uns zur Opposition zählen, obwohl wir das als überholt ansehen.

Würden Sie uns zugestehen, dass wir zu unserem finanzwirksamen Antrag zur Verbraucherschutzzentrale in den Haushaltsberatungen einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung vorgelegt haben?

- Das nehme ich zur Kenntnis.

Den nächsten Punkt versuche ich, vorsichtig zu formulieren. Der Vorschlag zur **Förderung der Wiederaufforstung** ist nicht an die **Gewinne** der Unternehmen beziehungsweise der Privatbesitzer gebunden. Private Wälder fördern wir zu 70 % bis 90 %. Der Holztertrag jedoch fließt zu 100 % an die Privaten. Der Holzpreis ist von der vergangenen zu dieser Förderperiode um ungefähr 30 % gestiegen. Der Holzpreis befindet sich also auf einem Höchst-

niveau. Ich frage mich, wie sich diese Logik in Ihrem Antrag widerspiegelt.

Wir überprüfen ökologische Kriterien. Wir geben Einzäunungen vor. Wir fragen aber nicht nach der Solvenz des Antragstellers. Es ist in der Tat bemerkenswert, dass die Landesforsten, also der öffentliche Waldbesitz, erklärt: Wir brauchen gar kein Geld. Die Holzträge sind gut. Mit diesen Erträgen können wir die Wiederaufforstung vollständig selbst hinbekommen.

Ich frage mich, warum die Landesforsten das können, die privaten Waldbesitzer aber deutlich darauf hinweisen, dass sie das nicht schaffen können. Darüber hinaus finde ich es bemerkenswert, dass die CDU immer dann, wenn es um den privaten Besitz geht, nach öffentlichem Geld ruft. Das kann nicht richtig sein, meine Damen und Herren. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1548 und den Änderungsantrag Drucksache 18/1613 als selbstständigen Antrag an den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um Handzeichen.

(Sandra Redmann [SPD]: Nein, wir stimmen in der Sache ab!)

- Frau Abgeordnete Redmann, das machen wir, nachdem wir entsprechend der Geschäftsordnung zuerst darüber abgestimmt haben, ob die Anträge an die Ausschüsse überwiesen werden sollen.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Frau Abgeordnete Beer hat beantragt, über die Ausschussüberweisung abzustimmen, und das machen wir jetzt.

Wer ist für Ausschussüberweisung? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Antrag auf Ausschussüberweisung abgelehnt.

(Unruhe - Zurufe)

**(Präsident Klaus Schlie)**

- Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann gerne warten, bis es möglich ist, die Abstimmung durchzuführen. Es ist Ihre Mittagspause.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1548, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN sowie die Abgeordneten des SSW. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1613, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer von der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? - Das sind außer Dr. Breyer die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN.

Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung 13:22 bis 15:01 Uhr)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Sitzung wieder. Begrüßen Sie mit mir gemeinsam auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Eckhorst aus Bargtheide. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

**Standortmarketing - „Der echte Norden“**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1561

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für

die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Landtags des „echten Nordens“! Wir haben in diesem Jahr ein Jubiläum zu feiern. Für diejenigen, die es nicht wissen, sage ich: „Der echte Norden“ wird zehn Jahre alt. Wie wir glücklicherweise durch die Antwort auf die Kleine Anfrage meines Fraktionsvorsitzenden, Drucksache 18/1116, erfahren durften, erfolgte die Vergabe des Auftrags zum **Entwurf des Slogans** im Jahr 2004. Nun kann man sich die Frage stellen, ob ein Slogan - ähnlich wie ein guter Wein - einen Reifeprozess braucht, um besser zu werden. Man kann es aber mit Gewissheit sagen: Zeitgemäßer und besser wurde der Slogan über die Jahre definitiv nicht.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Blicken wir zurück: Was hat dieser Slogan in den vergangenen zehn Jahren alles erleben dürfen? - Drei Ministerpräsidenten, drei Regierungswechsel, fünf unterschiedliche Regierungsparteien sowie den politischen Prozess zwischen „Heidemörder“ und einer testosterongesteuerten Politikergeneration. Nach dieser langen Zeit bedurfte es offenbar des persönlichen Einsatzes des Ministerpräsidenten Torsten Albig, um den finalen Durchbruch zu schaffen. Es war die Agentur Boy, die die großartige und von einem erheblichen Misserfolg begleitete Wahlkampagne „Mein Lieblingsland“ der schleswig-holsteinischen SPD mit begleitet hat. So war es zumindest in der vergangenen Woche bei „Focus Online“ zu lesen.

Ich erkläre das gern: Ein Misserfolg war dies, weil dieser Slogan den Sozialdemokraten 2012 das dritt-schlechteste Landtagswahlergebnis ihrer Geschichte beschert hat. - Herzlichen Glückwunsch zu dieser Wahl!

(Beifall FDP - Peter Eichstädt [SPD]: Wer hat denn Ihre Kampagne gemacht? - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wählen Sie doch, was Sie wollen! - Weitere Zurufe SPD)

Nun dachten die Sozialdemokraten offenbar: Was so gut für uns funktioniert hat, muss auch gut für das Land sein. Zu der genannten Kleinen Anfrage heißt es - und ich darf zitieren:

(Oliver Kumbartzky)

„Eine einheitliche Dachmarke verstärkt die Attraktivität des Landes nach außen und wirkt identitätsstiftend nach innen.“

Eines kann ich sicher sagen: Identitätsstiftend nach innen wirkt diese Kampagne ganz sicher nicht.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Bislang waren in sämtlichen Presseberichten und Kommentaren ausschließlich Verrisse zu lesen. Die Landesregierung scheint aber keine Zeitung zu lesen.

Herr Albig, ich möchte Ihnen an dieser Stelle ein seltenes Kompliment machen, also hören Sie gut zu. Das ist auch ein Kompliment an die Sozialdemokraten: Sie haben es mit diesem Slogan geschafft, die politischen Zielsetzungen des eigenen Koalitionspartners erstklassig zu unterlaufen, denn der von den Grünen geforderte Nordstaat wird in absehbarer Zeit definitiv nicht möglich sein. Es wurden nämlich in den **Beziehungen zu den anderen norddeutschen Bundesländern** mit diesem Slogan so tiefe Gräben aufgerissen, dass der Verwirklichung des Nordstaats ein Riegel vorgeschoben worden ist.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, die sehr authentische Abgrenzung gegenüber Niedersachsen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, die mit diesem Slogan gewünscht war, hat hervorragend funktioniert. Herr Ministerpräsident, Sie haben die Grünen hier politisch sauber ausgekontert. - Auch hierzu mein allerherzlichster Glückwunsch!

(Beifall FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Nun möchte ich einen konstruktiven Gegenvorschlag zu dem Slogan „Der echte Norden“ machen. Mit Blick auf das vom Herrn Ministerpräsidenten am häufigsten gebrauchte Adjektiv hätte ich folgenden Verbesserungsvorschlag, und ich bitte Sie, diesen ernsthaft zu diskutieren. Wie wäre es mit einer Kampagne: „Schleswig-Holstein, der starke Norden“?

(Beifall FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Zugegeben, das ist genauso sinnleer, aber ich würde dafür kein Geld nehmen.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Kumbartzky, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Mit dem allergrößten Vergnügen.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Werter Herr Kumbartzky, ich möchte Sie gern zu einer Veranstaltung einladen, bei der Sie vor dieser wunderbaren Wand stehen, die wir bei SPD-Veranstaltungen immer aufstellen. Dort steht nämlich: Stark im Norden. Dass Sie dafür Werbung gemacht haben, dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ich lade Sie ein, Sie können sich davor fotografieren lassen. Das ist ein toller Hintergrund, und die Farbe Rot macht deutlich mehr her als Blau-Gelb.

- Da frage ich mich doch, warum die Landesregierung so viel Geld für eine sinnlose Kampagne mit dem Motto „Der echte Norden“ ausgibt.

(Beifall FDP)

Sie werden es vielleicht wissen, dass ich aus Dithmarschen komme. Dithmarschen wirbt mit dem Claim „Echte Küste. Echtes Land.“ Das ist politisch korrekt, und dieser Slogan geht nicht auf die Kosten anderer.

(Zurufe SPD)

An dieser Stelle möchte ich etwas erwähnen, weil die „taz“ dies in der letzten Woche falsch gemeldet hat: Ich habe mit dem **Werbeslogan aus Dithmarschen** nichts zu tun. Als der Spruch entwickelt und vorgestellt wurde, war ich schon lange nicht mehr als Marketingleiter bei Dithmarschen Tourismus beschäftigt. Ich weiß, ich habe dem einen oder anderen vielleicht eine nette Pointe genommen, aber so ist es.

(Christopher Vogt [FDP]: Schade!)

Ich komme zum Ende meiner Rede. Ich finde es schlimm und auch ein bisschen schade, dass sich die Landesregierung mit dem Slogan „Der echte Norden“ selbst lächerlich gemacht hat. Unverzeihlich finde ich es aber ganz ehrlich, dass Schleswig-Holstein mit dem Slogan „Der echte Norden“ lächerlich gemacht wird.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Deshalb muss diese teure, peinliche und wirklich sinnleere Kampagne schnellstmöglich eingestampft

(**Oliver Kumbartzky**)

werden. Ich rechne mit einer sehr breiten Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, wir haben auch Besuch von Schülerinnen und Schülern der Gemeinschaftsschule Husum-Nord. - Seien Sie uns ebenfalls ganz herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Gestatten Sie mir folgende Bemerkung: Wegen der Sondersitzung des Innen- und Rechtsausschusses konnte die geplante Sitzung des Ältestenrates in der Mittagspause nicht stattfinden. Der Ältestenrat wird sich ungefähr um 16.10 Uhr, jedenfalls beim Tagesordnungspunkt „Tilgungsplan für die Altschulden des Landes aufstellen“, zusammenfinden.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Hans-Jörn Arp für die CDU-Fraktion.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! In den Jahren zwischen 2000 und 2004 gab es hier in diesem Hohen Hause eine heftige Diskussion - einige wenige Ältere hier in diesem Raum können sich noch daran erinnern -, ob wir eine **Dachmarke Schleswig-Holstein** wollten oder nicht. Die Finanzministerin lächelt mich an, sie war damals beteiligt. Wir haben uns dann darauf geeinigt, dass wir eine Dachmarkendiskussion nicht mehr wollen. Unter den drei großen **Urlaubsdestinationen**, die es in Deutschland gibt, führen die Alpen. Der Wirtschaftsminister wird es als Präsident des Deutschen Tourismusverbandes wissen. An zweiter Stelle liegt die Ostsee und an dritter Stelle die Nordsee. Dabei haben wir festgestellt, dass wir von den drei besten und bekanntesten Urlaubsdestinationen zwei in Schleswig-Holstein haben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das haben Sie allein festgestellt? Das ist ja toll!)

- Herr Stegner, da waren Sie noch nicht dabei. Da waren wir in der Lage, das ohne Sie hinzubekommen. Darauf sind wir heute noch stolz. Da sollten Sie sich auch nicht in eine Debatte einmischen, von der Sie nichts verstehen.

Meine Damen und Herren, wir haben damals eine ernste Debatte geführt. Das Ergebnis war die **Gründung der TASH**. Wir haben gesagt, die Poli-

tik hält sich heraus, das machen die Akteure der Wirtschaft und der Verbände und vermarkten so Schleswig-Holstein. Diese Idee hatten wir. Ich meine, darüber gab es von allen Beteiligten hier in diesem Hause einen Konsens. Jetzt machen Sie eine Kampagne und sagen, der „echte Norden“ sind wir. Wissen Sie, wie das in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen ankommt und dass es bei unseren Nachbarn auf Stirnrunzeln, Skepsis und Kritik stößt? - Damit gehen Sie den Weg allein.

Es war sogar ein CDU-Ministerpräsident, der die Idee zu dem Slogan hatte: „Wir sind Süden“. Wissen Sie, was er damit gemacht hat? - Er hat das ganz schnell eingestampft, weil es erfolglos war und viel Geld gekostet hat. Also lernen Sie auch von CDU-Leuten da, wo wir im Ausnahmefall einmal nicht gut waren. Nehmen Sie das zur Kenntnis; denn wir haben die TASH. Die TASH ist die Organisation, die uns vermarktet. Sie haben ihr ja noch zusätzliches Geld gegeben. Unabhängig davon haben Sie für das vergangene und für dieses Jahr noch einmal jeweils 1 Million € extra bereitgestellt.

Ich glaube nicht, dass das zu einem stärkeren **Wir-Gefühl** der Schleswig-Holsteiner beiträgt. Sie sagen an diesem Pult und bei all Ihren Veranstaltungen doch gern, wir sind ein starkes Land mit starken Menschen und starken Unternehmerinnen und Unternehmern.

(Zuruf SPD: Mit einer starken Regierung!)

Nun sind aus den starken Menschen auch noch echte geworden: mit echten Menschen, mit echten Unternehmern, mit echten Lehrern, mit echten Abgeordneten, und das im „echten Norden“. Sie müssen aufpassen, dass die Menschen sich nicht echt darüber totlachen

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP)

oder zumindest darüber lachen und fragen: Was seid ihr nun? Seid ihr stark, oder seid ihr echt? Vielleicht könnt ihr auch echt stark sein.

Das heißt, wir müssen überlegen, wohin wir wollen. Deshalb diskutieren wir jetzt. Natürlich kann Herr Meyer sehr dankbar dafür sein, dass die FDP das heute auf die Tagesordnung gebracht hat. So stärkt man natürlich diesen Begriff und das Image.

(Beifall SPD)

Deshalb warnen wir davor, dass Sie einen aus meiner Sicht falschen Weg gehen. Was das **Logo** mit dem geköpften Hummer und dem halben Löwen angeht, sind wir sicherlich nicht dankbar, dass Sie

**(Hans-Jörn Arp)**

aus der Geschichtsklitterei nicht wenigstens diese Symbole Schleswig-Holsteins mit übernommen haben.

Wenn mich aber mein Enkelkind fragt: „Opa, wo wohnt der Weihnachtsmann?“, dann antworte ich: „Da oben, im ‚echten Norden‘, da wohnt der Weihnachtsmann!“ Im Gegensatz zu Ihnen braucht der nur einen Tag im Jahr zu arbeiten. Das unterscheidet Sie vom Weihnachtsmann. Damit will ich Sie in Schutz nehmen. Aber das ist die Situation.

Was ist denn „der echte Norden“? Wenn ich im Tourismusbereich werbe, zum Beispiel in China, bei internationalen Messen, und sage „Kommen Sie nach Schleswig-Holstein, da ist ‚der echte Norden‘“, dann verbinden die Menschen dort mit echtem Norden Eiseskälte, lange Nächte, Elche - Wölfe haben wir schon hier, Bären und viele Dinge mehr.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Eisbären!)

Aber wenn diese Menschen hierher kommen, sehen sie keine Bären, keine Elche. Schnee sehen sie auch nicht. Da wird Herr Meyer irgendwann zu Herrn Habeck gehen und ihm sagen: Mein lieber Habeck, tue mir einmal einen Gefallen und schaff ein paar Reservate für Elche und Bären, damit wir unserem Anspruch „der echte Norden“ nachkommen; denn sonst sind wir nicht glaubwürdig und versprechen den Menschen etwas, was wir am Ende nicht halten können. - Dann wiederum wären die Menschen sehr enttäuscht.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Arp, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Ja.

**Präsident Klaus Schlie:**

Bitte schön!

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Herr Kollege Arp, sind Sie mit mir einer Meinung, dass es auch sehr interessant wäre, bei der internationalen Vermarktung des „echten Nordens“ zu betrachten, wie „der echte Norden“ in eine andere Sprache übersetzt werden sollte? Wird es, wenn es international übersetzt werden soll, „the true north“ oder „the real north“? Ich denke, da wäre noch eine Menge Arbeit zu leisten, insbesondere im Hinblick darauf,

dass Sie darauf verwiesen haben, wer wirklich im echten Norden lebt.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Keine Sorge, ich habe das schon verstanden.

(Heiterkeit CDU und FDP)

Das Problem ist, dass Sie, wenn Sie Werbung machen, das halten müssen, was Sie versprochen haben. Deswegen bin ich Ihnen sehr dankbar, Herr Kollege Garg. Wenn wir internationale Gäste ansprechen, werden sie hierherkommen und sagen: Was für eine Marketingidee haben die da? Mit dem „echten Norden“ verbindet man ganz andere Erwartungen.

Ich sage Ihnen, die Kampagne ist nicht nur teuer, sie ist auch überflüssig. Stampfen Sie sie ein. Es bringt unserem Land nichts; es macht Sie lächerlich. Davor möchte ich Sie bewahren. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Herr Abgeordnete Olaf Schulze.

(Zuruf CDU: Der echte Olaf!)

**Olaf Schulze [SPD]:**

Das ist ein nordischer Name. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Kollegen der FDP, das Beste an Ihrem Antrag ist seine Kürze. Die Kampagne des NDR, „Das Beste am Norden“, schafft Identität. Wir mögen sie. Sie ist ein Spiel mit regionalen Klischees, ob auf der Reeperbahn - „Das Beste am Norden sind unsere Gäste“ - oder im Dithmarscher Land ein Spiel mit Rollen - „Das Beste am Norden sind unsere Frauen“-, ein Spiel mit dem echten Leben, ob das Beste am Norden nun „unser Bau- und Wegeausschuss“ oder „unsere Freundschaft“ ist.

Wissen Sie was? Das alles ist auch der „echte Norden“. Wir können uns den „echten Norden“ leisten, weil wir eine Kampagne brauchen und wollen, mit der wir unsere Vielfalt betonen können.

Zu der erfolgreichen baden-württembergischen Kampagne, lieber Kollege Arp, „Wir können alles außer Hochdeutsch“, gibt es zahlreiche Verballhornungen. Sie haben dazu beigetragen, den Slogan und die Kampagne erst richtig bekannt zu machen. Ich erinnere an „Wir können alles außer Fußball“,

(Olaf Schulze)

„Wir können alles außer Bahnhof“, und viele andere.

(Lachen und Beifall CDU und FDP)

- Das mit dem Bahnhof liegt mehr an der CDU. - Das Spiel mit dem Slogan schafft erst die Bindung. Die Botschaft ist klar: Es kommt auf den **Bekanntheitsgrad der Kampagne** an, und es kommt auf die Akzeptanz bei denjenigen an, die damit werben.

Auch in Schleswig-Holstein soll dies die Wirtschaft sein, dazu unsere Hochschulen, unsere sozialen Einrichtungen, unsere Minderheitenpolitik, unsere Regionen. Der Slogan ist ein Dach, und für die **Dachmarkenkampagne** kommt es darauf an, wer und was sich unter diesem Dach zusammenfindet.

Man kann daraus viel machen. Man muss es nur wollen. Und gerade Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, haben sich und unserem Land mit Ihren vier oder fünf Wirtschaftsministern in sieben Jahren keinen Gefallen getan, unsere **Dachmarke „Land der Horizonte“** dahindümpeln zu lassen. Ich möchte ganz ehrlich sagen: Wenn wir in Bezug auf das Image Schleswig-Holsteins Ratschläge brauchen, dann eher nicht von Ihnen.

Das betrifft auch die **Finanzierung der Sloganentwicklung**. Schleswig-Holstein arbeitet schon sehr lange mit dem Unternehmen zusammen, das diese Idee hatte. Es war allerdings ein CDU-geführtes Wirtschaftsministerium, das den Rahmenvertrag mit dieser Agentur entfristet und damit die Ausgaben verstetigt hat.

(Wortmeldung Hans-Jörn Arp [CDU])

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter?

**Olaf Schulze [SPD]:**

Einen Satz noch. Dann komme ich dazu. - Innerhalb dieses Vertrages wurden Idee und Slogan entwickelt. Die Kampagne selbst wird öffentlich ausgeschrieben.

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich denke, jetzt dürfen Sie Ihre Frage stellen, Herr Abgeordneter.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:** Herr Kollege, eine Frage: Ist es Ihnen bekannt, dass es eine Image-Kampagne war, die mit „Land der Horizonte“ geworben hat, und dass das niemals eine Dachmarke war?

**Olaf Schulze [SPD]:**

Sie haben sie aber sträflich vernachlässigt. Das ist das Problem, das wir heute noch haben.

(Beifall SPD)

Sie tun uns und dem Land Schleswig-Holstein keinen besonderen Gefallen, wenn Sie immer neue Räuberpistolen auftischen. Echt blöd finde ich außerdem, wie Sie jede Gelegenheit aufgreifen, Schleswig-Holstein schlechtzureden.

(Zurufe CDU und FDP: Oh!)

Nur weil etwas „echt“ ist, macht es etwas anderes nicht „unecht“. Eine echt gute Landtagsrede macht eine andere nicht schlechter oder unechter. Die Opposition tut dagegen so, als könne es auf der Welt nur eine gute und echte Sache geben. Echt Panne.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, wir in Schleswig-Holstein sind echt vielfältig. Wir haben echte Minderheiten und eine echt fortschrittliche Minderheitenpolitik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben echte Tiden mit manchmal mehr und manchmal echt wenig Wasser im Hafen. Wir haben echt viele Sonnenstunden, auch wenn Mecklenburg-Vorpommern noch mehr hat. Und wir sind in vielen Dingen echt gut.

Für den „echten Norden“ spricht einiges, vor allem, dass er zu uns passt. Lassen Sie uns zusammen daran weiterarbeiten. Auch wenn Sie noch nicht überzeugt sind. Sie wissen ja: „Das Beste am Norden ist unser Spleen.“ Deshalb werden wir den FDP-Antrag ablehnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Wir wollen doch eine Anhörung machen!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Jetzt kommt der, der echt überall allen echt nach dem Munde redet! - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unverschämt! - Weitere Zurufe)

- Gleich, wie Sie das weiter qualifizieren, das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Tietze.



**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Worüber reden wir? Reden wir über einen Slogan, oder reden wir über den fachlichen Ansatz einer Dachmarke? **Dachmarken** sind zunächst einmal nicht generell zu kritisieren.

Ich will einmal ein paar Dachmarken nennen, die in verschiedenen Bundesländern nicht ganz unerfolgreich geführt werden. „Sie kennen unsere Pferde - Erleben Sie unsere Stärken“, „Wir sind Frühaufsteher“, oder ich finde, auch die baden-württembergische Kampagne, sich selbst ein bisschen hochzunehmen, „Wir können alles außer Hochdeutsch“, hat durchaus Sinn. Denn man wirbt mit Fähigkeiten und bringt sie gleichzeitig mit einem Dialekt in Verbindung, der im übrigen Deutschland durchaus das eine oder andere Stirnrunzeln hervorruft. Herr Kubicki, ich war Montag in Niedersachsen. Da war interessanterweise im Wirtschaftsministerium der Spruch zu lesen: „Wir machen Dienst nach Fortschritt“. Auch das hat mir gefallen.

Man muss sich erst einmal grundsätzlich die Frage stellen: Will man eine Dachmarke, oder redet man über einen Slogan? - Ich finde, wir sollten tatsächlich einmal fachlich über die Dachmarke reden. Dachmarken haben den Sinn, eine Identifikation zu schaffen, zu werben und das widerzuspiegeln, was uns ausmacht. Deshalb sind wir als grüne Fraktion zunächst einmal für ein Dachmarketing offen.

Sperren wir uns dafür alle in einen Raum ein, machen ein Brainstorming, bei dem jeder eine Idee hat, die er aufschreibt, und gucken dann, was dabei herauskommt? Oder beauftragen wir ein **professionelles Unternehmen**? Niemand in diesem Rund - wenn er ehrlich ist - macht Wahlkampf, ohne auf professionelle Unterstützung zu setzen. Wir wissen alle, wie das funktioniert: Da kommen Profis, Marketingpezialisten, die uns Vorschläge machen.

Wir beraten die und übernehmen die. Niemand würde auf die Idee kommen, sich in ein kleines Kämmerlein zu setzen und eine eigene Dachmarke zu machen. Dachmarken werden vielmehr professionell erstellt. Wir haben in Schleswig-Holstein eine ganze Menge, worauf wir stolz sein können. Das ist hier schon genannt worden. Auch ich will das noch einmal nennen. Ich finde, wir können stolz darauf sein, dass wir eine dänische **Minderheit** haben. Wir können stolz sein, dass wir eine friesische Minderheit haben. Wir können auch stolz darauf sein, dass wir jetzt die Sinti und Roma in unsere Verfassung aufgenommen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dies ist eine Kultur und ein echtes **Alleinstellungsmerkmal** für dieses Bundesland.

Übrigens redet man ja schon über die Dachmarke, bevor man sie gestartet hat. Im Moment scheint sie eine Wirkung zu entfalten. Ob sie positiv oder negativ ist, werden wir abwarten. Aber sie entfaltet schon eine Wirkung, und damit trifft sie ein wesentliches Merkmal unserer Informationsgesellschaft. Wir brauchen **Identifikationsfaktoren**, die für unsere Region werben. Gerade in unserer derzeitigen Situation gehören weiche Faktoren und verständliche Botschaften dazu. Man kann dem Slogan nicht unterstellen, dass er keine klare Botschaft hätte.

Das zeigt auch die jüngste Studie, in der Schleswig-Holsteiner befragt wurden, wie sie ihr Bundesland finden. Wir alle haben gelesen: Schleswig-Holsteiner sind die glücklichsten Menschen.

(Christopher Vogt [FDP]: Noch! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das hängt mit der ehemaligen Regierung zusammen! - Unruhe )

Auch dafür gibt es Gründe: unsere Natur, unser Lebensgefühl, das Land zwischen den Meeren.

Wir müssen in einem Bundesland wie Schleswig-Holstein darauf achten, dass wir uns mit unserem Marketing so aufstellen, dass wir auf Augenhöhe mit anderen Bundesländern mithalten können. Deshalb sind aus unserer Sicht alle politischen Aktivitäten zu begrüßen, die Schleswig-Holstein fit für die Zukunft machen. Dazu gehört natürlich auch, über ein **Dachmarketing** zu sprechen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Kumbartzky, Sie müssten das eigentlich am besten wissen, denn Sie sind ja Marketingmann. Marketing ist der Grundpfeiler einer Wirtschaft, insbesondere einer sozialen Marktwirtschaft. Wenn ausgerechnet Sie die Einstellung von Standortmarketing fordern, wundert mich das.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Dieser Kampagne!)

- Sie haben hier über den Spruch abgelästert. Was sind denn Ihre Konzepte, was sind Ihre Ideen, welche Überlegungen haben Sie denn für Schleswig-Holstein?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der starke Norden!)

(Dr. Andreas Tietze)

„Der starke Norden“ ist nur ein Spruch. Sie haben sich in Ihrer Rede nicht dazu geäußert, ob Sie ein Dachmarketing wollen oder nicht. Das müssten Sie vielleicht noch einmal aufklären. Sie haben nur alles, was wir machen, pauschal niedergemacht. Das finde ich unseriös.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW] - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Deshalb sollten wir unser Schleswig-Holstein gerade auch beim Thema Dachmarke nach vorn bringen. Das Land der Horizonte, das Land zwischen den Meeren, in Deutschland ganz oben, demnächst auch beim Standortmarketing.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion beantragt die sofortige Einstellung der Kampagne „Der echte Norden“. Wir PIRATEN waren schon viel früher viel weiter. Wir haben nämlich immer schon, in allen Haushaltsberatungen, beantragt, die Mittel des Wirtschaftsministeriums für das Standortmarketing komplett zu streichen. In Anbetracht der Verschuldung des Landes und der dringenden Bedarfe an anderen Stellen, zum Beispiel für die Verbraucherzentrale, ist es nicht gerechtfertigt, eine halbe Million Euro jedes Jahr für Werbung auszugeben. Messbare Effekte für die Wirtschaft durch die durchgeführten und weiter geplanten Maßnahmen sind überhaupt nicht erkennbar und nicht zu erwarten.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die **Wirtschaftsförderung** erfolgt ausreichend durch die Wirtschaftsförderer vor Ort. Bis 2012 ist die schleswig-holsteinische Wirtschaft auch ohne Marketing seitens des Landes sehr gut gefahren.

Umgekehrt stößt die geplante Dachmarke „Der echte Norden“ in der Öffentlichkeit auf massive Kritik und Ablehnung, sowohl innerhalb von Schleswig-Holstein wie auch in den anderen nördlichen Bundesländern. Bei uns im Land zeigen Meinungsumfragen, dass zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger mit dieser Kampagne überhaupt nichts anfan-

gen können. In anderen Bundesländern gibt es scharfe Kritik. In Niedersachsen ist sogar eine öffentliche Petition gestartet worden, die sagt: Wenn Schleswig-Holstein „der echte Norden“ sein will, dann fordern wir eine Angliederung Schleswig-Holsteins an Dänemark.

(Beifall PIRATEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Zurufe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie planen mit Hunderttausenden von Euro, nicht nur einen Slogan zu entwickeln, mit dem sich die Menschen überhaupt nicht identifizieren können, Sie wollen damit auch noch Werbeträger bepflastern, Züge besprühen, und auch das für Hunderttausende von Euro.

Dabei sind die Kritikpunkte bekannt: Der Slogan ist missverständlich, das Logo, das Sie benutzen wollen, ist missverständlich.

Herr Ministerpräsident, wir PIRATEN stehen für Transparenz und Mitbestimmung. Auch Ihre Landesregierung schreibt sich immer die **Dialogkultur** auf die Fahnen. Aber was hat das Verfahren, in dem dieser Slogan festgelegt worden ist, mit Dialogkultur zu tun?

(Ministerpräsident Torsten Albig: Nichts! - Heiterkeit und Beifall)

Es ist ja bekannt, dass die Dialogkultur im Ressort des Herrn Wirtschaftsministers noch nicht richtig angekommen ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Unerhört! - Unruhe)

Das läuft höchstens einmal darauf hinaus, dass Sie zu Veranstaltungen, die von anderen organisiert werden, einen Staatssekretär hinschicken.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das ist ja unerhört! - Olaf Schulze [SPD]: Dafür sind Staatssekretäre wirklich nicht da!)

Bei dem Slogan „Der echte Norden“, mit dem sich unser Land nach außen präsentieren soll, geht es doch um eine Identitätsfrage. Die Menschen beschäftigt das. Wir sehen doch in den Medien, wie wichtig das ist.

(Zuruf SPD: Volksabstimmung! - Unruhe)

Sie können doch nicht einfach über die Köpfe der Menschen hinweg bestimmen, wie sich unser Land nach außen präsentieren soll. Wenn Dialogkultur, dann doch hier.

Was Sie an der Stelle gemacht haben, wie Sie den Slogan festgelegt haben, ist kein Ausdruck einer

**(Dr. Patrick Breyer)**

Kultur des Dialogs und des Zuhörens, sondern Ausdruck einer Kultur des Monologs und des Wegsehens.

Herr Dr. Stegner, schon Konfuzius hat gesagt:

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

„Die eigenen Fehler entdeckt man am besten mit den Augen anderer.“

Bei diesem Slogan sollten Sie sich anhören, was die Bürgerinnen und Bürger davon halten, und dem Rechnung tragen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gern.

**Peter Eichstädt** [SPD]: Herr Kollege, wo wir gerade bei den eigenen Fehlern sind:

(Heiterkeit SPD)

Wie passt es zusammen, dass Sie auf der einen Seite sagen, Sie wollten die Mittel für derartige Kampagnen im Ministerium komplett streichen, und auf der anderen Seite für die Schaffung solcher identitätsstiftenden Maßnahmen eine Identitätskultur organisieren?

- Das kann ich Ihnen gern erklären, Herr Kollege Eichstädt: Aus unserer Sicht ist das ganze Standortmarketing sinnlos und Geldverschwendung. Wenn man es aber schon macht, dann doch bitte zusammen mit den Menschen in diesem Land.

**Peter Eichstädt** [SPD]: Wollen Sie es, oder wollen Sie es nicht, wenn ich mir die Nachfrage noch erlauben darf?

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich denke, das war eine weitere Frage, Herr Eichstädt.

(Peter Eichstädt [SPD]: Ja!)

Dann erteile ich Ihnen gern das Wort, sie zu stellen. Das haben Sie gemacht. - Dann können Sie jetzt die Antwort geben, Herr Dr. Breyer.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Wir wollen es nicht.

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Das hast du eben auch schon gesagt!)

- Ja, aber vielleicht wollte dasselbe noch einmal gefragt werden.

**Präsident Klaus Schlie:**

Nun darf es mit Ihrer Rede weitergehen, Herr Dr. Breyer.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden den Antrag auf Einstellung dieser Dachmarke unterstützen. Er geht uns aber nicht weit genug. Wir sollten die gesamte verfehlte und bis heute nicht ordentlich konzeptionierte Marketingkampagne streichen und die Mittel für dringend anderweitig anstehende Aufgaben in unserem Land ausgeben. - Besten Dank!

(Beifall PIRATEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Jetzt kommt „der echte Norden“!)

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP möchte das **Standortmarketing** des Landes Schleswig-Holstein einstellen. Sie beantragt das Ende der derzeitigen Standortkampagne, ohne eine echte Alternative zu nennen. Das wäre das Ende für den „echten Norden“. Über die Gründe schweigt der Antrag. Dazu konnte man aber genug in der Presse lesen.

Viele gerade private Anbieter im Tourismusbereich sind sich mit der antragstellenden Fraktion sehr einig: Auch sie meinen, dass sie Werbung gar nicht nötig hätten. Schließlich würden ihre Stammgäste jedes Jahr wiederkommen und gleich wieder für das nächste Jahr buchen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Investitionen in moderne Ausstattung oder der Eintrag ins Gastgeberverzeichnis sind für sie nur herausgeschmissenes Geld.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

**(Flemming Meyer)**

Genau diese Anbieter verschwinden aber vom Markt. Da mag man noch so viele Jahrzehnte Stammgäste haben, einmal werden diese nicht mehr kommen, wenn die sanitären Anlagen zu eng für Stock und Rollstuhl sind. Nibelungentreue im **Tourismus** gibt es nicht. Die Tendenz geht zu Kurzurlauben, die oft sehr spontan, manchmal von einem Tag zum nächsten, gebucht werden. Das läuft in der Regel via Internet. Dort punkten Anbieter, die ins Marketing investiert haben und deren Pensionen auf den entsprechenden Seiten zu finden sind.

(Beifall SSW, Sandra Redmann [SPD] und Olaf Schulze [SPD])

Die Fakten gerade im Tourismusbereich sprechen Bände. Ohne Standortmarketing geht es nicht. Insgesamt wetteifern alle Regionen mit einfallreichem und professionellem Marketing für sich. Nicht zuletzt deswegen steigen die Buchungszahlen in Deutschland nach einer langen Durststrecke endlich wieder an. Das gilt allerdings nicht überall. Destinationen wie die erfolgsverwöhnte Insel **Sylt** müssen erkennen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die echte Insel!)

dass sich wirklich überhaupt nichts von selbst verkauft. Zum Jahresanfang konnte man lesen, dass die Übernachtungszahlen auf Sylt seit 2009 um mehr als 3 % gesunken sind. Der Insel der Reichen und Schönen, die sich bislang fast von selbst vermietet, bleiben die Gäste weg. Der Grund ist ganz einfach: Die Gäste vermuten andernorts bessere Angebote, weil diese besser vermarktet wurden. Dort allerdings, wo auf der Insel ordentlich die Werbetrommel gerührt wird, wie im neuen Arosa-Hotel in List, steigen die Zahlen. Das heißt, dass dort, wo Standortmarketing betrieben wird, sich das in höheren Übernachtungszahlen niederschlägt und damit ganz klar auszahlt.

Diese Beispiele zeigen: Wer das Standortmarketing einstellt, schneidet sich ins eigene Fleisch.

(Beifall SSW und Regina Poersch [SPD])

Schleswig-Holstein ist ein attraktives Ferienziel, das mit abwechslungsreichen Angeboten unterschiedliche Zielgruppen anspricht. Das muss kommuniziert werden, und das heißt nichts anderes als aktive Vermarktung und Standortmarketing mit einer Standortkampagne.

Man kann sicherlich über den Slogan des Standortmarketings streiten. Aber genauso gut kann man sich über den Geschmack von Brokkoli streiten. Einige können ihn nicht ausstehen,

(Heiterkeit und Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber ohne Zweifel ist Brokkoli gesund, weil es unter anderem Kalium, Kalzium und Eisen enthält.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Brokkoli ist gesund, schmeckt aber nicht.

(Heiterkeit - Beifall Christopher Vogt [FDP])

Genauso verhält es sich mit dem Slogan. Der Slogan mag nicht jedermann gefallen, aber unbestritten macht er Schleswig-Holstein bekannt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das stellt auch die antragstellende Fraktion nicht in Abrede. Genau das ist doch auch Ziel eines effektiven Standortmarketings. Das richtet sich übrigens nicht nur an Touristen, sondern auch an qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir sind Brokkoli!)

Ob ein Ingenieur nach Schleswig-Holstein kommt oder eine Familie hier ihr Häuschen baut, hängt auch mit dem Image unseres Landes zusammen. Darum ist Standortmarketing einfach geboten.

Sicherlich sollten wir in absehbarer Zeit die Wirksamkeit der Kampagne überprüfen und fragen, ob sich der Einsatz denn gelohnt hat. Bis dahin sollten wir uns allerdings davor hüten, unsere eigene Kampagne schlechtzureden. Damit arbeiten wir letztlich nur anderen Regionen in die Hände. Ebenso kommt es nicht infrage, die Kampagne einzustellen und gar nicht mehr für Schleswig-Holstein zu werben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Angelika Beer von der Fraktion der PIRATEN.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zwei Aspekte ansprechen. Das eine sind Umfragen, die schon erwähnt worden sind. Ich will noch einmal ganz konkret die der „Lübecker Nachrichten“ ansprechen, wo sie wissen wollten, wie „Der echte Norden“ ankommt. Es ist

(Angelika Beer)

nun wirklich nicht der Sturm der Begeisterung losgebrochen. Vielleicht kennen Sie die Zahlen auch. Lediglich 20 % der Befragten sagen, sie finden das gut. 44 % sagten, sie finden es blöd, und der Rest hatte keine Meinung.

Ich glaube, das zeigt, dass es kein Erfolgskonzept ist, wie dieses **Marketing** bisher in Gang gesetzt worden ist.

(Beifall PIRATEN)

Ich schlage Ihnen vor, nicht nur als PIRAT, sondern weil die wirkliche Identifizierung unserer Bürger und natürlich auch der Urlauber mit einem solchen Logo - das Land der Horizonte ist mir dort immer noch sehr viel lieber - da sein muss: Warum machen Sie nicht einfach eine **Bürgerbefragung** dazu?

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Warum lassen Sie nicht einfach mal die Leute entscheiden, wie sie den Norden wollen?

Was ich eher kritisch anmerken möchte: Die Diskussion läuft auch im Hinblick auf andere Gütesiegel. Im Rahmen der Grünen Woche sind wir über das Gütesiegel der geprüften Qualität informiert worden, und es ist eine Diskussion entstanden aufgrund der Pressestatements unseres Umwelt- und Agrarministers, der zur Grünen Woche gesagt hat: „Der echte Norden“ muss auf die Grüne Woche. Seitdem wird diskutiert, ob es irgendeinen Druck oder Zwang seitens des Ministeriums geben wird, dass die Aussteller gezwungen werden, dieses ungeliebte Siegel „Der echte Norden“ bei sich mit draufzusetzen, zum Beispiel auf das Gütesiegel.

(Unruhe)

Die Sorge ist groß oder zumindest vorhanden, dass die Bedeutung der geprüften Qualität in Schleswig-Holstein dadurch abnehmen würde. Das sind Fragen, zu denen wir Antworten von Ihnen erwarten; denn wenn Ihre Vorstellung der Umgestaltung der Grünen Woche und von Schleswig-Holstein die ist, dass alle gezwungen werden, dieses „Der echte Norden“ mit aufzunehmen, ist das aus meiner Sicht ein Qualitätsverlust. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, Tobias Koch [CDU] und Peter Lehnert [CDU])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky von der FDP-Fraktion.

(Christopher Vogt [FDP]: Der brokkoli-politische Sprecher!)

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Ich mache es echt kurz. Herr Tietze, ich möchte nur kurz etwas an Sie richten. Ich finde es relativ hohl, ein teures Standortmarketing zu etablieren, ohne vorher die eigenen Hausaufgaben gemacht zu haben. Wie sieht es in der Praxis aus? Da kommen Touristen oder Leute, die Unternehmen ansiedeln wollen, über die Autobahn angefahren, über die A 7 aus Niedersachsen oder die A 20 aus Mecklenburg-Vorpommern, sie kommen über die Landesgrenze und sehen das Schild, auf dem steht: „Willkommen im echten Norden“, und schon stehen sie im Stau.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP] und Dr. Heiner Garg [FDP] - Zurufe SPD)

Wenn ich ein Standortmarketing mache, muss ich doch vorher dafür sorgen, dass eben auch die **Infrastruktur** dafür bereitsteht.

(Zurufe SPD)

- Sie können meinerwegen den Ordner des Schlaglochkatasters mit dem Slogan „Der echte Norden“ bedrucken und dann in die Löcher legen. Das ist nicht das Ding.

(Zurufe - Unruhe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, bei allem Enthusiasmus an dieser Stelle lassen wir doch bitte den Redner zu Wort kommen.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Vielleicht noch ein Satz zu Herrn Kollegen Schulze: Ich finde es schon bemerkenswert, dass Redner der eigenen Koalition die Kampagne mit Brokkoli vergleichen, um etwas hinzukriegen. Der Vergleich war gar nicht mal so schlecht. Herr Schulze, Ihr Vergleich hinkt, weil der NDR zwar die Worte „Das Beste am Norden“ verwendet, doch wo sendet er? Sendet er nur in Schleswig-Holstein? Nein, er sendet in Gesamtnorddeutschland.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Deswegen muss man aufpassen, was man sagt.

(Zuruf SPD)

- In Niedersachsen sind wir das und in Hamburg auch. In anderen bald wieder.

(**Oliver Kumbartzky**)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wovon träumt ihr denn? - Zuruf SPD)

Um die Stimmung noch etwas aufzuhellen, möchte ich abschließend sagen: Worauf wir alle stolz sein können, ist der Gewinner bei der Wahl eines Clips vom NDR zum Thema „Das Beste am Norden“. Gewonnen hat dabei der Clip „Das Beste am Norden ist unser Sport“. Da wurde die Wattolümpiade abgebildet. Ich habe dabei mitgespielt.

(Beifall FDP, CDU und SPD)

Trotzdem hat der Clip gewonnen. Die Wattolümpiade steht unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten. Damit möchte ich meine Rede gern schließen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU] - Zuruf Jürgen Weber [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Reinhard Meyer, das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der echte Norden!)

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als der Tagesordnungspunkt angekündigt wurde, habe ich mir lange überlegt, wie denn die Diskussion laufen wird.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Lustig!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich hätte mir gewünscht, dass wir ernsthaft über das reden, was auf der Tagesordnung steht, nämlich über eine **Dachmarke für Schleswig-Holstein**.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, ja!)

Ich hatte - weil es ja auch zeitlich passt - manchmal ein bisschen den Eindruck, das ist die letzte Landtagsdebatte vor dem Karneval, vor dem Rosenmontag.

(Heiterkeit Beate Raudies [SPD])

Dafür ist das Thema aber einfach zu ernst. Das sage ich ganz ausdrücklich.

Herr Arp, Sie haben darauf hingewiesen: In der Vergangenheit hat es Diskussionen in diesem Haus gegeben. Das ist genau der entscheidende Punkt. Andere Länder haben sich anders entschieden, und zwar vor zehn Jahren. Zu dem Zeitpunkt hätte es

nämlich eigentlich passieren müssen. Wir laufen jetzt hinterher. Wenn zwischendurch ein Ministerpräsident nicht den Mut hatte, das, was vorbereitet war, aufzugreifen und in eine Kampagne umzusetzen, ist das für das Land Schleswig-Holstein nicht gut. Sie wissen, worüber ich rede. Als Herr Carstensen bestimmte Dinge vorgelegen haben, war zwar der Ansatz da, aber der Mut fehlte. Jetzt wollen wir das in die Hand nehmen und uns um die Dachmarke kümmern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Arp?

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Ja, gern.

(Lars Harms [SSW]: Der Denkmalschützer!)

**Hans-Jörn Arp [CDU]:** Herr Minister, wenn Sie schon den hochgeschätzten Herrn Carstensen ansprechen - zumindest von uns, aber wir waren ja alle gemeinsam in einer Großen Koalition -, wissen Sie auch, dass er gesagt hat: „Wenn eine Dachmarke, dann mit Hamburg zusammen“?

- Das ist der entscheidende Punkt.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Hamburg hat schon eine Dachmarke, Herr Arp. Das wissen Sie. Niedersachsen hat eine Dachmarke, und Mecklenburg-Vorpommern hat eine Dachmarke. Wir Schleswig-Holsteiner reden über Schleswig-Holstein.

(Zuruf)

- Herr Arp, darf ich bitte weiter ausführen? - Worum geht es denn? Es geht um einen **Wettbewerb**, den wir zwischen den Bundesländern haben. Der ist da. Es geht um Fachkräfte, es geht um Unternehmensansiedlungen, es geht um Touristen, es geht um das Ansehen unserer Standortvorteile. Das können wir doch alles nur mit einer selbstbewussten Marke wirklich bündeln.

Wir wollen nach außen und nach innen geschlossener auftreten als bisher, mit Unternehmen, Verbänden und anderen Einrichtungen effektiver für den Standort Schleswig-Holstein werben, zum Beispiel mit einem **einheitlichen Auftritt**. Wir wollen die

**(Minister Reinhard Meyer)**

**Identität** nach innen stärken und das Profil nach außen schärfen. Wir sind nicht der Nabel der Welt.

(Zuruf: Ach so!)

Wenn Sie zum Beispiel in Kassel sind und die Leute nach Schleswig-Holstein befragen, dann fällt denen nicht viel dazu ein. - Es ist unsere Aufgabe, dieses Profil zu schärfen. Deshalb brauchen wir ein **Standortmarketing**.

(Beifall SPD und SSW)

Natürlich haben wir auch eine Konkurrenz zu unseren Nachbarn. Wir wollen neben der Metropole Hamburg gesehen werden. Niemand, weder in Mecklenburg-Vorpommern, noch in Bremen und auch nicht in Niedersachsen, glaubt ernsthaft, dass „der echte Norden“ etwas an der guten Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn ändert. Es kann den Bekanntheitsgrad einiger Politiker in Niedersachsen steigern, wenn sie dagegen sind. Das ist aber auch alles. Wir sind „der echte Norden“.

Selbstverständlich haben wir das mit Profis, mit Marketingleuten abgeprüft. Wir gehen doch nicht einfach hin - so wie wir das hier vorhin erlebt haben, soeben aus der Lamäng - und sagen: Das ist jetzt ein Slogan. Die Profis haben sich darum gekümmert. Sie haben sehr deutlich herausgearbeitet, das Schleswig-Holstein die Kompetenz hat, für den Norden in der herausragenden Position an der **Schnittstelle zu Skandinavien**. Die Menschen sehen Schleswig-Holstein und verbinden es mit Weite, Frische, Gesundheit, Klarheit, Bescheidenheit, ja, Standfestigkeit und Richtungsweisung, und auch der Markenbestandteil „echt“ passt genau zu unserem Land. Er ist ein Leistungsversprechen, das eine schleswig-holsteinische Qualität beschreibt, auch gern in diesem Landtag, mit Kubicki und Stegner.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Johannes Callsen [CDU]: Das war's! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Können Sie das noch einmal wiederholen? - Heiterkeit SPD)

- Ich wollte nur einmal testen, ob die beiden Fraktionsvorsitzenden noch zuhören.

(Zuruf)

Wir stehen am Anfang. Ich gebe auch zu, der Claim polarisiert. Das muss er auch. Herr Kumbartzky, jeder Marketingprofi wird Ihnen sagen, wenn Sie einen Claim haben, wo alle nicken und sagen, er sei in Ordnung, dann ist es der falsche. Er muss polarisieren, er muss mit Inhalten gefüllt werden.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Ja!)

Wir haben heute schon eine unbezahlbare Diskussion, wenn Baden-Württemberg - und Herr Arp, da irren Sie, denn diese Kampagne gibt es weiter - auf den „echten Norden“ antwortet mit: Wir sind Süden.

(Johannes Callsen [CDU]: Genauso einfalllos!)

Denn das ist das Thema, dass wir im Wettbewerb sind und wir unser Profil auch eindeutig nach vorn stellen müssen.

Es gehört auch zu den Fakten, dass eine Dachmarke, ein **einheitliches Standortmarketing**, ein einheitlicher Auftritt immer wieder von den Unternehmensverbänden, von den Kammern gefordert worden ist. Wir setzen das jetzt um. Ich sage ebenso deutlich: „Der echte Norden“ als Slogan ist nicht in einem stillen Kämmerlein entstanden.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir sind Brokkoli!)

- Nein, wir haben ihn gemeinsam mit Profis entwickelt.

(Christopher Vogt [FDP]: Auch wir haben den entwickelt!)

Es gibt immer wieder die Kritik daran, dass alles so viel Geld kostet. Baden-Württemberg hat 5 Millionen € für Standortmarketing ausgegeben. Gut - das ist ein reiches Land.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Noch!)

Mecklenburg-Vorpommern hat 1,6 Millionen € für Standortmarketing ausgegeben. Niedersachsen hat mehr als 1 Million € für Standortmarketing ausgegeben. Insofern sehen Sie, dass wir unsere Ressourcen schon bündeln. Denn das Bündeln wird eine ganz wichtige Aufgabe sein. Es gibt so viele Marketingtitel in diesem Land. Was uns fehlt, ist der einheitliche Auftritt für unser Land, für Schleswig-Holstein.

„Der echte Norden“ ist eine Plattform für alle, die für Schleswig-Holstein werben und Kommunikation betreiben, entwickeln und weitermachen wollen. „Der echte Norden“ lebt von den Menschen. Er lebt von den zwei Meeren. Er lebt von der Natur, und er lebt natürlich auch von dem echten Humor im echten Norden. Wir sind das mit Selbstbewusstsein, und wir wollen das mit dieser Kampagne nach außen tragen, übrigens auch international. „Germany is true north“ ist das, was sozusagen die englische Übersetzung ist.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

**(Minister Reinhard Meyer)**

Insofern habe ich auch diese Frage beantwortet, Herr Garg. Herr Kumbartzky, ich bedanke mich auch, dass Dithmarschen - Sie haben das ja angeschoben, aber dann nicht mehr geerttet - mit „Echte Küste. Echtes Land.“

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das stimmt doch gar nicht! Ich habe das nicht mit angeschoben!)

sozusagen der Vorreiter war. Wir haben natürlich von Dithmarschen gelernt. Der NDR hat es für die norddeutschen Länder kompatibel ausgedrückt: „Das Beste am Norden“. Das haben Sie schon gesagt. Das Beste am Norden ist Schleswig-Holstein, „der echte Norden“. Ich freue mich, dass sich alle an der Diskussion beteiligen dürfen. Wir wollen Schleswig-Holstein damit weiter voranbringen.

(Beifall SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Minister, gestatten Sie noch eine Frage des Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky?

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Ja.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:** Wo Dithmarschen ist, da ist vorn. Das wissen wir alle.

(Beifall Karsten Jasper [CDU])

Ich möchte mich nicht mit fremden Federn schmücken. Ich habe den Prozess nicht mit angestoßen. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

- Ist trotzdem gut.

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Da mir andere Anträge nicht vorliegen, gehe ich davon aus, dass wir in der Sache abstimmen. Wir stimmen über den Antrag Drucksache 18/1561 in der Sache ab. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Abgeordneten des SSW abgelehnt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Unerhört, das ist kein Dialog! - Zuruf SPD: Stimmenmehrheit!

- Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber keine starke!  
- Heiterkeit Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

**Zukunft des Landeshafens Friedrichskoog**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1562

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1621

**Zukunft für Friedrichskoog**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/1616

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache.

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da bin ich wieder.

(Heiterkeit SPD)

Ich möchte gleich zu Beginn der Debatte etwas betonen und klarstellen: Ja, die Bestrebungen, den **Landeshafen Friedrichskoog** zu kommunalisieren oder schlimmstenfalls zu schließen, stammen aus der letzten Legislaturperiode, also von einer schwarz-gelben Landesregierung.

Die Fraktionen von SPD, Grünen und SSW wollten dies ja mit ihrem Änderungsantrag noch einmal feststellen lassen. Aber das ist weder originell noch konstruktiv.

(Beifall FDP)

Ich möchte drei Fakten nennen:

Erstens. Seit Beginn der Diskussion um den Hafen hat man sich vor Ort sachlich und unaufgeregt sehr viele konstruktive Gedanken gemacht, wie man Kosten senken kann, wie man die Trägerschaftsverhältnisse ändern könnte und welche **Folgen eine Hafenschließung** hätte. Das verdient wirklich Respekt und Anerkennung.

(Beifall FDP)



(Oliver Kumbartzky)

Zweitens. Die Landesregierung hat bisher keine Hafenschließung durchgedrückt, der Hafen ist noch offen. Die Fristen, was die Übernahme des Hafens seitens der Gemeinde betrifft, wurden von der Landesregierung mehrfach verlängert. Das betrifft nicht nur die Regierung Carstensen, sondern auch die Regierung Albig. Auch diese Entscheidungen waren wichtig und richtig.

Drittens. Unter den heute gegebenen Fakten und Rahmenbedingungen muss das ganze Thema anders diskutiert werden als noch 2010; denn es tauchten in den vergangenen Jahren immer mehr Zahlen und neue Fragen auf, angefangen beim Sperrwerksbau, bei dem die Angaben über die Preise fast täglich schwankend dargestellt werden, über die **Wasserversorgung der Seehundstation**, die Ausweisung von Flächen für den Hafenwind - warum gab es eigentlich kein Zielabweichungsverfahren? - bis hin zu der Frage, wer eigentlich das Hafenbecken im Falle der Schließung übernehmen sollte.

Vor diesem Hintergrund haben wir den Antrag eingereicht. Ich freue mich wirklich, dass wir diese Debatte heute im Landtag führen und nicht im Hinterzimmer eines Ministeriums. Denn es gab in dieser und auch in der letzten Legislaturperiode bisher keine gesonderte Landtagsdebatte über den Hafen. Selbst die damalige Opposition hatte das nicht beantragt. Fakt ist auch, dass der Landtag als Haushaltsgesetzgeber in den letzten Jahren immer die entsprechenden Mittel für den Hafenbetrieb bereitgestellt hat, auch für das Jahr 2014.

Ich weiß, was gleich kommen wird. Aber ganz ehrlich: Dieser Antrag ist kein Antrag nach dem Motto „Der Hafen soll nicht geschlossen werden“. Nein, wir wollen wirklich dafür sorgen, dass alles gründlich, sachlich und umfassend geprüft wird, um so auch mehr Transparenz zu schaffen.

Mit der von uns vorgeschlagenen kritischen Überprüfung, verbunden mit einer **Fristverlängerung** mitsamt **Offenlegung sämtlicher Zahlen** und Folgen einer Hafenschließung, bekommen die Landesregierung und die beteiligten Ministerien einen klaren Auftrag. Gerade die Offenlegung der Folgen einer Schließung vermisste ich in der gestern verumdruckten Stellungnahme des Wirtschaftsministers.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, in die eben genannte kritische Überprüfung soll die Landesregierung auch die Frage einbeziehen, inwieweit durch den Erhalt des Hafens der **Tourismus** und der **Naturschutz** in einem Vorzeigeprojekt in Einklang gebracht werden können. Das Projekt „Grüner Hafen“

mit erneuerbarer Energie könnte Schule machen und würde sich auch prima in die **Westküstenstrategie** der Landesregierung einfügen.

Auch hier offenbart sich wieder ein großer Unterschied zum Antrag der Koalition. Wir wollen, dass auch solche Pläne und Vorschläge intensiv geprüft werden, die eine Offenhaltung des Hafens zum Inhalt haben. Das kommt in Ihrem Antrag noch nicht klar rüber, aber vielleicht können Sie es noch klarstellen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns doch wirklich erst sämtliche Prüfungsergebnisse abwarten, bevor Fakten geschaffen werden. Ich erwarte von der Landesregierung auch heute hier am Pult eine Klarstellung darüber, dass Überlegungen, die **Nullnutzungszonen im Nationalpark Wattenmeer** durch eine Hafenschließung zu erweitern, keine Rolle spielen.

Eine kritische Überprüfung ist das Gebot der Stunde. Vor dem Hintergrund der offenen Fragen kann die Landesregierung niemals den avisierten Termin Anfang März halten. Die Landesregierung muss erst alle Überprüfungen abwarten, bevor sie Fakten schafft. So muss beispielsweise auch die Bundesanstalt für Wasserbau - das ist sehr wichtig - genügend Zeit bekommen, konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Außerdem sollte man abwarten, welche Vorschläge und Angebote aus Hamburg kommen.

(Beifall FDP)

Bisher hat sich aus den vielen Gesprächen, die geführt worden sind, nicht klar ergeben, dass eine Hafenschließung tatsächlich die beste Lösung wäre. Eine Schließung jedoch, die sich vielleicht später als falsch erweist, weil man nicht alles zu Ende geprüft hat, wäre fatal und kann auch nicht zurückgenommen werden. Daher sollte man im Zweifel weiter baggern und so die Entwässerung und die Schiffbarkeit und eine touristische **Zukunft Friedrichskoogs** gewährleisten, als jetzt einen Fehler zu machen, der noch unmessbare Folgekosten nach sich ziehen könnte. Es sollte also wirklich alles intensiv und transparent geprüft werden. Denn Eigentum verpflichtet - das gilt auch für die Liegenschaften des Landes.

Geben Sie dem Hafen eine Chance und stimmen Sie unserem Antrag zu! - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Karsten Jasper.

**Karsten Jasper [CDU]:**

Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gleich vorwegschicken: Normalerweise hätte hier mein Kollege Jens Magnussen gestanden, in dessen Wahlkreis Friedrichskoog liegt. Der aber ist erkrankt. Deshalb habe ich heute Morgen die Information bekommen, dass ich heute diese Rede halten werde. Das mache ich auch gern, und ich möchte einige Anmerkungen zum Hafen Friedrichskoog und zum weiteren Vorgehen machen.

Wir haben heute Morgen um 9 Uhr ein informelles Gespräch geführt - zeitgleich zu der Demonstration der Friedrichskooger Fischer und Bürger, die hier oben auf der Tribüne sitzen. Das war ein informelles Gespräch mit Herrn Staatssekretär Nägele. Daraus haben sich für mich und wohl auch für einige Mitglieder der anderen Fraktionen ganz neue Einzelheiten ergeben. Ich nenne beispielhaft die Abgängigkeit der Schleuse; die muss wirklich erneuert werden, weil sie nicht mehr reparaturfähig ist. Bei einer Reparatur wäre mit einem noch ganz anderen Kostenaufwand zu rechnen. Es gab aber auch noch diverse andere Punkte, über die ich an dieser Stelle jetzt nicht reden möchte, zumal es ja wirklich nur ein informelles Gespräch war.

Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, dass ich dem Herrn Staatssekretär Nägele sehr dankbar für das Gespräch bin, auch wenn es etwas kurzfristig anberaumt war und ich das alles heute und jetzt noch nicht im Einzelnen abschließend bewerten kann.

Angesichts der Bedeutung des Hafens Friedrichskoog als **Wirtschafts- und Fischereihafen** stellt sich für mich die Frage: Will man die Fischerei und damit den Fischereihafen in Friedrichskoog auch weiterhin erhalten? In dem Hafen von Friedrichskoog befindet sich eine **Werft** mit einer Slipanlage, die an der Westküste ziemlich einzigartig ist; diese dient der Reparatur der Kutter.

Über all dies kann man vielleicht auch noch einmal nachdenken und diskutieren. Das geht vor allem an Herrn Minister Habeck. Ich selbst komme auch aus der Förderkulisse, wenn ich so sagen darf. Ich habe eine GmbH, in der wir uns mit Förderpolitik beschäftigen. Vielleicht kann man das Ganze deswegen auch noch einmal unter dem Gesichtspunkt des Europäischen Fischerei-Fonds prüfen. Wenn es nicht machbar ist und wenn nach Büsum umgesiedelt wird, dann wird das finanziell vielleicht interessant.

Der Hafen hat auch als Tourismusstandort eine große Bedeutung. Auch das ist hier schon gesagt worden. Friedrichskoog ist nach Büsum in Dithmarschen der zweitwichtigste **Tourismusstandort**.

Was passiert eigentlich mit der hier angesprochenen **Seehundstation**? In der Saison gibt es immerhin Zehntausende von Besuchern, die diese Seehundstation besichtigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zahlreiche Besuche von Vertretern der Landesregierung und der Ministerien sind in Friedrichskoog registriert worden. Auch ich bin damals zusammen mit Jost de Jager als Wirtschaftsminister vor Ort gewesen. Ich bin auch mit Frau Dr. Zieschang dort gewesen. Auch der Kollege Arp und der Kollege Magnussen waren dabei. Mir ist auch bekannt, dass insbesondere Herr Staatssekretär Nägele sehr oft vor Ort ist.

In den nächsten Tagen werden noch einige Gespräche anstehen. Am 24. Februar 2014 wird Herr Minister Meyer, wenn ich das richtig weiß, zusammen mit Senator Horch in Friedrichskoog vor Ort sein. Senator Horch hat nach meiner Kenntnis Hilfe und Unterstützung aus Hamburg angeboten. Deshalb wird es interessant sein zu erfahren, wie diese Unterstützung denn aussehen soll. Am 27. Februar 2014 gibt es wohl auch noch einen Workshop; dafür sind inzwischen bei der Gemeinde Friedrichskoog bestimmte Daten abgefragt worden.

Am 4. März 2014 wird der ganz entscheidende Besuch von Ministerpräsident Albig sein. Im Worst-Case-Fall, wenn der Hafen also nicht mehr als Landeshafen weitergeführt werden sollte, hätte ich die Erwartung an die jetzige Landesregierung und an das Wirtschaftsministerium und natürlich auch an das MELUR, dass über den Herrn Ministerpräsidenten die volle Unterstützung zugesagt wird, um Friedrichskoog finanziell und vom Knowhow her entsprechend unterstützt wird. Dies ist wichtig, weil sich dort auch ein struktureller Wandel aus der Fischerei in Richtung verstärkter Tourismus vollzieht.

Ich erwarte - Oliver Kumbartzky hat es auch gesagt - einen offenen Dialog, wie Sie ihn immer wieder anpreisen, zwischen Bürgern, Fischern, Deich- und Sielverband, Hafenbetriebsgesellschaft und vor allem dem Kreis Dithmarschen und der Kommune. Wenn man dort für eine finale Lösung sorgen will, dann muss man sich eben auf gleicher Augenhöhe zusammensetzen.

Die ganz entscheidende Frage für mich ist: Inwieweit ist eigentlich der **Westküstenbeirat**, der neu geschaffen worden ist, in die Geschichte eingebunden?

(Karsten Jasper)

Gibt es eigentlich Aktivitäten aus diesem Bereich? Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss noch einmal intensiv geprüft werden. Das wurde hier auch schon einmal gesagt. Es muss auch noch einmal über die EU-Förderung gesprochen werden.

Außerdem würde ich gerne eine Synopse sehen, aus der hervorgeht, wie viel die Maßnahmen zur Erhaltung des Landeshafens kosten und welche **Kosten** entstehen, wenn dieser Hafen geschlossen wird.

Wir haben noch einen Antrag eingereicht. Ich hoffe, Sie unterstützen diesen Antrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne den Bürgermeister der Gemeinde Friedrichskoog sowie Fischer aus Friedrichskoog. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Westküste liegt uns sehr am Herzen. Herr Kollege Kumbartzky, wenn Sie gerade den Ausführungen von Herrn Jasper gefolgt sind, dann haben Sie mitbekommen, dass er all die Fragen, die Sie gerade aufgeworfen haben, angesprochen hat.

Seit über einem Jahr gibt es dieses **Moratorium**. Seit über einem Jahr laufen Gespräche. Sie laufen vor Ort. Die Gespräche sind ehrlich, transparent und werden mit den richtigen Menschen geführt. Es ist also nicht richtig, wenn Sie in den Raum stellen, es werde kein ehrlicher **Dialog** geführt und wir drückten uns vor diesem Gespräch. So viel zunächst einmal zu Ihren Ausführungen.

Die Westküste liegt uns sehr am Herzen.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Unsere Regierung macht das mit ihren Anmeldungen für die EU-Mittel deutlich.

An dieser Stelle vielleicht eine Antwort auf Ihre Frage: Leider hat die **EU** die **Mittel für Häfen** in der neuen EU-Förderperiode gestrichen. Daher hat sich unser Ministerium einfallen lassen, wie man

dennoch die Westküste unterstützen kann. Diese Fördermittel sind den Friedrichskoogern auch in Aussicht gestellt worden. Der Bürgermeister von Friedrichskoog sitzt übrigens oben auf der Tribüne. Mit ihm sind wir natürlich alle in engem Kontakt. Zudem sind wir im Gespräch mit dem Westküstenbeirat. Außerdem gibt es einen Beteiligungsprozess und ein klares Bekenntnis zum Nationalpark Wattenmeer und zur Region mit all ihren Stärken. Wir wollen und wir werden gemeinsam mit den Menschen vor Ort eine gute Lösung finden.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Lars Harms [SSW])

Deshalb ist es richtig, dass das Wirtschaftsministerium so intensiv mit den Betroffenen nach Lösungen sucht. Es ist nicht so, dass wir erst seit gestern oder seit einigen Wochen über den Hafen Friedrichskoog reden. Sie können sich sicherlich daran erinnern, dass wir das bereits in der vergangenen Legislaturperiode gemacht haben.

Es ist richtig, dass wir Gespräche führen, um auszuloten, was noch möglich ist. Die jetzt laufenden Prüfungen sollten zeitnah abgeschlossen werden, damit wir den Blick frei haben, um klare Perspektiven entwickeln zu können.

Ihr Antrag ist zwar differenziert formuliert, aber darin ist vom **Landeshafen Friedrichskoog** die Rede. Das heißt, Sie haben immer noch die Hoffnung, dass das Land Schleswig-Holstein weiterhin in diesen Hafen investiert.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

160 Jahre sind eine lange Zeit. So lange gibt es den Hafen Friedrichskoog schon. Seine wirtschaftliche Bedeutung nimmt jedoch immer mehr ab. Dies müssen wir leider feststellen. Unsere Regierung ist nicht die erste, die dies erkennt. Die Region, insbesondere die Gemeinde, ihre Bürgerinnen und Bürger sowie die örtliche Wirtschaft engagieren sich für gute Lösungen. Das unterstützen auch wir.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Für die Region, für die Zukunft Friedrichskoogs brauchen wir **Perspektiven**. Ich freue mich daher, dass sich die Landesregierung stark einbringt, wenn es darum geht, die finanziellen, die wirtschaftlichen, die sozialen und die ökologischen Folgen der verschiedenen Optionen aufzuzeigen. Klar ist aber, dass wir als Land Verantwortung sehen und diese auch übernehmen, und zwar auch in finanzieller Hinsicht. Das wird der Wirtschaftsminister sicher gleich ebenfalls ausführen.

**(Serpil Midyatli)**

Sehr geehrter Herr Kubicki, wir wollen die verschiedenen Optionen behutsam angehen. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir bereits im Jahr 2013 in Friedrichskoog das Licht ausgemacht. Jedenfalls haben Sie im Jahr 2010 noch darauf hingewiesen.

Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Garg, ich musste mich nicht in der Pfalz, nicht in Mecklenburg-Vorpommern und auch nicht in Niedersachsen nach führenden Parteimitgliedern umschaun.

Ausweislich des Plenarprotokolls vom 8. September 2010 sagen Sie, Herr Kollege Kubicki, „dass die Kürzungen für den Hafen Friedrichskoog in den Jahren 2011 und 2012 noch nicht etatisiert sind, weil wir nämlich festgelegt haben, dass der Hafen erst 2013 geschlossen werden soll“. Das waren Ihre damaligen Vorstellungen. Herr Kollege Garg, ich habe mich natürlich mit mehreren Zitaten ausgestattet.

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Bitte schön.

**Präsident Klaus Schlie:**

Sie haben das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Frau Kollegin Midyatli, würden Sie freundlicherweise zur Kenntnis nehmen - wenn Sie schon zitieren -, dass die Frage im Raum stand, ob das Land den Hafen weiterführt? Wir haben uns darum bemüht, die Kommunalisierung des Hafens mit Maßnahmen durchzusetzen, die aus der Kommune selbst heraus gekommen sind. Deshalb sollte der Hafen bis Ende 2013 als Landeshafen fortgeführt werden und ab 2014 als kommunaler Hafen in eigener Trägerschaft mit Möglichkeiten, die dadurch entstehenden Kosten anderweitig zu erwirtschaften. Würden Sie das zur Kenntnis nehmen?

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Ich nehme das zur Kenntnis. Als hätte ich Gedanken lesen können, dass Sie mir diese Frage stellen, habe ich ein weiteres Zitat herausgesucht, das ge-

nau darauf beruht. In der gleichen Plenarsitzung haben Sie gesagt, dass „die Funktionsfähigkeit des Hafens Friedrichskoog ohne Landesbeteiligung aufrechtzuerhalten“ sei.

Der Bürgermeister Friedrichskoogs und Bürger aus Friedrichskoog sitzen hier auf der Tribüne. Kollege Kubicki, dieser Vorschlag wird wohl kaum zu realisieren sein. Wenn dieser Vorschlag realisierbar wäre, stünden die Investoren in Friedrichskoog doch Schlange. Das ist aber nicht der Fall. Deswegen müssen wir gemeinsam nach anderen Lösungen suchen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb sollten wir alles daran setzen, gemeinsam nach vorn zu blicken. Wir sollten alternative Entwicklungskonzepte für die Region und mit der Region erarbeiten. Gerade nach den Diskussionsprozessen der letzten Zeit wird dies sicherlich notwendig sein.

Wir wollen keine Illusionen nähren. Wir wollen transparente Perspektiven. Diese sollen auch auf die Stärke der Region setzen. Dazu gehören insbesondere die Wirtschaftsschwerpunkte „alternative Energien“ und „Tourismus“. Dazu gehört die Schönheit des Wattenmeers mit seiner ökologischen Vielfalt. Dazu gehören die Menschen vor Ort.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch etwas zum Thema **Seehunde** sagen, weil es auch Sorgen um die Seehundaufzuchtstation gibt. Emotional ist die Station eine der größten Attraktionen in Friedrichskoog. Ich persönlich meine sogar, dass dies eine der größten Attraktionen Schleswig-Holsteins ist.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Sie ist aus den Tourismuskonzepten für die Westküste kaum wegzudenken. Sie gehört zur regionalen Identität. Denken Sie nur an den Slogan des NDR „Das Beste am Norden sind unsere Heulsusen“.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen. Dieser zeigt ganz klar auf, dass wir zeitnah ein Ergebnis wollen, damit die Menschen in Friedrichskoog endlich Sicherheit be-

(Serpil Midyatli)

kommen. Den Menschen bringt es nichts, immer nur eine Gnadenfristverlängerung zu vereinbaren. Ich glaube, dabei sind wir in konstruktiven Gesprächen mit den Menschen. Ich hoffe, Sie können unseren Antrag unterstützen. Ich beantrage Abstimmung in der Sache. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze das Wort.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Gäste aus Friedrichskoog. Es sind viele Menschen aus der Region hier, die wissen wollen, wie es weitergeht. Seien Sie sicher, Debatten dieser Art machen es Abgeordneten nicht leicht. Es gibt eine Betroffenheit. Man steht auch manchmal zwischen Baum und Borke. Mir ging es heute Morgen auch so, als wir miteinander gesprochen haben.

In einem Letter of Intent sollten **tragfähige Konzepte und Businesspläne** erarbeitet werden. Dies war an die Voraussetzung geknüpft, dass die **Gemeinde** den **Hafen** übernimmt. Dies ist jedoch gescheitert. Die Gemeinde sieht sich aufgrund des finanziellen Risikos nicht in der Lage, diesen vereinbarten Letter of Intent umzusetzen.

Die Menschen aus Friedrichskoog haben zahlreiche Ideen und viel Engagement in diesen Prozess eingebracht und sich für Lösungen engagiert. Ich finde, das ist vorbildlich. Das ist an dieser Stelle einmal mit Respekt zu erwähnen. Vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es ist eine bittere Wahrheit, dass sich die **Bedeutung der Fischerei** an unserer Nordseeküste verlagert hat. Der Tourismus ist mittlerweile in Friedrichskoog zu einer zentralen Einnahmequelle geworden. Wir wissen alle, der Strukturwandel an der Westküste ist in vollem Gange. Wir fragen uns auch: Wo liegen die Wertschöpfungsketten der Zukunft? Wo liegen die zukünftigen Arbeitsplätze?

Eines ist auch klar: Die Konzepte von gestern führen nicht weiter. Wir brauchen neue Ideen, wir brauchen Innovationen. Die Landesregierung stellt sich dieser Herausforderung. Gerade mit der För-

derkulisse, die wir ausgerichtet haben, mit dem Programm für die Westküste machen wir deutlich: Wir lassen die Region nicht im Stich. Wir stehen bereit, diesen Prozess des **Strukturwandels** mit finanziellen Mitteln zu unterstützen.

Gerade Friedrichskoog ist ein gutes Beispiel dafür, wo wir anfangen können, ein zukunftsfähiges Angebot im Tourismus nach vorn zu bringen, gerade auch vor dem Hintergrund der zahlreichen Tagesgäste, die von Büsum aus die Seehundstation dort besuchen. Es sind weit mehr als 100.000 Besucherinnen und Besucher im Jahr. Dieser Betrieb muss gesichert werden; denn er ist ein wichtiger Motor für den Tourismus in der Region.

In den nächsten Wochen wird es darum gehen: Was geht, und was geht nicht? - Herr Staatssekretär, Sie haben das heute Morgen deutlich gemacht, indem Sie gesagt haben - ich finde, das ist ein zentraler Satz -: Das Land darf den Menschen aber auch nichts überstülpen. Es kann nicht darum gehen, dass wir von oben herab Konzepte in die Region hineintransportieren. Nein, auch da gilt: Nur mit den Menschen vor Ort kann man eine solche Perspektive und Handlungsoptionen entwickeln. Wie es scheint, ist es für den Hafen im Moment knapp.

Aber - das, Herr Kumbartzky, müssen Sie zur Kenntnis nehmen - der Staatssekretär hat heute alle Optionen transparent und nachvollziehbar auf den Tisch gelegt. Er hat hier mit offenen Karten gespielt. Er hat alle informiert. Es kann also keine Rede davon sein, dass da keine Transparenz vorhanden sei. Im Übrigen ist nicht nur der Staatssekretär, sondern auch der Minister vor Ort; auch der Ministerpräsident wird vor Ort sein. Hier also in den Raum zu stellen, diese Koalition kümmere sich nicht, geht am Thema vorbei und ist auch nicht fair.

**Gemeinde und Kreis** sind auch nicht bereit, in die Bresche zu springen und die **Verantwortung für den Hafen** zu übernehmen. Vielleicht gibt es noch eine kleine Hoffnung. Möglicherweise gibt es noch Alternativen in dem Gespräch mit Herrn Horch. Im Moment liegen sie nicht vor. Wir glauben nur: Es muss jetzt endlich auch einmal eine Entscheidung gefällt werden. Die Menschen müssen wissen, woran sie sind. Sie müssen wissen, in welche Richtung es jetzt weitergeht, wie auch immer diese Richtung aussieht.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Kumbartzky?

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja, gerne.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:** Sehr geehrter, geschätzter Kollege Tietze, ich habe zwei kurze Fragen an Sie. Erstens. War das Gespräch heute Morgen öffentlich? Zweitens. Sind bei dem Gespräch irgendwelche Folgekosten, also die Folgekosten einer Schließung, dargestellt worden?

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Lieber Herr Kumbartzky, diese Frage insinuiert wieder, das Ministerium und der Staatssekretär hielten Informationen unter dem Tisch. Wie Sie wissen, haben wir heute Morgen über einen öffentlichen Umdruck gesprochen. Der Umdruck ist im Netz vorhanden; den kann jeder einsehen. Das Ministerium hat in diesem Umdruck die Folgekosten öffentlich gemacht. Hier zu unterstellen, wir machten Informationen nicht transparent, geht völlig am Thema vorbei, Herr Kumbartzky.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er hat gefragt, ob das Gespräch öffentlich war!)

- Entschuldigen Sie! Wir haben uns genau über diese Fakten unterhalten. Es ist ja nicht so, dass Herr Dr. Nägele im Anschluss daran nicht mit den Friedrichskoogern spricht. Hier zu sagen, wir seien nicht daran interessiert, dieses Thema öffentlich mit den Friedrichskoogern zu diskutieren, geht - Frau Kollegin Midyatli hat das auch schon gesagt - am Thema vorbei. Wie gesagt, diese Vorlage ist ja öffentlich.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Genau, die Friedrichskooger wurden übrigens auch über das informiert, worüber wir uns heute abgestimmt haben.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Kumbartzky?

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Abgeordneter Kumbartzky.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:** Sie erwähnten diesen öffentlichen Umdruck. Dazu die Frage: Steht darin etwas über die **Folgekosten einer Schließung**? Ist dieses Papier auch im Dialog mit der Hafенbetriebsgesellschaft erläutert worden, oder ist das - ich sage einmal - einfach nur so veröffentlicht worden?

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Soweit ich die Zahlen in Erinnerung habe, sind sie sehr transparent. Sie zeigen noch einmal auf, welche Alternativen im Raum stehen, Stichwort: Schöpfwerk. Sie zeigen auf, welche Folgekosten für die Seehundstation entstehen. Das sind alles Themen, die Sie dem Papier entnehmen können. Hier ist nichts nicht geschrieben worden. Im Gegenteil, es steht drin. Wir haben heute Morgen auch genau über diese Frage diskutiert. Man hätte das vielleicht tabellarisch noch anders aufarbeiten können. Aber das ist doch egal. Die Zahlen sind genannt worden; sie waren da. Hören Sie doch auf, hier jetzt einen solchen Popanz aufzubauen.

Fakt ist, das ständige Diskutieren und Prüfen bringt uns zum Schluss auch nicht weiter.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann können wir ja damit aufhören!)

Jetzt brauchen wir eine tragfähige Konzeption. Für uns gilt: Erstens. Die aktiven vor Ort, also die Vereine, Verbände und Betriebe, sind immer transparent einbezogen. Das wird in Zukunft so bleiben, auch in Bezug auf die Ideen, die noch kommen werden. Zweitens. Jetzt müssen wir uns auf ein nachhaltiges Tourismuskonzept konzentrieren, das wir mit Förderprogrammen unterstützen. Es geht darum, dass wir die Region stark machen, dass wir an der Seite der Westküste stehen und dass wir eine Alternative haben. Ich hatte es schon gesagt: Die **Seehundaufzuchtstation** muss ebenso gestärkt werden und die anderen Ideen, die da möglicherweise noch entstehen können.

Wichtig ist für uns: Es darf zu keinem unzumutbaren Schaden in der Region kommen. Es darf nicht auf dem Rücken der Friedrichskoogerinnen und

(Dr. Andreas Tietze)

Friedrichskooger ausgetragen werden, wenn wir den Hafen dort möglicherweise nicht mehr weiterführen können. Es kommt auf das Gesamtsetting des Pakets an. Es muss ein Paket geschnürt werden, um die Zukunft Friedrichskoogs sicherzustellen. Dafür haben wir die Voraussetzungen geschaffen.

Ich will es noch einmal auf den Punkt bringen und sehr deutlich sagen: Die Zukunft der Westküste, die Perspektiven der Menschen, gerade auch in Friedrichskoog, sind dieser Landesregierung nicht egal. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ausgerechnet FDP und CDU fordern heute eine **kritische Überprüfung** der **Schließung des Hafens Friedrichskoog**. Dabei ist es doch Schwarz-Gelb gewesen, die die Schließung mit einem Federstrich beschlossen haben, ohne Dialog, ohne Wirtschaftlichkeitsprüfung und ohne nach Alternativen zu suchen. Deshalb ist der Antrag von Ihrer Seite total unglaubwürdig.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN - Oliver Kumbartzky [FDP]: Ist der Hafen denn geschlossen? Wir haben das doch verlängert, um das alles zu prüfen! Erzählen Sie hier doch keinen Schrott!)

Dennoch ist die Forderung, die Entscheidung zu überdenken, inhaltlich richtig; denn vor einer Entscheidung über die Schließung muss Klarheit über die Wirtschaftlichkeit dieser Pläne geschaffen werden. Das heißt einerseits: Wie viel würde es wirklich kosten, den Hafen weiter zu betreiben? Da gibt es eben viele gute Vorschläge dazu, wie man einsparen könnte, wie man sich etwas bei anderen kleinen Häfen abgucken könnte, die vor ähnlichen Problemen stehen. Man müsste diese Kosten den **Kosten** gegenüberstellen, die im Falle einer Schließung entstehen, und zwar nicht nur den Kosten für das Land, sondern den Gesamtkosten, also auch denen für die Region und für die Menschen vor Ort. Eine solche Gegenüberstellung, Kollege Tietze, ist weder in dem Wisch, den wir heute Morgen bekommen haben, enthalten, noch sonst irgendwie gemacht worden.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Dazu wäre es auch erforderlich, eine unabhängige **Überprüfung** dieser **Berechnung** vornehmen zu lassen, weil es nicht glaubwürdig ist, wenn man als Land, das sich schon vor langer Zeit festgelegt zu haben scheint, solche Vorschläge einfach abbügelt. Es hat keinen Dialog mit den Menschen vor Ort gegeben, um alle Vorschläge und Optionen ernsthaft und auch ergebnisoffen zu prüfen und zu diskutieren.

An der Stelle will ich einmal den Umweltminister Robert Habeck lobend erwähnen. Er hat nämlich an der Westküste, als es um die Stromtrasse ging, einen ehrlichen Dialog geführt, im Rahmen dessen alle Fragen auf den Tisch gekommen sind, denen in mehreren Veranstaltungen nachgegangen worden ist. Auch wenn das Ergebnis nicht befriedigend ist, sind alle Vorschläge zur Sprache gekommen und ernsthaft und mit Fachleuten zusammen diskutiert worden. Genau das haben Sie in Friedrichskoog nicht gemacht. Wenn ich mir diesen Zettel angucke, muss ich sagen: Es reicht eben nicht, einfach nur zu sagen, wie es nicht geht. Sagen Sie doch, wie es mit Friedrichskoog weitergehen soll.

(Beifall PIRATEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

Sie sagen, wir führen den Hafen nicht als Landeshafen fort, und lassen die Menschen allein. Was ihr damit macht, ist eure Sache. - So kann es nicht gehen. Wenn Sie den Hafen schon schließen wollen, dann muss doch die **Zukunft Friedrichskoogs** im Mittelpunkt aller unserer Bemühungen stehen. Deswegen erwarte ich, dass gleichzeitig mit der Entscheidung über die Schließung des Hafens eine klare Zukunftsperspektive aufgezeigt wird. Sie ist überhaupt nicht in Sicht.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gerne.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Breyer, eine kurze Zwischenbemerkung. Es ärgert mich schon

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

etwas, dass Sie hier Unterstellungen in den Raum stellen, die so nicht von mir intendiert worden sind. Wir haben heute Morgen gehört, es gibt hydromorphologische Untersuchungen. Sie haben auch gehört, wie schwierig die Situation vor Ort ist. Es ist angeboten worden, Experten zu hören. Das sind ja nicht Leute, die erst seit gestern daran arbeiten, sondern sie arbeiten seit Jahren an diesem Thema. Sie unterstellen hier, dass keine Fachlichkeit im Spiel ist. Das ist etwas unfair; denn es ist heute Morgen sehr klar und sehr deutlich vom Staatssekretär dargestellt worden.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Kollege Tietze, wie ernst kann ein Dialogprozess gemeint sein, der Ende des Monats stattfinden soll, wenn in der darauffolgenden Woche schon die Entscheidung bekannt gegeben werden soll? Wie ernst kann das gemeint sein?

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU  
- Serpil Midyatli [SPD]: Der Dialog läuft seit einem Jahr! - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch nicht wahr!)

Wenn das Land bei diesem Landeshafen schon Millionen einsparen will, obwohl diese Hafenschließung die Region sehr teuer zu stehen kommen würde, dann wäre es doch nur fair, zumindest einen Teil von diesen Ersparnissen an die Betroffenen vor Ort zurückzugeben.

Und es geht nicht darum, einfach zu sagen, entweder trägt sich euer Konzept vollständig selbst, oder zu sagen, wir machen insgesamt gar nichts. Die Landesregierung muss jetzt zeitnah - falls sie eine Schließung vornehmen will - Informationen über die angekündigte **territoriale Investitionsstrategie** vorlegen, über die nutzbaren EU-Förderprogramme, um dann auch die wirtschaftliche und juristische Zukunft Friedrichskoogs zu sichern.

Den Menschen vor Ort ist das eine solche Herzensangelegenheit, dass sie sich seit Jahren für den Erhalt des Hafens einsetzen. Zuletzt haben sie heute Morgen hier vor dem Landeshaus gestanden. Ich finde es übrigens auch traurig, dass die Landesregierung das Gespräch mit den Menschen überhaupt nicht gesucht hat.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das stimmt gar nicht! Wir waren doch draußen! Sagen Sie

einmal, was erzählen Sie denn hier? - Weitere Zurufe SPD)

- Liebe Frau Kollegin, ich habe gesagt: die Landesregierung.

(Serpil Midyatli [SPD]: Der Ministerpräsident war da! - Weitere Zurufe SPD)

- Als ich da war, war er nicht da. Aber das freut mich.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das nächste Mal meldet er sich bei Ihnen an und ab, damit Sie das mitbekommen! - Weitere Zurufe SPD)

- Es freut mich, dass er nachher noch gekommen ist.

(Glocke Präsident)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit läuft weiter, Sie haben das Wort. - Ich bitte um etwas Konzentration auf den Redner.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Den Menschen ist die Sache so wichtig, dass sie sogar eigene Klamotten bedruckt haben. Ich zeige Ihnen das einmal hier. - Ich glaube, wenn Sie die Friedrichskooger vor Ort und ihre Sorgen um die Zukunft ihrer Heimat nicht ernst nehmen, dann zerstören Sie Vertrauen, und zwar weit über Friedrichskoog hinaus.

(Serpil Midyatli [SPD]: Sie haben das mit unterstützt!)

Den Antrag der Koalition, der eine schnelle Entscheidung um jeden Preis fordert, egal, was dabei herauskommt, lehnen wir ab. Wir machen keine Schlusstrichpolitik. Wir können aber auch dem Antrag der CDU nicht zustimmen, weil darin eine Kommunalisierung vorausgesetzt wird, die von der Region selbst nicht so gewollt und gesehen wird. Infolgedessen sind wir da bei der FDP und fordern mit ihr, eine kritische Überprüfung und einen ergebnisoffenen Prozess endlich nachzuholen. Es ist wirklich Zeit. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Sehr geehrte Damen und Herren, bevor wir in der Rednerliste fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir Schülerinnen und Schüler der Comenius-Gemeinschaftsschule aus Flensburg. - Seien Sie uns herz-



**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

lich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben beim letzten Tagesordnungspunkt über Standortmarketing und die Dachmarke „Der echte Norden“ gesprochen. Ob man diese Dachmarke nun mag oder nicht, eines ist für mich klar, zum „echten Norden“ gehört für mich die Fischerei, und zur Fischerei gehören Kutter und Häfen. Und wenn man so manch einen „Südländer“ hört, wie er uns hier im Norden liebevoll als „Fischköpfe“ bezeichnet, dann ist damit nicht unser Aussehen gemeint, sondern die Tatsache, dass man auch im Süden den Norden mit Fischen und Fischerei verbindet. Daher gibt es für mich keinen Zweifel daran, dass ein **Fischereihafen** einen **touristischen Wert** hat, der nicht geschmälert werden darf.

(Beifall SSW und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und gerade der **Hafen in Friedrichskoog** stellt so ein touristisches Kleinod dar, das mir erhaltungswürdig scheint.

Der Kreis Dithmarschen ist der Flächenkreis mit der niedrigsten Beschäftigungsquote hier im Land. Soll heißen: Friedrichskoog liegt in einer strukturschwachen Region, in der Arbeitsplätze rar gesät sind. Neben der Tourismuswirtschaft, die im Übrigen vom Hafen profitiert, bietet gerade der Fischereihafen qualifizierte Arbeitsplätze. Er ist Heimathafen für 24 Kutter mit entsprechender Mannschaft. Zudem gibt es eine Werft, ebenfalls mit entsprechender Belegschaft. Es gibt also alles, was zu einem gewerblich genutzten Hafen dazugehört.

Neben den **Hobby- und Nebenerwerbsfischern**, die ihre Boote im Hafen liegen haben, wird der Hafen auch vom ansässigen **Sportbootclub** genutzt. Mit seinen Möglichkeiten und Aktivitäten bietet er gerade Kindern und Jugendlichen aus der Region eine sinnvolle und interessante Freizeitgestaltung. Aber auch das gesellschaftliche Vereinsleben hat dort seinen Platz.

Der Hafen ist also mehr als nur fischereiliche Wirtschaft. Die Menschen in Friedrichskoog nutzen den Hafen mit all seinen Möglichkeiten. Auch diesen Aspekt darf man nicht außer Acht lassen. Welchen Wert der Hafen für die Menschen in Friedrichskoog

hat, wird einem deutlich, wenn man sieht, mit welchem Engagement die Menschen dort für den Erhalt des Hafens gekämpft haben. Ich muss gestehen, ich habe volles Verständnis für den Einsatz der Bevölkerung.

Ich war im Sommer 2011 zum ersten Mal in Friedrichskoog, um mir dort den Hafen anzuschauen. Damals war es die schwarz-gelbe Landesregierung, die in ihrem Konsolidierungseifer den Beschluss getroffen hat,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eifer! - Johannes Callsen [CDU]: Verantwortung war das!)

den Hafen als Landeshafen zu schließen. - Das kann man so oder so sehen. Ich wundere mich deshalb schon sehr über den vorliegenden Antrag der FDP, jetzt eine kritische Überprüfung der Schließung vorzunehmen. Ich frage mich, auf welcher Grundlage haben CDU und FDP seinerzeit die Schließung getroffen?

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Anscheinend hat es damals keine kritische Überprüfung gegeben.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Was haben Sie denn damals gemacht?)

Umso mehr hat es mich gewundert und auch teilweise verärgert, als ich im Sommer letzten Jahres zur Kutterregatta in Friedrichskoog eingeladen war und dort auf den Kuttern auf großen Transparenten zu lesen war: „Grün, blau, rot ist des Fischers tot.“

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Hier sage ich an die Adresse der Fischer: Wir waren es nicht, die die **Schließung** des Hafens beschlossen haben. Den Beschluss, den Hafen als **Landeshafen** aufzugeben, hat die schwarz-gelbe Regierung getroffen. Rot-Grün-Blau haben die Umwidmung nicht - wie geplant - 2013 durchgeführt. Wir haben den Dialog gesucht, mit den Menschen gesprochen und die Entscheidung für ein Jahr ausgesetzt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und?)

Damit sollte die Gemeinde die Möglichkeit bekommen, einen Businessplan zu erstellen, wie der Hafen in kommunaler Regie gerettet werden kann. Wir wissen heute, dass dies so nicht gelungen ist.

Der Erhalt und die Nutzbarkeit des Hafens sind - na klar! - im Zusammenhang mit der Lage und den morphologischen Verhältnissen zu sehen. Die Fahrrinne spült immer wieder dicht. Das führt dazu, dass immer weniger Kutter in den Hafen kommen

(Flemming Meyer)

können und somit ein Bild der Auflösung entsteht. Das Ausbaggern der Fahrrinne macht den Erhalt des Hafens kostspieliger - na klar! -, das ist nicht von der Hand zu weisen. Ein wirtschaftliches Projekt muss rentabel sein. Ein Kosten-Nutzen-Verhältnis muss bestehen. Denn wir alle haben in der Sache auch eine finanzielle Verantwortung.

Daher wird es am 4. März 2014 noch eine Gesprächsrunde geben. Wir haben auch gehört, dass es am 24. Februar 2014 noch ein Gespräch mit Senator Horch und am 27. Februar 2014 noch einen Workshop zur Morphologie geben wird. Dann müssen aber auch alle Zahlen und Daten, auch die morphologischen Gutachten, auf den Tisch kommen. Wir brauchen eine vollkommen transparente **Kosten-Nutzen-Analyse**, die die Situation genau darstellt. Nur auf dieser Grundlage kann man dann eine endgültige Entscheidung treffen.

Egal, wie sie aussehen wird, wichtig ist, dass am Ende niemand das Gefühl hat, über den Tisch gezogen worden zu sein. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. - Zunächst hat der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, lieber Herr Kollege Meyer: Momentan regieren Sie. Wenn der Hafen jetzt geschlossen wird, schließen Sie ihn.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Sie können sich nicht darauf berufen, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung Schwarz-Gelb vor der gleichen Notwendigkeit gestanden hat, vor der Sie gestanden hätten, wenn Sie hier regiert hätten. Wir haben versucht, eine Vielzahl von Positionen zu identifizieren, die es uns möglich gemacht haben, das **strukturelle Defizit** entsprechend abzubauen. Das war schlicht und ergreifend eine logische Notwendigkeit. Die Finanzsituation haben wir so vorgefunden. Die mussten wir bewältigen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Gern.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Danke, Herr Kollege. - Ich habe da eine kleine Erinnerungslücke. Können Sie bestätigen, dass die Vorgängerregierung die Maßnahme der Schließung des Hafens Friedrichskoog auch an den Stabilisierungsrat als Konsolidierungsmaßnahme gemeldet hat? Können Sie das bestätigen?

- Ja. Selbstverständlich kann ich das bestätigen. Denn wir mussten dem Stabilitätsrat ja dokumentieren, wie wir das strukturelle Defizit abbauen wollen. Genauso muss es Ihre Regierung gerade auch machen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Wir haben damals aber keine Anträge gestellt wie Sie!)

- Sie haben aber das große Glück, dass Sie heute noch von den Konsolidierungsbemühungen der ersten beiden Jahre profitieren.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das erzählen Sie immer, ja!)

- Das muss man gar nicht erzählen, das erzählt mittlerweile dankenswerterweise sogar der Ministerpräsident, Herr Kollege Dr. Stegner. Sie profitieren davon. Sie profitieren von einer herausragend guten Konjunkturlage, die Sie nicht einer Regierung zu verdanken haben, an der die SPD beteiligt war.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Selbstverständlich, Herr Präsident.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** In diesem Zusammenhang interessiert mich natürlich: Haben Sie dieses auch transparent und offen in einem **Diskussionsprozess** mit den Menschen vor Ort in Friedrichskoog besprochen, wie Sie diesen Prozess gestalten wollen?

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

(Wolfgang Kubicki)

Lieber Herr Kollege Tietze, wie Sie wissen sollten, bestand die Notwendigkeit zur Anmeldung der strukturellen Maßnahmen innerhalb eines halben Jahres. Es war schlicht und ergreifend unmöglich, innerhalb eines halben Jahres mit den Menschen darüber zu reden, wie wir 1,3 Milliarden € bis 2020 in Relation zu den Ausgaben, die wir im Jahr 2009 hatten, einsparen wollen.

Gleichwohl haben wir nach der Beschlussfassung nicht gesagt: Der Hafen muss geschlossen werden. Unsere Überlegung war vielmehr, ihn in eine **kommunale Trägerschaft** zu überführen, und zwar ab 2014. Hierzu gab es sehr kreative Anregungen aus der Gemeinde. Der Bürgermeister weiß das. Wir haben beispielsweise darüber geredet, einen Windpark zu errichten und mit den Erträgen dieses Windparks die Kosten für den Hafen zu finanzieren. Warum das gescheitert ist, weiß ich im Moment nicht. In jedem Fall aber gab es hier kreative Ideen. Wir waren nicht auf dem Trip zu sagen: Wir schließen den Hafen, damit ist die Sache zu Ende. Auf diesem Trip sind Sie gerade.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Frau Midyatli, wenn Sie es mit dem Dialog ernst meinen würden, dann würden Sie jetzt nicht sagen: Wir stimmen in der Sache ab. Sie würden die Anträge an den Ausschuss überweisen. Abgesehen davon finde ich das **parlamentarische Verfahren** sehr merkwürdig, wenn der Herr Staatssekretär zwischen Tür und Angel einigen Leuten etwas erklärt, statt im Ausschuss Rede und Antwort zu stehen, wo wir entsprechende Protokolle haben, so dass wir im Anschluss darüber befinden können.

(Beifall FDP und CDU)

Ich erwarte, dass der normale parlamentarische Prozess durchgeführt wird. Was den Zeitpunkt März angeht, so besteht hier keine große Eile. Sie wollen etwas beschließen, bevor die endgültigen Prüfungen abgeschlossen worden sind und ein endgültiger Dialog stattgefunden hat. Das halte ich nicht für ein vernünftiges Vorgehen.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Frau Midyatli, im Übrigen möchte ich sagen: Wir können Ihrem Antrag schon deshalb nicht zustimmen, weil er einen gravierenden Fehler enthält. In der Überschrift steht: Zukunft für Friedrichskoog. Wir wollen nicht den Koog retten, sondern im Zweifel den Hafen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Schon deshalb können wir dem Antrag nicht zustimmen. - Scherz beiseite, wenn Sie es wirklich ernst meinen, und ich glaube, Sie meinen es ernst, dann lassen Sie uns im **Ausschuss** noch einmal darüber beraten. Lassen Sie uns noch einmal mit den **Betroffenen vor Ort** sprechen, denn - wie ich mittlerweile weiß - hat der Hafen eine weitaus größere Bedeutung für den Tourismus als für die Fischerei, die dort ansässig ist.

Ob ein solcher Hafen als **Landeshafen** fortgeführt werden muss oder als **kommunaler Hafen** oder ob möglicherweise nicht auch eine andere Trägerschaft zu finden ist, können wir den weiteren Gesprächen überlassen. Ich komme aus der Gemeinde Strande. Wir haben auch einen wunderschönen Hafen, der nicht in Landesträgerschaft ist, sondern in kommunaler Trägerschaft. Ich bin sicher: Es ist unser aller Anstrengungen wert, darüber nachzudenken, wie wir diesen Hafen erhalten können, ohne dass er Landeshafen sein muss.

Daher bitte ich Sie um Überweisung in den Ausschuss, eine weitere Diskussion dort, und vielleicht im März um eine weitergehende Beschlussfassung. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Ralf Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil mir während dieser Landtagstagung auffällt, dass Sie immer wieder die gleichen Figuren benutzen. Sie beschließen in Ihrer Haushaltsstrukturkommission und in ihrer Legislaturperiode Maßnahmen, von denen Sie uns immer erzählen, sie seien alternativlos gewesen. Dass diese Maßnahmen nicht alternativlos sind, merken Sie schon daran, dass diese Koalition viele dieser Maßnahmen wieder verändert hat und trotzdem die **Schuldenbremse** einhält. Das ist der erste Punkt.

(Widerspruch FDP)

Punkt zwei: Sie stellen Anträge, die das genaue Gegenteil dessen fordern, was Sie selbst gemacht haben, wobei dies erst vor Kurzem geschehen ist. Gestern hörte man Herrn Garg sagen: Leider konnten wir unser gutes Werk nicht zu Ende bringen. -

**(Dr. Ralf Stegner)**

Es tut mir leid, die Wähler haben dies glücklicherweise verhindert, das ist wahr. Das ist Demokratie.

Sie sagen, wir wollten den Hafen gar nicht schließen, sondern wir wollten ihn nur kommunalisieren. Die Kommunalvertreter sagen uns aber, dass das so gar nicht geht. Mit anderen Worten: Das, was Sie ins Werk gesetzt haben, taugt hinten und vorn nichts. Dafür sind Sie abgewählt worden. Sie stellen jetzt entgegengesetzte Anträge, das ist Ihre Konsequenz.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Christopher Vogt [FDP]: Lesen Sie den Antrag!)

- Herr Kollege Kubicki, das ist nicht alternativlos. Schauen Sie sich die Finanzpolitik an, die Monika Heinold und diese Koalition machen. Wir haben die sozial ungerechten Kürzungen zurückgenommen. Wir haben andere Prioritäten gesetzt, und wir halten die Schuldenbremse trotzdem ein. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Regierung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Daher brauchen wir nicht drum herumzureden. Bei älteren Menschen ist die Sache mit dem Kurzzeitgedächtnis ja manchmal etwas schwierig. Wir stellen fest, dass Ihre Anträge manchmal den Eindruck erwecken, als hätten Sie gar nicht regiert. Gleichzeitig sagen Sie uns, Sie hätten gern länger regiert. Irgendwie passt das für mich logisch nicht zusammen.

Wir können mit Ihren Anträgen in dieser Form nichts anfangen. Im Gegensatz zu Ihnen reden wir mit den Menschen. Das neueste Argument, das ich gehört habe, lautet: Ihre Regierungszeit war zu kurz, um mit den Menschen reden zu können. Das ist eine weitere Ausflucht.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das, was man von Ihnen hört, sind vorn und hinten Ausflüchte. Sie stehen nicht zu dem, was Sie gemacht haben. Wir machen das anders, wir machen das besser, und das ist gut für unser Land. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Wir haben eine weitere Wortmeldung. - Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Kollege Kubicki, wenn Sie sich mit den Ergebnissen, die im letzten Jahr zum Tragen gekommen sind, beschäftigt hätten, dann wüsten Sie, dass der vorgelegte **Businessplan** mit Bezug auf die **acht Windräder** ergeben hat, dass davon nur ein einziges genehmigungsfähig ist beziehungsweise als finanzielle Unterstützung dienen könnte. Das sage ich zu Ihrer Aussage, wir hätten nicht überprüft oder geguckt, inwieweit das Konzept mit den Windrädern trägt. Das Konzept wurde geprüft, es trägt nicht.

Es gab eine Verlängerung um ein weiteres Jahr. Ich weiß genau, dass der Ministerpräsident im letzten Jahr im Januar gesagt hat: Wir müssen uns noch einmal hinsetzen und gucken, was wir tun können. Dieses Moratorium läuft seit einem ganzen Jahr. Was glauben Sie denn, was in diesem Jahr gemacht wurde? - In der Nase gebohrt?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was denn?)

- Glauben Sie, dort hätte sich niemand blicken lassen? Sollen wir Protokoll darüber führen, wie oft dort geredet wurde, wie oft der Staatssekretär und der Minister dort gewesen sind und wie sich der Ministerpräsident jetzt auch um Gespräche kümmert? - Sie tun so, als wäre in diesem Jahr nichts passiert und als würden wir uns vor einer Entscheidung drücken.

Sie haben zum Schluss gesagt, wir würden einfach über Anträge abstimmen, um das Thema vom Tisch zu haben. Schauen Sie sich den letzten Absatz an. Wenn Sie zustimmen möchten, dann können Sie das gern machen. Dort steht, dass der Landtag darum bittet, dass die Landesregierung uns zu den **verschiedenen Optionen**, über die jeweiligen Vor- und Nachteile und die finanziellen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen transparent, umfassend und zeitnah im **Wirtschaftsausschuss** Bericht erstattet. Das heißt, wir wischen mit diesem Antrag nichts vom Tisch, sondern wir wollen darüber regelmäßig einen Bericht erhalten.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das wollen die Menschen vor Ort auch. Das ist doch eine Verzögerungstaktik. Die Leute sind von dem Hü und dem Hott, das sie hier ständig hören, schon ganz mürbe.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Heute schließen wir, morgen nicht, heute machen wir dies, morgen machen wir das; die Menschen

(Serpil Midyatli)

brauchen eine Entscheidung. Es geht dort um ihre Zukunft. Die Menschen müssen sich doch darauf einstellen können.

(Zurufe CDU und FDP)

- Dann machen Sie einen Vorschlag dahin gehend, wie wir den Landeshafen nicht schließen müssen. Ich erwarte Ihre Vorschläge dazu. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer von der Piratenfraktion das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Midyatli, wenn Sie meinen, dass die Menschen in Friedrichskoog wünschen, dass es auf der Grundlage, die jetzt vorliegt, schnell zu einer Entscheidung kommt, dann haben Sie nie mit ihnen gesprochen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Wortmeldungen zu weiteren Dreiminutenbeiträgen sehe ich nicht. - Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Reinhard Meyer, das Wort.

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Landesregierung hat sich von Beginn an mit der Zukunft des Hafens Friedrichskoog beschäftigt. Wir haben dieses Thema von Beginn an zur Chefsache erklärt, indem Herr Staatssekretär Dr. Nägele viele Gespräche mit den Betroffenen geführt hat.

Ich lerne aus der heutigen Debatte zwei Dinge: Offensichtlich ist es nicht gewollt, dass man - weil darum gebeten wurde - auch Abgeordneten der Opposition informell Informationen gibt, die wichtig für eine Debatte sind. Nach dieser Debatte frage ich mich, warum wir das tun sollen, wenn dies kritisiert wird.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] und Serpil Midyatli [SPD])

Herr Abgeordneter Breyer, ich bitte Sie darum, die Wahrheit zu sagen. Heute Morgen habe ich 20 Mi-

nuten lang mit denjenigen, die hier vor dem Landeshaus standen, diskutiert. Der Ministerpräsident ist dazugekommen. Ich fordere Sie auf, solche Sachen hier nicht öffentlich falsch zu behaupten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Minister, gestatten Sie dazu eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Bitte schön.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:** Ich möchte meine Kritik an dieser Stelle zurücknehmen. Ich war in diesem Punkt falsch informiert.

- Sie ist angenommen. - Meine Damen und Herren, Sie werden erleben, dass wir weitere Gespräche führen werden. Ich sage ganz deutlich: Wir werden genug Zeit für die Gespräche haben, weil wir lange regieren werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Begründung, die ich gehört habe, hat mich wirklich sehr überrascht.

Jetzt kommen wir zu den Kernfragen: Warum gibt das Land den Hafen ab? Warum halten wir an der Linie der Vorgängerregierung fest? - Die Funktion des **Landeshafens Friedrichskoog** als Landeshafen ist nicht mehr gegeben. Insofern hat Schwarz-Gelb die richtige Grundsatzentscheidung getroffen. Ich frage mich aber: Auf welcher Grundlage haben Sie diese Entscheidung getroffen, wenn Sie diese jetzt wieder infrage stellen? Welche Grundlage haben Sie damals gehabt, um diese Entscheidung zu treffen? - Die Haushaltsstrukturkommission hat ja nicht nur einen Tag lang getagt.

Meine Damen und Herren, ich habe es heute Morgen schon einmal beim Thema der Verbraucherzentrale gesagt. Ich halte wenig davon - das gilt für uns genauso -, wenn man in Verantwortung Entscheidungen trifft und zu den Entscheidungen nicht mehr steht, wenn man in der Opposition ist. Das ist nicht gut für die politische Kultur. Das sage ich eindeutig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Oliver Kumbartzky [FDP]: Sie haben doch den Antrag auch nicht gele-

**(Minister Reinhard Meyer)**

sen, Herr Meyer! - Zuruf von Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch Unsinn!

Wir haben viele Erkenntnisse darüber, warum der **Landeshafen** nicht mehr diese Funktion hat. Sie kennen die Zahlen und wissen, dass kein nennenswerter **Fischereiumsatz** besteht. Wir haben 73 Kutteranläufe. Das kostet uns, den Steuerzahler, 10.000 € pro Anlauf. Das ist öffentliches Geld. Die **Schutzhafenfunktion** ist so nicht mehr gegeben. Wir haben keine überregionale Aufgabe des Hafens mehr.

Deswegen haben wir das Gespräch gesucht, um mit den Menschen vor Ort Dinge zu entwickeln. Dabei hat es viele Ideen gegeben. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, dass insbesondere aus Friedrichskoog heraus in zwei Businessplänen Ideen entwickelt worden sind.

Das Ergebnis ist, Herr Kubicki: Wir können am Ende feststellen, dass die **Kommune** es sich nicht leisten kann, diesen Hafen zu übernehmen. Das müssen wir ehrlich feststellen.

An diesem Punkt müssen wir jetzt mit entsprechender Geschwindigkeit weitermachen. Der Blick muss nach vorn gehen. Ich werde mit Senator Horch am Montag in Friedrichskoog vor Ort sein. Wir haben, weil das ein Anliegen der Friedrichskooger war, auch dafür gesorgt, dass es ein Fachgespräch am übernächsten Freitag in Hamburg beim Bundesamt geben wird, um die Frage zu klären, ob der Hafen aus technischer Sicht überhaupt eine Zukunft hat. Falls es sich bestätigt, dass wir das nur mit gigantischem Aufwand bewerkstelligen können, müssen wir sofort beginnen, miteinander genaue Maßnahmen zur Zukunft von Friedrichskoog zu bestimmen und umzusetzen.

Da gilt das klare Bekenntnis dieser Landesregierung zur Westküste. Was heißt das konkret? - Für die **Seehundstation** garantieren wir eine Zukunft in Friedrichskoog.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen und werden der Gemeinde helfen, ein **Tourismuskonzept** zu entwickeln, das zu Friedrichskoog passt. Wir wollen daraus einen touristischen Leuchtturm machen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, natürlich gibt es auch harte Schritte. Was passiert mit den Sportbootvereinen? Gibt es dort Alternativen? Was passiert mit

der Slipanlage? Gibt es dazu Alternativen in der Region? Was passiert mit der Werft, mit dem Hafengewerbe? Auch darüber sprechen wir, meine Damen und Herren.

Das ist im Grunde genommen nur der Anfang eines **Strukturwandels**, den wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort gestalten wollen. Ich halte nichts davon, dass wir über Jahre gegen den Strukturwandel ansubventionieren. Wir müssen Antworten finden, und wir müssen sie heute im Dialog mit den Akteuren vor Ort finden.

Die Gespräche mit Staatssekretär Nägele, mit mir, mit dem Kollegen Habeck und mit dem Ministerpräsidenten werden weitergehen. Aber wir werden keinen unmittelbaren Zeitdruck haben, weil wir ganz konkret Maßnahmen, die vor Ort überzeugen können - vielleicht nicht jeden -, für die Zukunft in Friedrichskoog gemeinsam entwickeln. Der nächste **Westküstenbeirat** wird im Juni 2014 in Friedrichskoog tagen. Wir werben für aktive Lösungen. Diese Landesregierung wird die Menschen in Friedrichskoog nicht alleinlassen. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Zunächst ist eine Ausschussüberweisung beantragt worden. Darüber wird zunächst abgestimmt werden. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1562 und die Änderungsanträge Drucksache 18/1616 beziehungsweise Drucksache 18/1621 als selbstständige Anträge dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der PIRATEN, die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. - Damit ist der Überweisungsantrag abgelehnt, und wir kommen zur Sachabstimmung.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung die vorliegenden Änderungsanträge zu selbstständigen Anträgen zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1562, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

- Das sind die Fraktionen der FDP, der CDU und der PIRATEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. - Dieser Antrag ist mit den genannten Stimmen abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1621, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie der Piratenfraktion. - Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Schließlich lasse ich über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1616, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit Zustimmung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Piratenfraktion, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion angenommen. - Danke schön.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 14:

**Tilgungsplan für die Altschulden des Landes aufstellen**

Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/1549](#)

**Strukturelles Defizit abbauen, für Altschuldenfonds werben**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/1614](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Tobias Koch von der CDU-Fraktion.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahre 2010 haben wir die **Schuldenbremse** in unsere Landesverfassung aufgenommen. Damals haben im Vorfeld die finanzpolitischen

Sprecher der Fraktionen in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zusammengesessen, diese Verfassungsänderung erarbeitet und miteinander vereinbart. Wir haben dazu nicht nur die damals bereits im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse eins zu eins übernommen, sondern wir haben auch den Weg bis zum Jahre 2020 definiert und mit in die Verfassung hineingeschrieben.

Finanzpolitik und Haushaltsdebatten haben sich in Schleswig-Holstein dadurch grundlegend geändert. Bei allen politischen Unterschieden, die bei einzelnen Schwerpunktsetzungen nach wie vor genauso bestehen wie bei dem konträren Blick auf die Einnahme- oder auf die Ausgabeseite, bei all diesen Unterschieden gibt es seitdem dennoch eine große Gemeinsamkeit hier in diesem Haus, nämlich das klare Bekenntnis dazu, das **strukturelle Haushaltsdefizit** bis zum Jahre 2020 vollständig abzubauen.

Mit dem Jahresabschluss 2013 haben wir zum ersten Mal seit mehr als 50 Jahren wieder einen Haushaltsüberschuss erzielt und konnten sogar Schulden zurückführen. Beim Abbau des strukturellen Defizits sind wir noch nicht ganz so weit. Da haben wir noch eine Wegstrecke vor uns. Wie immer werden die letzten Meter die schwierigsten sein, Frau Ministerin. Aber auch hier hat der Jahresabschluss 2013 deutlich besser abgeschnitten als der Plan. Auf der anderen Seite schiebt Schleswig-Holstein nach wie vor einen Schuldenberg von knapp 27 Milliarden € vor sich her.

Wenn Sie mit Bürgerinnen und Bürgern über Finanzpolitik diskutiert und die Regeln der Schuldenbremse erläutert haben, dann werden Sie vielleicht ähnliche Erfahrungen gemacht haben, nämlich dass Otto Normalbürger mit seinem gesunden Menschenverstand anschließend etwas ungläubig fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass wir ganze zehn Jahre brauchen werden, allein um mit der Schuldenmacherei Schluss zu machen, und ob es tatsächlich richtig sei, dass wir auf diesem Weg bis 2020 Jahr für Jahr neue Schulden machen werden, oder ob es wirklich stimme, dass selbst die Regeln der Schuldenbremse bis zum Jahr 2020 nicht dazu führen werden, dass auch nur ein einziger Euro an Schulden wirklich zurückgezahlt worden sein wird.

Wenn man dann all diese Fragen den Bürgern mit einem klaren Ja beantworten muss, dann wird der große Erfolg der Schuldenbremse doch plötzlich nichtig und klein, um es in Anlehnung an einen Songtext von Reinhard Mey zu sagen.

(Tobias Koch)

Meine Damen und Herren, deshalb darf der **Jahresüberschuss 2013** kein einmaliges Ereignis bleiben. Dieser Jahresüberschuss hat das Potenzial zu einer historischen Zäsur. Nach mehr als 50 Jahren des Schuldenaufbaus können wir jetzt in den nächsten Jahren und Jahrzehnten den Schuldenabbau in Angriff nehmen. Deshalb darf das nicht ein einmaliger Glückstreffer bleiben, sondern wir müssen das zu einer echten **Trendwende** werden lassen.

Meine Damen und Herren, deshalb ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt, die Schuldenbremse weiterzudenken, um von der Schuldenbremse zur **Schuldentilgung** zu kommen. Für die Union sage ich ganz deutlich: Wir wollen den politischen Handlungsspielraum zurückgewinnen, den uns rund 900 Millionen € Zinszahlungen Jahr für Jahr nehmen. Wir wollen nicht länger von den Kapitalmärkten abhängig sein und zweistellige Millionenbeträge dafür ausgeben müssen, um Zinssicherung zu betreiben. Dieses Geld können und wollen wir besser und sinnvoller für Bildung und Infrastruktur ausgeben.

(Unruhe)

Deshalb schlagen wir Ihnen mit unserem Antrag vor, einen **Tilgungsplan** für die **Altschulden des Landes** aufzustellen. Genau wie bei der Schuldenbremse müssen wir auch hier nicht nur das Ziel vereinbaren, sondern auch den Weg dorthin definieren. In welchem Zeitraum wollen wir die Altschulden tilgen? In welchen Schritten soll dies geschehen? Wie lässt sich eine solche Schuldentilgung rechtlich verankern?

Genau das ist Sinn und Zweck unseres Antrags. Ich habe gesehen, dass die Regierungsfaktionen dazu gestern einen Änderungsantrag eingebracht haben, mit dem sie den Grundsatz unseres Antrags durchaus übernehmen, teilweise sogar Sätze eins zu eins kopiert haben. Das begrüße ich.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auf der anderen Seite bedauere ich umso mehr, dass Sie mit Ihrem Antrag dafür sorgen, dass die Idee eines Tilgungsplans für unsere Altschulden ein Begräbnis erster Klasse bekommt, indem Sie gleichzeitig beschließen wollen, dass die Arbeiten daran für die nächsten Jahre sofort wieder eingestellt werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns doch nicht wie das Kaninchen auf die Schlange starren und abwarten, was bei der **Bund-Länder-Kommission** herauskommt. Wir waren damals das erste

Bundesland, das die Schuldenbremse in unsere eigene Landesverfassung aufgenommen hat. Wir könnten jetzt wieder Vorreiter in der Republik sein, einen solchen Tilgungsplan für unsere Altschulden als erstes Bundesland aufstellen und das als Impuls in eine Bund-Länder-Kommission einbringen.

Deshalb mein Appell an die regierungstragenden Fraktionen: Machen Sie diese Gemeinsamkeit doch nicht gleich wieder mit Ihrem Änderungsantrag zunichte! Haben Sie einmal die Größe, einem guten Vorschlag aus der Opposition zuzustimmen, selbst wenn dieser Vorschlag aus der CDU-Fraktion kommt!

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, wir haben mehr als 50 Jahre Jahr für Jahr neue Schulden gemacht, den Schuldenberg immer größer werden lassen und damit künftige Generationen immer weiter belastet.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Jetzt haben wir die Chance, hier zu einer Trendumkehr zu kommen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Tobias Koch [CDU]:**

Ich komme zum letzten Satz, Herr Präsident. - Jetzt haben wir die Chance zu einer Trendumkehr, die Schuldentilgung in Angriff zu nehmen. Dazu brauchen wir einen Tilgungsplan. Lassen Sie uns diesen Weg einschlagen, genauso wie wir es 2010 mit der Schuldenbremse getan haben.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Lars Winter das Wort.

**Lars Winter [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Schleswig-Holstein setzt sich für einen **Altschuldentilgungsfonds für Länder und Kommunen** ein. Das haben SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW in ihrem Koalitionsvertrag verankert.



(Lars Winter)

Der Umgang mit Altschulden beschäftigt unseren Landtag seit vielen Jahren. Wir zahlen erhebliche Zinsen bei weiter steigendem Schuldenstand. Zusammen mit der Überzeugung, dass Nachhaltigkeit auch für die öffentlichen Haushalte gelten muss, war dies der Grund dafür, dass wir uns fraktionsübergreifend - wie Kollege Koch es schon gesagt hat - auf die Schuldenbremse verständigen konnten. Schon damals war klar: Der Verzicht auf neue Schulden ist richtig, reicht allein aber nicht aus. Hinzu kommen muss ein Plan zum Abbau der bestehenden Altschulden.

Sehr gern hätten wir diese Frage im Rahmen der letzten **Föderalismuskommission** mit gelöst. Zwar war Schleswig-Holstein darin außerordentlich gut vertreten. Wir konnten uns jedoch in dieser Frage damals nicht durchsetzen. Inzwischen sieht es hoffentlich anders aus. Das Sein bestimmt wohl auch hier ein Stück weit das Bewusstsein.

Auf Bundesebene ist meine Partei dafür angetreten, eine Lösung für die Altschulden der Länder und Kommunen zu finden, unter anderem durch die Einrichtung eines **nationalen Schuldentilgungsfonds**. SPD und CDU haben auch auf dieser Basis vereinbart, dass sie zum Themenbereich Bund-Länder-Finanzbeziehungen eine neue Kommission einsetzen wollen. Darin wird es unter anderem um Altschulden, Finanzierungsmodalitäten und Zinslasten gehen.

Meine Damen und Herren, die Instrumente für gute Haushaltsführung unter der Schuldenbremse sind vielfältig. Mit Freude erkenne ich, dass es auch dazu pragmatische Übereinstimmung und Zusammenarbeit zwischen Opposition und Koalition gibt. Wir haben bei der Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung zusammengearbeitet. Wir sind uns im Grunde einig, dass Sondervermögen ein guter und nachhaltiger Weg sind, um langfristige Investitionen zu tätigen, auch wenn wir im Detail unterschiedliche Schwerpunkte haben.

Meine Fraktion wird dafür eintreten, dass wir auch in Sachen Altschulden wieder einen gemeinsamen Weg gehen. Die Arbeitsgruppe auf Bund-Länder-Ebene wird die Rahmenbedingungen schaffen und Eckpunkte formulieren. Wir möchten gern mitbestimmen, auch als Landtag. Denn wer Verantwortung als Haushaltsgesetzgeber trägt, sollte auch bei der Umsetzung wichtiger Vorhaben mit im Boot sein.

(Beifall Sandra Redmann [SPD])

Daher schlagen wir vor, eine **interfraktionelle Arbeitsgruppe** einzurichten, wie auch Sie sie gerade

eben vorgeschlagen haben, die über die Ausgestaltung berät.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schleswig-Holstein hat einen sehr guten Haushaltsabschluss 2013 erreicht. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen zeigt unser Konsolidierungskurs Wirkung. Das ist ein Grund, stolz zu sein.

(Zurufe)

Wir werden auf unsere Konsolidierungserfahrungen zurückgreifen, wenn die Schuldenbremse im Jahr 2020 voll greift.

(Zurufe)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Winter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

**Lars Winter [SPD]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Tobias Koch [CDU]:** Herr Kollege Winter, mögen Sie mir erläutern, zu welchem Zeitpunkt nach Ihrem Vorschlag die interfraktionelle Arbeitsgruppe ihre Arbeit aufnehmen soll?

**Lars Winter [SPD]:**

Die kann ihre Arbeit sofort aufnehmen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Gestatten Sie eine Zusatzbemerkung?

**Lars Winter [SPD]:**

Bitte!

**Tobias Koch [CDU]:** Ich darf einmal aus Ihrem Antrag zur Bundes-Länder-Kommission zitieren:

„Sie legt bis Mitte der Legislaturperiode Ergebnisse vor.“

Also 2016. - In Ihrem Antrag heißt es weiter:

„Sobald Ergebnisse der Bund-Länder-Kommission feststehen, soll ...“

(Lars Winter)

Also wollen Sie die Arbeitsgruppe nach Ihrem Antrag erst 2016 einsetzen? Mündlich haben Sie allerdings gerade gesagt, sofort. Vielleicht ließe sich der Antrag noch umformulieren und mit unserem in Übereinstimmung bringen.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

- Darüber können wir noch einmal reden. Die Vorbesprechung, die wir hier machen können, können wir interfraktionell machen, und dann werden wir sehen, was auf Bundesebene dabei herauskommt, inwieweit das übereinstimmt. Dann erst kennen wir konkrete Ziele, die vielleicht übereinstimmen oder auch nicht, mit denen dort verhandeln.

(Tobias Koch [CDU]: Stimmen Sie doch einfach unserem Antrag zu!)

- Wir haben auch einen guten Antrag dazu gemacht.

Wir wissen zum anderen auch, dass die gute Konjunktur und die niedrigen Zinsen mitgeholfen haben, mehr Geld einzunehmen und weniger auszugeben als geplant. Wer den Haushalt nachhaltig konsolidieren will, muss politischen Gestaltungswillen zeigen. Gezielte Förderung der politischen Schwerpunkte, gute gesetzliche Rahmenbedingungen und enge Zusammenarbeit zwischen den Akteuren werden auch in Zukunft dazugehören.

Nach wie vor hat Schleswig-Holstein ein hohes strukturelles Defizit im Haushalt. Dieses Jahr sind das rund 580 Millionen €. Dieses Defizit werden wir abbauen müssen. Wir werden die Schuldenbremse halten können, und wir werden über den Umgang mit Altschulden beraten. Wenn es nach uns geht, machen wir das sehr gern interfraktionell. Das haben wir ja gerade gesagt. So attraktiv Ihr Antrag ist - jetzt ist nicht der **richtige Zeitpunkt** für den Vorschlag, über die Altschulden schon - -

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Doch, doch. Wir wollen uns zusammensetzen, aber wir wollen jetzt noch keinen Strukturplan aufstellen.

(Zurufe)

Wir brauchen die Eckpunkte aus dem Bund, und wir müssen erst unser strukturelles Defizit abbauen, bevor wir nachhaltig an den Abbau der Altschulden gehen können.

(Volker Dornquast [CDU]: 2016 oder früher?)

In den Zielen sind wir uns einig: Schuldenbremse halten, strukturelles Defizit abbauen, Altschulden regeln. Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu! - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Geburtstagskind, Herr Abgeordneter Rasmus Andresen, das Wort.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Koch, man kann auch beim In-die-richtige-Richtung-Gehen stolpern, und dies ist aus unserer Sicht bei Ihrem Antrag der Fall. Sie haben den positiven Jahresabschluss 2013 zum Anlass genommen, einen Antrag zur **Tilgung der Altschulden** einzubringen. Grundsätzlich ist das - das hat der Kollege Winter gerade gesagt - eine gute Sache. Ihr Antrag will das Richtige, lässt aber wichtige Schritte aus.

Der **Haushalt 2014** basiert noch immer auf einem **strukturellen Defizit**, und wir haben eine mittelfristige Finanzplanung, die den Abbau der Neuverschuldung nach den Vorgaben der Verfassung regelt. Nach dem guten Jahresergebnis 2013, der anhaltend starken Konjunktur und dem niedrigen Zinsniveau - auch das ist hier mehrfach diskutiert worden - scheint das Erreichen der strukturellen schwarzen Null vielleicht auch schon vor 2020 möglich. Doch es wäre grundfalsch, etwas zu versprechen, was am Ende nicht eingehalten werden kann. Denn nur wer verlässlich und nachhaltig plant, betreibt aus unserer Sicht solide Haushaltspolitik.

Das Land hat einen **Finanzplan**, und der beschreibt für die Jahre 2013 bis 2023, in welchen Schritten das strukturelle Defizit abgebaut werden soll. Glauben Sie uns: Es ist unser gemeinsames Ziel, bei der Schuldentilgung durchaus schneller zu werden, als das bisher verankert ist. Das trennt uns nicht. Die drückenden Zinslasten sind langfristig eine Gefahr für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, sie erschweren die Konsolidierungen und später den Abbau der Schulden.

Vor allem hemmen sie die Investitionsfähigkeit des Landes. Umso wichtiger ist es aus unserer Sicht, dass wir uns mit einem soliden Zinsmanagement

**(Rasmus Andresen)**

gegen große Risiken abgesichert haben. Die erdrückende Last der Schulden, die Politikergenerationen jahrzehntlang angehäuft haben, müssen wir geordnet abtragen.

Deshalb haben wir als Koalition bereits letztes Jahr einen Antrag auf Initiative für einen **Altschuldenfonds** beantragt, der durch die freiwerdenden Mittel des Solidarpakts II finanziert werden soll. Gerade die Kommunen - also nicht nur die Länder, sondern auch die Kommunen - sind auf diese solidarische Hilfe angewiesen. Wir bestärken mit unserem Änderungsantrag noch einmal diese Beschlusslage, denn nur eine gemeinsame Tilgung der Altschulden von Kommunen und Ländern gibt uns eine realistische Perspektive, diese nach mehreren Jahrzehnten dann endlich abzutragen. Schneller wird es leider nicht gehen.

Die Frage, wie wichtige Zukunftsprojekte in Zeiten der Schuldenbremse finanziert werden können, muss stärker in den Fokus gerückt werden. Ich gehe dabei von einem Investitionsbegriff aus, der deutlich über den Bau von Straßen und Brücken hinausgeht. Investitionen in Bildung, Gesundheit, Daseinsvorsorge im ländlichen Raum und die Bewältigung des Klimawandels müssen garantiert werden, ohne den Ausverkauf des Staates an private Unternehmen und implizite Schulden durch öffentlich-private Partnerschaften zu riskieren.

Mit den Investitionsprogrammen Sondervermögen beispielsweise zur Hochfinanzierung oder auch zur energetischen Sanierung haben wir vorgelegt, doch auch da müssen wir weiter an einer langfristigen Lösung arbeiten.

Ich wundere mich nicht darüber, dass Sie, Herr Koch, wenn man die Diskussion auf Bundesebene sieht, nicht besonders viel Vertrauen in die Bundesregierung und auch nicht in Ihren Parteifreund Wolfgang Schäuble haben; denn die Große Koalition drückt sich aus grüner Sicht um mutige finanzpolitische Weichenstellungen ganz klar herum. Sie verlässt sich ziemlich stark auf gute Konjunktur - etwas, was wir nicht tun wollen -, und sie plant mit weiteren Milliardenausgaben.

Jedoch glauben wir auch, dass wir hier nicht losgelöst von dem, was im Bund passiert, planen können. Genau deshalb berücksichtigen wir in unserem Antrag, dass die Große Koalition eine Bund-Länder-Kommission einrichten will, in der auch Vertreter aus den Ländern und aus den Kommunen sitzen, die ganzen Fragen der Bund-Länder-Finanz analysieren und Vorschläge bis 2016 vorlegen sollen.

Wir Grüne hätten uns etwas Größeres gewünscht. Wir hätten uns eine weitere **Föderalismuskommission** gewünscht. Das können wir jetzt leider auf Bundesebene nicht durchsetzen. Nichtsdestotrotz müssen wir damit umgehen, was die Große Koalition vereinbart hat. Deshalb sagen wir, dass wir nicht vor den Ergebnissen der Kommission, also bevor wir hier quasi endgültig über unsere Grundlagen Bescheid wissen, handeln können.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Andresen, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Koch.

**Tobias Koch [CDU]:** Herr Kollege Andresen, mein Ansporn für Politikgestaltung wäre, nicht nur abzuwarten, was eine Kommission erarbeitet, sondern einen eigenen Vorschlag in eine solche Kommission einzubringen.

(Beifall Peter Sönnichsen [CDU] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ein solcher Vorschlag könnte es sein, dass wir als Schleswig-Holstein einen Tilgungsplan erarbeiten und dort in die Kommission einbringen. Was wäre daran falsch?

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Das tun wir ja auch. Wir haben auch eigene Vorschläge. Ich habe vor ungefähr 30 Sekunden einen solchen Vorschlag genannt, der uns im Grundsatz auch eint, nämlich das Thema Altschuldentilgungsfonds. Das wäre gut - das habe ich auch in der Debatte damals gesagt -, wenn wir da auch alle in unseren eigenen Parteien einen Schritt weiterkommen würden. Rot-Grün hatte das immerhin - beide Parteien - im Wahlprogramm zur Bundestagswahl. Ich will auch nicht verhehlen: Auch bei uns gibt es im Süden der Republik Leute, die davon nicht begeistert sind. Bei der CDU habe ich nicht einmal wahrgenommen, dass das im Bundestagswahlprogramm steht.

**(Rasmus Andresen)**

Wenn Sie das in Ihrer Partei durchsetzen, dann hätten wir so ein gemeinsames Projekt schon, was wir auch im Laufe der Debatte gut einbeziehen könnten. Den konkreten Tilgungsplan - das ist das, was Sie wollten und in Ihrem Antrag formulieren - können wir erst machen, wenn wir wissen, ob es einen Altschuldentilgungsfonds gibt. So verhält es sich beispielsweise auch bei der Steuerpolitik und bei mehreren anderen Maßnahmen.

Deswegen sagen wir: Jetzt müssen wir unsere Einflussmöglichkeiten nutzen, um in Berlin weiter Druck über unsere Bundestagsfraktionen zu machen. Die beiden Fraktionen, die da zusammen regieren, können das noch ein bisschen stärker machen als die anderen hier im Haus. Danach haben wir eine Grundlage, und dann machen wir sehr gern auch mit Ihnen eine interfraktionelle Arbeitsgruppe. Das läuft uns nicht weg. Aber die Reihenfolge muss schon stimmen. - Schönen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Winter, es gehört schon - so könnte man sagen - recht viel Dreistigkeit dazu, hier von „unseren Konsolidierungsbemühungen“ und dabei sich selbst zu sprechen.

(Beifall Volker Dornquast [CDU] - Zuruf)

- Wenn ich daran denke, wie die Debatten in der letzten Legislaturperiode zu den **Konsolidierungsbemühungen** geführt wurden, glaube ich, dass diese Feststellung durchaus zutreffend ist.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Andresen?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

So früh? Aber er hat Geburtstag. Gern, ja.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank, aber schieben Sie das bitte nicht immer auf meinen Geburtstag. Ich hoffe, dass Sie in anderen Situationen dieses auch machen würden.

- Ich kenne Sie doch.

Ich bitte Sie, sich für eine der beiden Varianten, die ich gleich nennen werde, zu entscheiden. Entweder haben wir durch unsere Haushaltspolitik der vergangenen Jahre alles rückgängig gemacht, was Sie an tollen Konsolidierungsmaßnahmen vorgelegt haben, oder es gilt die Variante - die sich jetzt anscheinend in der Debatte durchsetzt -, dass wir nur aufgrund ihrer tollen Konsolidierungsmaßnahmen überhaupt noch im Rahmen der Schuldenbremse sind. Beides geht ja nicht. Entweder haben wir alles rückgängig gemacht und zerstört, oder wir arbeiten auf Ihrer Grundlage weiter und haben deshalb das Glück gepachtet.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Herr Kollege Andresen, es ist schön, dass Sie die Frage jetzt schon stellen. Ich wäre sonst später darauf eingegangen. Sie haben mit den bisherigen Haushaltsabschlüssen einen Mix erreicht. Ihre Finanzministerin hat sehr freundlich von einer großen Portion Glück gesprochen. Ich würde sagen, dass Glück mit dabei gewesen sein mag. Es ist aber unter anderem auch auf die hervorragende Vorleistung der Vorgängerregierung, auf eine ausgezeichnete konjunkturelle Situation und am Ende meinetwegen auch auf ein bisschen Glück zurückzuführen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Insofern mag das Ihre Frage an dieser Stelle beantworten.

(Wortmeldung Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie wollen weitermachen?

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Sie unterbrechen schon. Es scheint so zu sein, dass Sie noch eine Nachfrage zulassen.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Manchmal gibt es ja Folgefragen. Vielen Dank. - Was haben die Konsolidierungsmaßnahmen der schwarz-gelben Vorgängerregierung - einmal abgesehen davon, dass Sie auch ziemlich viel an Infrastruktur zerschlagen hat - mit der guten konjunkturellen Situation in der Bundesrepublik zu tun?

(Christopher Vogt [FDP]: Wo haben wir denn die Infrastruktur zerschlagen?)

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Kollege Andresen, das war eine Reihung, eine Aufzählung, also: die politischen Vorleistungen der vergangenen Koalition auf Landesebene - Komma -, die gute Konjunktur - Komma -, an der - Komma -

(Zuruf SPD: Da kommt kein Komma hin!)

ja auch die schwarz-gelbe Bundesregierung der vergangenen Legislaturperiode nicht ganz unbeteiligt ist.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Dies alles zusammengenommen hakt die Finanzministerin unter dem Stichwort 80 % Glück und 20 % Eigenleistung ab. Darum geht es hier aber gar nicht.

Man kann sich auch trefflich darüber streiten, ob der CDU-Antrag zur rechten Zeit kommt oder ob er zu früh oder zu spät kommt. Ich bin der Auffassung, dass der Antrag richtig ist. Ich bin auch der Auffassung, dass wir uns sehr früh in die Diskussion einbringen sollten. Ich kann ein bisschen Zurückhaltung auf Ihrer Seite verstehen, denn in Wirklichkeit ist es doch so, dass die Grundvoraussetzung, die Altschulden tilgen zu können, der **Abbau des strukturellen Defizits** ist. Das ist die Grundvoraussetzung. Wir müssen erst einmal das strukturelle Defizit abbauen. Unsere Kernkritik - Sie werden sich vielleicht daran erinnern - lautet, dass von Ihnen über das hinaus, was die Vorgängerregierung an konkreten Maßnahmen zum Abbau beschrieben und an den Stabilitätsrat gemeldet hat - bis auf den Personalabbaupfad, zu dem Sie klar gesagt haben, Sie wollten ihn einhalten - relativ wenig gekommen ist. Wir haben Ihnen vorgeworfen, Sie wollten das vor allem mit neuen zusätzlichen Einnahmen, also mit Steuererhöhungen generieren. Dazu gab es im vergangenen Jahr in Vertiefung auf einen Berichts Antrag von uns, in dem die Ministerin aus unserer Sicht sehr dünn dargestellt und wieder nicht die Frage beantwortet hat, mit welchen konkreten Maßnahmen Sie den Abbaupfad bis 2020 beschreiben, einen Bericht der Landesregierung.

Vor diesem Hintergrund, dass aus unserer Sicht die zentrale Voraussetzung für eine **Tilgung von Altschulden** - unabhängig davon, ob sie 2018, 2019 oder 2020 beginnt - selbstverständlich der komplette Abbau des strukturellen Defizits ist, haben wir Zweifel daran, ob das bei dieser Landesregierung tatsächlich gelingt. Das hat aber nichts damit zu tun, dass der CDU-Antrag in der Sache richtig ist.

Da muss man sich vor Augen führen, wie diese Debatte hier verläuft. Da fragt der Kollege Koch den Kollegen Winter, der sich zunächst einmal hinstellt und irgendwie von Gemeinsamkeiten fabuliert, wann ganz konkret die Arbeitsgruppe starten soll. Antwort Kollege Winter: Sofort. - Prima, denke ich.

(Martin Habersaat [SPD]: Nein, das hat er nicht gesagt! - Peter Lehnert [CDU]: Das können Sie im Plenarprotokoll nachlesen! - Weitere Zurufe)

- Natürlich hat er das gesagt. Das können Sie nachlesen im Protokoll. Das, Herr Kollege Habersaat, lesen wir im Plenarprotokoll nach. Er hat zunächst einmal gesagt „sofort“, um sich dann zu relativieren. Er hat ein bisschen versucht, sich herauszulavieren.

Natürlich können wir uns sofort darüber Gedanken machen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich bin auch der Auffassung, dass wir hier nicht irgendetwas bekräftigen oder eine Zustandsbeschreibung geben müssen. Das, was in Punkt 2 Ihres Antrags steht, ist das, was die Finanzministerin macht. Dafür ist sie Finanzministerin. Darüber braucht der Schleswig-Holsteinische Landtag nicht noch einmal neu zu beschließen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ihre sogenannte Alternative ist der peinliche Versuch, nicht ganz klar zu sagen: Dann machen wir das. Niemand hält uns davon ab, neue Erkenntnisse aus der Bund-Länder-Arbeitsgruppe in unsere Überlegungen einzupflegen. Das, was als **Altschulden Tilgungsplan** gedacht ist, soll doch kein starres Instrument sein. Das ist eine dynamische Geschichte. Selbstverständlich sind alle Kolleginnen und Kollegen intellektuell in der Lage, sich auf neue Gegebenheiten einzustellen. Da Sie ja in dieser Landtagssitzung die neue Dialogkultur überhaupt nicht pflegen wollen und sämtliche Ausschussüberweisungen ablehnen, schlage ich vor: Sie lassen Ihren albernsten Alternativantrag einfach sein und stimmen der CDU-Initiative zu, so wie wir das auch tun. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Patrick Breyer das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir PIRATEN sind schon in unserem Programm zur Landtagswahl für das Ziel eingetreten, ein **schuldenfreies Schleswig-Holstein** zu schaffen. Wir wollen, dass nach Inkrafttreten der Schuldenbremse im Jahr 2020 schrittweise der Abbau des Schuldenbergs angegangen wird und dass dieser Prozess in der Landesverfassung festgelegt wird. Denn einen großen Teil der Einnahmen muss Schleswig-Holstein schon allein an Banken und Finanziers weiterleiten, um seine Schulden aus der Vergangenheit zu bedienen. Diese Mittel fehlen für die Zukunftsaufgaben unseres Landes wie Bildung, was der Generationengerechtigkeit widerspricht, ebenso wie für soziale Zwecke und andere wichtige Landesaufgaben.

Außerdem macht dieser **Schuldenberg** aus der Vergangenheit unser Land von Zinsschwankungen und damit von den Finanzmärkten und Ratingagenturen abhängig.

Die bei uns geltende Schuldenbremse ändert an diesen Problemen nichts, sondern schließt nur das weitere Anwachsen des Schuldenbergs aus, einmal ganz davon abgesehen, dass Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, die **Schuldenbremse** auch ständig umgehen, indem Sie Sondervermögen beschließen und ÖPP-Vorhaben durchführen, die nicht darauf angerechnet werden.

Wir PIRATEN begrüßen das Anliegen der CDU, jetzt gemeinsam Ziele und Wege für einen Abbau der Altschulden zu definieren. Den Antrag der Koalitionsfraktionen kann ich demgegenüber nicht gutheißen. Denn Sie wollen die Verantwortung für die Altschuldentilgung zunächst einmal allein auf den Bund abwälzen

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

und auf Landesebene erst tätig werden, wenn ein Fonds eingerichtet ist. Dabei ist es noch offen, ob das überhaupt jemals zustande kommen wird.

Wir als Land müssen im Rahmen unserer Möglichkeiten auch selbst schrittweise die Altschuldentilgung aus eigenen Mitteln angehen. Beide Anträge könnte man auch dahin gehend kombinieren, dass wir sagen, wir wollen gleichzeitig einen Landesprozess zur schrittweisen Altschuldentilgung einleiten und auf Bundesebene für einen Tilgungsfonds eintreten. Das schließt sich gar nicht aus. Das ist auch schon gesagt worden. Infolgedessen schlage ich auch vor, die beiden Anträge in den Ausschuss zu überweisen und dort zu versuchen, zu einer ge-

meinsamen Formulierung zu kommen. Beim Thema Altschuldenfonds hat es das letzte Mal schon funktioniert. Wir können das auch diesmal schaffen.

(Beifall PIRATEN, Dr. Axel Bernstein [CDU] und Peter Lehnert [CDU])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da mein Kollege Lars Harms zu einer Ältestenratssitzung musste, hat er mich gebeten, seine Rede hier zu halten. So, wie ich Lars aber kenne, wird es schon alles richtig sein, was hier steht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Haben Sie die Rede vorher nicht gelesen? - Heiterkeit)

Es ist bei Weitem nicht das erste Mal, dass wir in diesem Haus über einen Altschuldentilgungsplan debattieren. Nun endlich hat die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass eine Bund-Länder-Kommission bis zur Mitte der Legislaturperiode einzurichten ist. Der **Altschuldentilgungsfonds** ist das richtige Instrument. Deswegen hat sich Schleswig-Holstein in der Vergangenheit auch auf Bundesebene mit Erfolg für dieses Instrument starkgemacht. Die ersten Schritte sind also gemacht. In dieser Hinsicht kann es jedoch gar nicht schnell genug gehen. Denn die Zeit ist in diesem Fall nicht auf unserer Seite. Sie läuft gegen uns. Bis 2019 bleibt nicht mehr viel Zeit. Dann läuft der Solidarpakt aus. Was dann geschehen soll, ist noch nicht geklärt. Dass sich die Schuldenematik dann plötzlich wie aus dem Nichts in Luft auflöst, bezweifle ich.

Leider haben noch nicht alle diesen Handlungsbedarf erkannt, vor allem in einem der südlichsten Bundesländer besteht noch Aufklärungsbedarf. Dort ist man offensichtlich immer noch der Meinung, es gehe nur um eine Phantomdebatte. Denn auf eines können wir uns hier im Haus - glaube ich - alle einigen: Trotz der relativen konjunkturellen Erholung und der erfreulichen Entwicklung der Steuer- und Zensuseinnahmen ist die strukturelle Situation des Landes immer noch angespannt. Die Schulden werden auch nicht automatisch weniger.

Wir können nicht mehr, als - wie in den letzten Jahrzehnten - dem **Schuldenberg** beim Wachsen

(Flemming Meyer)

zugucken. Schließlich geht es nicht nur um unsere Generation, sondern auch um die zukünftigen. Deswegen muss systematisch vorgegangen werden.

In diesem Zusammenhang könnte gegebenenfalls eine **interfraktionelle Arbeitsgruppe** eingerichtet werden, die sich mit der Erstellung eines genauen Zeit- und Maßnahmeplans im Rahmen der Altschuldenregulierung befasst - ein Prozess, der ganz eng in Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und den Vertretern des Landtags angegangen werden sollte, ähnlich wie es bei der Verankerung der Schuldenbremse war, damit die öffentlichen Haushalte, und das heißt, das Land und die Kommunen, nachhaltig die Zinslast minimieren können. In einem solchen Arbeitsprozess könnte auch geklärt werden, wie eine vernünftige rechtliche Implementierung aussehen könnte. Zudem müsste man einmal darüber nachdenken, ob man den Zinssatz bei dieser Geschichte hineinnimmt oder ob das Land diesen ganz souverän übernimmt.

Unser Land zahlt jährlich etwas mehr als 950 Milliarden € an Zinsen.

(Zuruf)

- Sind das Millionen? - Ja. - Das sind in etwa 10 % der Gesamtausgaben. Das ist ein enormer Klotz am Bein, den wir seit Jahren mit uns herumschleppen. Wenn wir hier den Solidarzuschlag zur Tilgung von Schulden nutzen würden, könnten wir den Haushalt strukturell um 100 Millionen € bis 200 Millionen € jährlich entlasten. So würden wir auch wieder Raum für Investitionen in unserem Land gewinnen, Investitionen wie etwa für Kitas oder für die Straßensanierung oder auch für unsere Hochschulen. Der einzige Weg zu einem finanziell stabilen Land ist ein systematischer Abbau der Altschulden, die uns jährlich Unsummen an Zinsen und Tilgung kosten.

Für einen nachhaltig sanierten Haushalt und gleichzeitig für ein sozialverantwortliches Handeln brauchen wir einen Altschuldentilgungsfonds für die Länder und Kommunen. Dafür sollten wir uns alle einsetzen. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bevor wir zu den Dreiminutenbeiträgen kommen, begrüßen Sie bitte mit mir den politischen Nachwuchs, Angehörige der Jungen Union Ostholstein. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Peter Sönnichsen das Wort.

**Peter Sönnichsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir ist das alles ein bisschen zu theoretisch, was hier gesprochen wird. Erstens. Das **Schuldenmanagement** hier in Schleswig-Holstein war bisher ein Zinsmanagement und nichts anderes. Das ist keine Kritik. Das ist aufgrund der gegebenen Situation ganz einfach Realität. Zweitens. Wir müssen nicht erst die Einhaltung des Abbaupfads und des strukturellen Defizits abwarten. Da widerspreche ich Herrn Dr. Garg. Wenn man **Überschüsse** hat - wie 2013 -, dann kann man auch sagen, das nehme ich, um meine **Schulden abzubauen**. Das ist überhaupt kein Problem im Weg.

(Beifall CDU und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Um das Ganze zu handhaben, muss ich einen Plan aufstellen. Ich muss Ziele formulieren, wohin ich will. Eventuell ist es auch einmal erforderlich, diese Ziele zwischendurch zu korrigieren. Aber im Grundsatz muss das sein. Wie machen das denn Privatpersonen, und wie machen es Unternehmen? Diese legen eine **Leistungsrate** fest. Aus dieser Leistungsrate zahlen sie die Zinsen, die sie bezahlen müssen, und alles das, was darüber hinausgeht, wird getilgt. Jeder, der schon einmal ein Haus gebaut hat, weiß, wie so etwas läuft. Genau so etwas muss auch für unser Land aufgestellt werden.

(Beifall CDU)

Sie glauben gar nicht - ich sage dies, weil auch der Kollege Andresen noch hier ist -, welche wunderbaren Wirkungen es hat, wenn man weiß, was man monatlich zu bezahlen hat. Dann nämlich kann ich bei jeder Einkommenssteigerung erkennen, welche Freiräume ich durch Gewinne für solche Dinge habe, die ich mir zusätzlich leisten möchte. Wenn man mit dieser Leistungsrate einen Teil abgetragen hat und die Zinsen dann mal steigen, bringt das nicht die Zahlung insgesamt in Gefahr, sondern dann tilge ich eben mal ein bisschen weniger, aber ich tilge. Das ist das Entscheidende.

Es ist zugleich auch eine etwas disziplinierende Maßnahme, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn ich nämlich bedenke, dass die Landesregierung in der letzten Woche bereits 1,7 Millionen € aus dem Haushalt 2017 für das Theater in Schleswig zugesagt hat, dann fehlt mir dafür jedes

(Peter Sönnichsen)

Verständnis. Denn der Haushalt 2017 ist hier bisher noch gar nicht diskutiert worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, **Schleswig-Holstein** hat **Schulden** gemacht, egal unter welcher Regierung, und Schleswig-Holstein muss diese Schulden zurückzahlen. Da hilft kein Altschuldentilgungsfonds, da helfen auch kein Gejammer und kein Warten auf den Bund. Hilf dir selbst, dann ist dir geholfen. Dazu kann ich den Landtag nur aufordern.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte begrüßen Sie mit mir weitere politisch interessierte Gäste vom SPD-Ortsverein Steinbergkirche. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir kommen nun zu weiteren Dreiminutenbeiträgen. Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Lars Winter das Wort.

(Zuruf: Keine Zusagen machen!)

**Lars Winter [SPD]:**

Doch, ich mache Zusagen. - Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Weil wir das gerade in der Rede nicht gesagt haben, schlage ich vor, dass wir beide Anträge an den Finanzausschuss überweisen, um dort gemeinsam zu einer Lösung und einer Regelung zu kommen, wie wir das weitere Vorgehen gestalten wollen.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das war aus dem Parlament der bisher letzte Beitrag. Jetzt wenden wir uns der Landesregierung zu. Das Wort hat die Frau Finanzministerin Monika Heinold.

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Glück muss frau sich nicht schämen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns das Jahr 2013 an. Es war äußerst erfolgreich. Herr Garg hatte es schon ganz richtig gesagt: Es war nicht nur Glück. Woran können wir erkennen, dass dieser gute Haushaltsabschluss nicht nur Glück war? Wir schauen uns die anderen west-

deutschen Bundesländer an, die eine ähnlich gute Konjunktur hatten, die ähnliche Zinskonditionen hatten und die mit Ausnahme von Bayern und Schleswig-Holstein im Jahr 2013 mit einem Minus aus dem Jahr gegangen sind. Insofern können wir für Schleswig-Holstein alle gemeinsam feststellen: Die **Schuldenbremse** wirkt. Und es ist gut, dass sie wirkt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und FDP)

Diese Schuldenbremse wirkt erstens deshalb, weil wir sie mit ganz großer Mehrheit beschlossen haben. Das war gut so und ist etwas, das wir uns auch zur Schuldentilgung vornehmen sollten, um möglichst gemeinsam eine Verabredung zu treffen.

Zweitens: Diese Schuldenbremse wirkt, weil sie trennt, weil sie sagt: Das eine sind strukturelle Einnahmen, und das andere sind konjunkturelle Einnahmen. Das heißt, immer dann, wenn die Konjunktur besser ist als die strukturell eingeplanten Einnahmen, gibt es einen Automatismus, und der heißt: Die Nettoneuverschuldung reduziert sich beziehungsweise es ist, wenn der Betrag sehr groß ist, eine Tilgung. Bis 2020 haben wir also einen Plan.

Nun mag es den einen oder anderen bei Ihnen geben, der sagt, dieser Plan sei ihm nicht ehrgeizig genug. Dann sollten Sie aber noch einmal definieren, was Sie denn an strukturellem Beitrag - denn das ist ja dann strukturell und nicht konjunkturell - schneller aus diesem Haushalt herauspressen wollen. Ich stelle fest, dass die Haushaltsanträge dies nicht widerspiegeln haben. Das ist auch kein Vorwurf; denn ich bin keine Vertreterin derjenigen, die sagen, wir sollten noch schneller strukturell zur Null kommen. Das möchte ich nicht.

(Beifall FDP und SSW)

Ich will auch begründen, warum. Wir haben ja nicht nur 27 Milliarden € **Schulden**, sondern wir haben 34 Milliarden € **Pensionsverpflichtungen**, und wir haben ungefähr 1 Milliarde € **Sanierungsstau** bei den Liegenschaften und mehrere Hundert Millionen € Sanierungsstau auf den Straßen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Genau!)

Außerdem haben wir noch UKSH und HSH, also wirklich **große Risiken**. Alle sagen, diese Schuldenbremse sei richtig, das strukturelle Defizit werde Stück für Stück reduziert und parallel dazu, nämlich immer dann, wenn die Konjunktur deutlich besser verlaufe als geplant, würden wir tilgen.



**(Ministerin Monika Heinold)**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Das wird in den nächsten Jahren auch passieren, es sei denn, hier stellt jemand die Schuldenbremse und die Verfassung infrage. Das macht erfreulicherweise aber niemand.

Nun haben wir eine zweite Entwicklung, und das ist **Berlin**. Dort gibt es einen **Koalitionsvertrag**, den ich von dieser Stelle aus ausdrücklich begrüße, weil er zum ersten Mal auch die Unterschrift der CDU auf Bundesebene trägt, wonach die **Altschulden** gemeinsam angepackt werden sollen. Das ist ein riesengroßer Fortschritt.

Ich glaube nicht, dass die Große Koalition in Berlin, die ja noch dabei ist, sich ein bisschen zurechtzurückeln, alle Teile ihres Koalitionsvertrags umsetzt. Manches muss vielleicht auch gar nicht umgesetzt werden, darüber wäre ich froh. Aber bei der Frage der Altschulden habe ich als Landesfinanzministerin natürlich ein extrem großes Interesse daran, dass es eine Gemeinsamkeit und eine gemeinsame Verabredung gibt.

Wenn wir jetzt als **Konsolidierungsland Schleswig-Holstein** als Erste sagen: „Wir machten das mal eben alleine“, dann senden wir ein falsches Signal an den Bund. Wir sollten nach wie vor sagen: Wir wollen, dass es eine Lösung gibt, bei der der Bund uns hilft, ob mit Soli oder mit anderen Mitteln, mit unserer großen Altlast umzugehen.

Warum möchte ich, dass der Bund uns hilft? Wenn wir die 27 Milliarden € Schulden einmal herunterbrechen und uns überlegen, dass es vielleicht gelingen könnte, ab 2021 ungefähr 500 Millionen € im Jahr zu tilgen, also jedes Jahr 500 Millionen € aus dem herauszuziehen, was wir haben, zusätzlich zu der Milliarde für Pensionen, zusätzlich zu der Milliarde an Zinsen, also 2,5 Milliarden € aus dem von uns erwirtschafteten Geld für Altlasten, dann bräuchten wir immer noch 54 Jahre, bis wir die Schulden abgetragen haben. Deshalb habe ich ein extrem großes Interesse daran, den Bund nicht aus der Pflicht zu lassen, sondern zu sagen: Wir wollen eine gemeinsame Lösung für die Altschulden.

(Beifall SSW)

Ich hoffe, dass der Bund etwas Kluges beschließt. Der erste Zeitplan war, das sollte Mitte der Legislaturperiode fertig sein, und jetzt höre ich aus Berlin, das werde erst Ende 2016 der Fall sein. Deshalb sage ich: Noch weiter nach hinten geschoben werden darf das nicht. Wenn wir gemeinsam feststellen, dass der Bund nichts auf die Reihe bekommt - aber,

Herr Koch, das werden Sie Herrn Schäuble wahrscheinlich nicht unterstellen wollen -, und wenn wir davon ausgehen, dass sich dies in der Zukunft abbildet, dann sollten wir uns zusammensetzen und gucken, ob wir nicht gemeinsam einen **Altschuldentilgungsfonds** hinbekommen zwischen **Bund, Ländern und Kommunen**. Dann bin ich sehr dafür, dass wir die Konsequenzen dessen, was in Berlin beschlossen wird und was uns in der Verpflichtung bestimmt auch treffen wird - wir werden da ja nicht herausgelassen werden -, mit breiter Mehrheit in unserer Verfassung verankern. Damit hätten wir dann eine stabile Grundlage, um tatsächlich das zu machen, was wir schon lange hätten machen müssen, nämlich unseren Kindern und Enkeln zu sagen: „Wir haben einen Plan und lassen nicht einfach alles auf euren Schultern liegen.“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die Landesregierung hat die verabredete Redezeit um 1 Minute überzogen. Das steht dann allen Fraktionen für einen Dreiminutenbeitrag plus 1 Minute zu. Wenn er es wünscht, dann hat jetzt der Herr Abgeordnete Koch das Wort.

(Zuruf)

- Entschuldigung, das geht gar nicht, das stimmt nicht. Entweder 3 Minuten oder 1 Minute. Ich nehme jetzt einmal an, Sie wählen 3 Minuten.

(Tobias Koch [CDU]: Mir reichen 3 Minuten!)

- Okay.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir nur drei kurze Anmerkungen zu den Ausführungen der Frau Ministerin.

Sie haben mit der Aussage begonnen und haben diese in den Vordergrund gestellt, das **strukturelle Defizit** abbauen zu wollen. Das ist wichtig, und da sind Sie als Ministerin auch gefordert, Vorschläge zu unterbreiten, wie die restlichen 580 Millionen € in Ihrem Haushaltsentwurf für 2014 abgebaut werden sollen.

Sie haben nämlich bereits die Einnahmen mit dem bundesweit höchsten Grunderwerbssteuersatz ausgereizt. **Konsolidierungsvorschläge** jedenfalls habe ich in Ihrer Regierungszeit bisher noch nicht von Ihnen gehört, außer dass Sie sagen, Sie setzen den

(Tobias Koch)

Personalabbau unverändert so fort, wie die Vorgängerregierung ihn beschlossen hat.

Die 580 Millionen € werden sich in der Tat nicht von allein in Luft auflösen. Insofern müssen Sie irgendwann einmal mit dem Konsolidieren beginnen. Das fehlt an dieser Stelle.

Ferner haben Sie gesagt, die **Systematik der Schuldenbremse** beinhalte auch einen **Schuldenabbau**. Wenn die konjunkturell bedingten Steuereinnahmen größer seien als die unterstellten Steuereinnahmen, werde dieses Hinausschießen automatisch zur Schuldentilgung eingesetzt. Das heißt aber nichts anderes, als dass Sie die Schuldentilgung dem Zufall überlassen wollen. Wenn also die Konjunktur gut läuft, wenn zufällig mehr reinkommt, dann tilgen Sie Schulden, aber sonst nicht.

Das ist uns zu wenig. Deswegen sagen wir, dass wir einen **konkreten Tilgungsplan** brauchen, in dem verbindlich festgelegt ist, wie viel wir tilgen wollen, ob wir eine Annuität vereinbaren wollen und wie viele Jahre wir für die Tilgung brauchen. Das ist der Unterschied zwischen uns. Wir wollen das nicht dem Zufall überlassen, sondern wir wollen das mit Konzept und Plan machen.

Nun zu meinem dritten und letzten Punkt meiner Anmerkungen. Der Begriff des **Altschuldentilgungsfonds** ist heute ganz oft gefallen. Wir haben damals versucht, einen gemeinsamen Antrag zustande zu bringen. Dieser ist damals aber nicht zustande gekommen. Frau Ministerin, Sie vertreten zwar immer munter das Konzept, das wir auch als Union vertreten, das darauf hinausläuft, mit einem Altschuldenfonds auch wirklich Schulden zu tilgen und hierfür die Mittel aus dem Solidaritätszuschlag zu verwenden. Ihre Koalition beschließt aber immer das Gegenteil. Sie wollen einen Altschuldentilgungsfonds, bei dem uns die Zinsen abgenommen werden.

Beginnen Sie doch einmal damit, sich innerhalb der Koalition zu einigen und eine gemeinsame Linie zu finden. Dann können wir auch gemeinsam in Berlin streiten. Bisher haben wir diese Gemeinsamkeit an dieser Stelle nicht. Die SPD will etwas anderes als das, was Sie und was wir wollen. Es ist so schwierig, gemeinsam für diesen Altschuldentilgungsfonds in Berlin zu streiten, da es unterschiedliche Vorstellungen gibt.

Aber auch hinsichtlich der Schuldenbremse hieß es damals von Ihrer und von anderer Seite, dass wir das nie im Leben alleine schaffen würden. Das würde nicht funktionieren. Das hätte keine Aussicht auf

Erfolg. Dafür bräuchten wir Hilfe aus Berlin. Hierfür bräuchten wir drastische Steuererhöhungen.

Jetzt stellen wir fest, dass wir es trotzdem alleine schaffen, die Schuldenbremse einzuhalten. Vielleicht schaffen wir es mit dem Altschuldentilgungsfonds auch allein. Wir sollten also nicht immer nur nach Berlin schauen, sondern selbst handeln. Dafür sind Sie in der Regierung.

(Vereinzelter Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Die SPD-Fraktion hat beantragt, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1549, und den Änderungsantrag Drucksache 18/1614 als selbstständigen Antrag dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit sind die Anträge einstimmig dem Finanzausschuss überwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

**Verlängerung der Kernbrennstoffsteuer**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/1479](#)

**Ausstieg aus der Kernenergie seriös fortführen**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/1507](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses  
[Drucksache 18/1547](#)

**Juristisch einwandfreie Verlängerung der Kernbrennstoffsteuer**

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/1609](#)

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Christopher Vogt, das Wort.

(Zuruf: Nicht da!)

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

- Es ist kein Berichterstatter da? Wer kann einmal aus dem Wirtschaftsausschuss Bericht erstatten? Herr Arp, können Sie das?

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Wir haben also keinen Berichterstatter. Was ist das denn? Vielleicht kann das jemand anders übernehmen.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, als Mitglied des Wirtschaftsausschusses verweise ich auf die Vorlage.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das ist sehr freundlich von Ihnen, Herr Berichterstatter. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Dann kommen wir jetzt zu den Wortmeldungen zur Sache. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine geehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Kernbrennstoffsteuergesetz, auch **Brennelementsteuer** genannt, legt in § 12 eine zeitliche Begrenzung fest. Dort heißt es unter dem Titel „Anwendungsvorschrift“:

„Das Gesetz ist auf Bestimmungsvorgänge anzuwenden, bei denen die sich selbsttragende Kettenreaktion vor dem 1. Januar 2017 ausgelöst wurde.“

Wir wollen diese zeitliche Begrenzung entfristen. Wir brauchen diese Steuer auch **über 2016 hinaus**. Wir decken die Folgekosten der Atomwirtschaft damit nur sehr unvollständig ab. Aller juristischer Aufwand und die massive Öffentlichkeitsarbeit der Atomindustrie sollten uns nicht beirren. Das Geheul um die angebliche Ungerechtigkeit der Brennelementsteuer sind nur Krokodilstränen, meine Damen und Herren.

Ich habe es nachgelesen und war geplättet. Aufgrund der Gutachten, in denen das untersucht wurde, kann festgestellt werden: Bis 2010 empfing die Atomindustrie nominal 143,2 Milliarden € Subventionen. Wie es so schön heißt: Sie empfing budgetwirksame Förderungen.

In Preisen von 2010 bedeutet das circa 195 Milliarden €. Pro Kilowattstunde sind dies 4,1 ct. Strom aus einer Windenergieanlage wird heute mit unge-

fähr 6,5 ct gefördert. Dabei sind die Vorteile des Emissionshandels noch gar nicht eingerechnet. Diese betragen circa 9 Milliarden €. Die Vorteile des unvollständigen Wettbewerbs in den Strommärkten sind ebenfalls noch nicht eingerechnet. Diese betragen circa 36 Milliarden €. Erst im Jahr 1998 wurden die Strommärkte durch die sogenannte Rexrodt-Novelle liberalisiert. Die **Subventionierung** hält bis heute an.

40 Milliarden € bis zum Jahr 2010. Das Gejammer der **Atomindustrie** kann vor diesem Hintergrund kaum Mitleid auslösen.

Auf der anderen Seite stehen die **Kosten**, die die öffentliche Hand für die **Beendigung des Atomprogramms** zu tragen hat. Denken Sie nur an die Sanierung der Deponie Asse. Das angeblich sichere Endlager auf Probe zieht Wasser, und keiner weiß genau, was dort gelagert wird. Es soll geräumt werden, und zwar auf Kosten der öffentlichen Hand. Das ist eine dunkle Episode aus dem Atomfilm „Lügen pflastern ihren Weg“.

Der Zeitpunkt dieser heutigen Debatte kann gar nicht besser gewählt sein, auch wenn der Anlass ernst ist. In den strahlenden Kellern schleswig-holsteinischer Atomkraftwerke lagern rostige Atom-**müllfässer**. Es ist ein finsternes Kapitel der atomaren Vergangenheit, das uns heute und auf unabsehbare Zeit beschäftigen wird.

Es ist schon paradox, dass an der Spitze aller Reaktoraufsichtsbehörden der Länder mit Ausnahme Bayerns heute ein grüner Minister beziehungsweise eine grüne Ministerin steht. Die Anti-Atom-Partei organisiert also den Ausstiegsvollzug.

Meine Damen und Herren, auch den antragstellenden Fraktionen der Koalition ist nicht verborgen geblieben, dass die Kernbrennstoffsteuer rechtlich umstritten ist. Zwei Landesfinanzgerichte haben dagegen geurteilt. Das jüngste Urteil, das Urteil des Landesfinanzgerichts Baden-Württemberg, setzt sich damit auseinander. Ein AKW-Betreiber hat gegen die Steuerfestsetzung geklagt. Das zuständige Hauptzollamt hatte zuvor die Anträge auf Aufhebung der Vollziehung abgelehnt. Der 11. Senat in Baden-Württemberg hat diese Entscheidung bestätigt.

Die Richter haben in Ansehung der Entscheidung ihrer Kollegen bei den Finanzgerichten in Hamburg und München die Auffassung vertreten, dass es für die Gesetzgebungskompetenz des Bundes zur Einführung einer Kernbrennstoffsteuer in Form einer Verbrauchsteuer nicht darauf ankomme, ob die Steuer auf die Stromkunden abwälzbar ist. Der Ge-

(Detlef Matthiessen)

setzgeber sei auch vor dem Hintergrund des allgemeinen Gleichheitssatzes in Artikel 3 des Grundgesetzes nicht daran gehindert gewesen, den Verbrauch von Kernbrennstoffen zum Gegenstand einer Steuer zu machen.

Am Rande darf ich darauf hinweisen, dass die erste Verbrauchssteuer die Salzsteuer gewesen ist. Ich glaube, die Städte Lübeck und Lüneburg waren davon stark betroffen.

Weiter heißt es, es liege keine Verletzung des in Artikel 14 des Grundgesetzes gewährleisteten Eigentumsrechts vor. Mit anderen Worten: Dieses Gericht hat alle von den anderen Gerichten festgestellten Sachverhalte geprüft und kam zu dem Ergebnis, dass diese **Steuer rechtskonform** ist, soweit es weiterhin möglich sei, die kerntechnischen Anlagen rentierlich zu betreiben.

Das hebt auf das Verbot der Würgesteuer ab. Eine Steuer darf schließlich nicht die Wirtschaftlichkeit zerstören. Davon sind wir aber auch weit entfernt, meine Damen und Herren. Brennstoffkosten bei Atomkraftwerken liegen in der Größenordnung von 10 % der Gesamtkosten.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Wir haben also kein Problem mit der Kernbrennstoffsteuer.

Diese rechtlichen Fragestellungen veranlassten die PIRATEN, einen Änderungsantrag zu stellen. Diesen lehnen wir ab. Die Gesetzgebungskompetenz liegt beim Bund. Nicht der Schleswig-Holsteinische Landtag überprüft das Ergebnis, sondern allenfalls das Verfassungsgericht. Wir gehen von einer rechtskonformen Regelung aus, die bis zum Beweis des Gegenteils Bestand hat.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte kommen Sie zum Ende.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Wir wollen schlicht die Landesregierung bitten, sich auf Bundesebene für eine Verlängerung beziehungsweise für eine Entfristung der Brennelementsteuer einzusetzen. Wir bitten um Zustimmung zu

unserem Antrag. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Volker Dornquast das Wort.

**Volker Dornquast [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, für den erkrankten Herrn Magnussen vorzutragen. Das tue ich gern.

Wenn man sich die heutige Tagesordnung anschaut, dann stellt man fest, dass dies der einzige Punkt ist, der von den Koalitionsfraktionen initiiert worden ist. Alle anderen kamen von der Opposition. Aber auch dieser Punkt ist eigentlich überflüssig; denn der Zeitpunkt, zu dem dieser Antrag gestellt worden ist, ist völlig unverständlich. Das hat mehrere Gründe.

Die jetzige Regelung der **Kernbrennstoffbesteuerung** läuft **bis Ende 2016** - Sie haben es gesagt -, also noch mehr als zweieinhalb Jahre. Wichtiger für meine Beurteilung ist allerdings die Tatsache, dass mehrere Gerichtsverfahren anhängig sind. Das Ende dieser Gerichtsverfahren - unter anderem beim Bundesverfassungsgericht - hätte man abwarten müssen, bevor man über diese Punkte hier heute diskutiert. Es wäre also sinnvoll gewesen, den Antrag erst dann zu stellen, wenn die Gerichte tatsächlich entschieden haben.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

So können wir, glaube ich, sagen: Der Antrag hat heute allein den Zweck, Schwarzer Peter zu spielen, den Schwarzen Peter nach Berlin zu schieben und sich als Land aus der Verantwortung zu stehlen. Dumm ist nur, dass der Verantwortliche in Berlin, der diesen Punkt zu bearbeiten hat, inzwischen ein Sozialdemokrat ist. Da haben die Grünen ihrem Koalitionspartner ein ganz schönes Ei ins Netz gelegt, und die SPD ist auch noch darauf hereingefallen und hat das mitgemacht. Ich gehe davon aus, dass das nicht mit Berlin abgestimmt worden ist, sondern dass das selbstständig passiert ist; denn ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie aus Berlin für einen solchen Antrag wirklich grünes Licht bekommen hätten.

Meine Damen und Herren, Schaufenster - egal, ob zu Weihnachten, beim Winterschlussverkauf oder

**(Volker Dornquast)**

im Verlaufe des übrigen des Jahres - können gut aussehen. Schaufensteranträge können Substanz haben. Aber das hat dieser Antrag überhaupt nicht.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf SPD: Wissen Sie, wovon Sie sprechen?)

- Bei Schaufenstern kenne ich mich aus. Da muss ich mit meiner Frau immer entlanglaufen.

Der **Ausstieg aus der Kernenergie** ist beschlossene Sache, und das ist auch gesamtgesellschaftlich gewollt. Das ist so, und das bleibt so. Bei diesem wichtigen Thema die Landesregierung zu bitten, zeigt doch nur, dass die Zeit der Trickserei angebrochen ist. Der konstruktive Umgang mit diesem Thema, nämlich dem Umbau der Energiewirtschaft, würde ganz anders aussehen als der Antrag, den Sie hier vorgelegt haben. Dieses Thema darf nicht emotional gesteuert werden, sondern muss nachhaltig bedient werden.

Die Anmerkung in der Begründung: „Mit der Besteuerung dieser Brennstoffe wird unter anderem Ressourcenschonung angestrebt“, ist wohl der Tatsache geschuldet, dass Sie - zumindest Sie von den Grünen - Ihrer Linie treu bleiben wollen und dass Sie analog zur Oberflächenabgabe bestimmte Dinge wirtschaftlich mit Abgaben belasten wollen, um dort steuernd einzugreifen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat denn die Steuer eingeführt?)

Ich möchte Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen, dass die deutschen Kernkraftwerke abgeschaltet werden und der Betrieb automatisch ausläuft.

Meine Damen und Herren, unser Änderungsantrag hingegen ist inhaltlich ausgewogen, erkennt den Ist-Zustand an und setzt sich mit den Erfordernissen eines verantwortlichen Umgangs mit diesem sensiblen Thema auseinander. Wir nehmen den gesellschaftlich bestimmten Ausstieg und Umstieg auf alternative Energieträger ernst und setzen uns inhaltlich mit den Gegebenheiten eines verlässlichen, planbaren und finanzierbaren Umbaus der Energiewirtschaft auseinander. Der Rückbau muss verantwortungsvoll, sachlich und fachlich begründet aufbereitet und vor allem nachhaltig umgesetzt werden. Die Sicherheit des Restbetriebes ist oberstes Gebot - da sind wir uns einig -, und die Entsorgung muss finanziell und sicher bewerkstelligt werden. Unser aller Ansatz und Anspruch muss sein, dass für die Beschäftigten sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Dazu stehen wir. Ich hoffe, dass auch Sie dazu stehen.

Meine Damen und Herren, wie gesagt, es sollte auch der Koalition bekannt sein, dass die Bescheide inzwischen beklagt werden. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, was soll dann also Ihr Antrag? Minister Habeck ließ sich kürzlich mit den Worten zitieren: Da, wo die Regierung Schwachsinn mache, werde er das auch benennen. - Herr Habeck, tun Sie das!

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Olaf Schulze das Wort.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das Beste am Norden! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das Echte am Norden! - Zuruf: Der echte Olaf!)

**Olaf Schulze [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Dornquast, da Sie die Rede ja nicht selber geschrieben haben, werde ich nicht weiter darauf eingehen.

(Volker Dornquast [CDU]: Ich stehe aber dazu!)

Da der Kollege, der das ja eigentlich vortragen wollte, nicht hier ist, lasse ich es einfach. Ich kann Ihnen aber sagen, es ist kein Ei ins Netz beziehungsweise Nest gelegt worden.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Ja, es sind immer wieder die Netze. - Denn erstens haben wir den Antrag gestellt, als Gabriel schon Wirtschafts- und Energieminister war. Zweitens haben wir dieses auch schon während der Koalitionsverhandlungen eingebracht. Den dritten Grund hören Sie gleich, wenn Sie meinem Vortrag zuhören.

Meine Damen und Herren, wir sind uns doch alle seit Längerem einig, dass die **Atomkraft** ein Auslaufmodell ist. Der **Ausstieg** ist beschlossen. Das heißt aber nicht, dass das Thema Atomkraft damit beendet ist. Wir wissen alle, dass uns die Folgen dieser Technologie noch Jahrhunderte beschäftigen werden und die Frage eines Endlagers für den strahlenden Müll, der weiterhin produziert wird, dringend gelöst werden muss. Dies zeigen gerade die Meldungen der letzten Tage über rostige Fässer im AKW Brunsbüttel noch einmal sehr deutlich. Die Energiegewinnung aus Atomkraft war und ist ein Irrweg und hinterlässt uns gefährliche Lasten, die wir und viele nachfolgende Generationen zu tra-

(Olaf Schulze)

gen und zu finanzieren haben. Der strahlende Müll muss dauerhaft sicher gelagert werden.

Wir müssen uns jetzt um die Stilllegung der Atomkraftwerke, die Entsorgung des Atom Mülls und den Rückbau der Anlagen kümmern. Dieses wird, wie gesagt, lange Zeit in Anspruch nehmen und erhebliche Kosten verursachen, für die die Mittel von den Betreibern und den Steuerzahlern aufzubringen sind. Gerade die **Kernbrennstoffsteuer** soll dazu beitragen, die **Kosten** der Lagerung von schwach-, mittel- und hochradioaktiven Abfällen zu decken und endlich auch die Endlagerfrage zu lösen. Ich erinnere daran, dass auch für die Sanierung der Schachanlage Asse - wie Kollege Matthiessen eben schon gesagt hat - erhebliche Kosten anfallen. Dies war auch ein Grund dafür, weshalb die SPD-Bundestagsfraktion - jetzt hören Sie genau zu - schon 2010 einen Antrag auf Einführung einer Brennelementesteuer gestellt hat.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern befinden wir uns im Landtag da in guter Tradition.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat diesen Vorschlag der SPD im Zuge der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke aufgegriffen. Siehe da, siehe da, auch Sie waren, nachdem Sie aus der Atomkraft aussteigen wollten, so weit, dass Sie dieses aufgenommen haben. Die Kernbrennstoffsteuer wurde zum 1. Januar 2011 eingeführt und bis zum 31. Dezember 2016 befristet.

Nun stellt man sich gerade angesichts der aktuellen Situation in Brunsbüttel die Frage: Wozu eine **Befristung**? Die **Besteuerung der Brennelemente** führt zu einer Gleichbehandlung mit den fossilen Brennstoffen, und deshalb macht eine Entfristung bis zum Auslaufen der Atomkraft nur Sinn. Weshalb sollten die Kraftwerksbetreiber für sechs Jahre bezahlen und dann wieder nicht? Das ist nicht nachvollziehbar und sieht eher nach einem politischen Deal mit den Betreibern aus. Deshalb fordern wir, die Kernbrennstoffsteuer bis zum Ende der Laufzeit der Atomkraftwerke zu erheben.

(Beifall Sandra Redmann [SPD])

- Danke. - Das macht jetzt auch Sinn. Wenn wir den Beschluss fassen, dass wir die Dauer der Erhebung verlängern und die Befristung aus dem Atomgesetz herausnehmen wollen, dann macht es Sinn, das Ganze jetzt in Angriff zu nehmen und nicht erst im Jahre 2016; denn dann wird es zu spät sein. Dieser Antrag kommt also rechtzeitig und ordentlich.

Deswegen plädiere ich dafür, unseren Antrag anzunehmen.

Sie haben gesagt, Sie haben einen Änderungsantrag eingebracht. In dem Änderungsantrag stand nicht ein Wort von unserem Antrag beziehungsweise von der Kernbrennelementesteuer drin. Es hätte mich, wenn Sie einen Änderungsantrag stellen, gefreut, wenn Sie wenigstens auf unseren Antrag Bezug genommen hätten.

Zu dem Antrag der PIRATEN werde ich nichts weiter sagen; denn das hat der Kollege Matthiessen schon getan. Wir werden diesen ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

(Zurufe Serpil Midyatli [SPD] und Sandra Redmann [SPD])

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können meine Redezeit von mir aus auch dazu nutzen, dass Sie mir in den nächsten 5 Minuten solche Komplimente zurufen.

(Heiterkeit SPD)

Wir debattieren darüber, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine Entfristung einer bis Ende 2016 festgesetzten Steuer einsetzen soll. Das an sich klingt schon ein bisschen merkwürdig. Aber es geht noch weiter. Die Steuer, die entfristet werden soll, liegt momentan noch vor Gericht. Es ist also noch gar nicht geklärt, ob die Steuer Bestand haben wird. Der **Rechtsstreit** wird noch länger dauern, geht eventuell sogar bis vor den Europäischen Gerichtshof. Ich halte es daher für vollkommen verfrüht, jetzt schon, während diese Steuer noch vor Gericht liegt, eine Verlängerung anzustoßen. Sie machen wieder einmal den zweiten Schritt vor dem ersten.

Ich kann aber schon verstehen, warum Sie darauf bestanden haben, dass wir heute darüber debattieren. Denn das ist in der Tat der einzige Antrag der Regierungskoalition, den wir heute behandeln. Das zeigt Ihre Ideenlosigkeit.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP], Volker Dornquast [CDU] und Peter Lehnert [CDU])

(**Oliver Kumbartzky**)

Dabei ist diese Debatte über die Kernbrennstoffsteuer wirklich ein reiner Nebenkriegsschauplatz. Denn ich denke, im Zuge dieses Atomausstiegs sind erst einmal ganz andere Debatten vonnöten. Wir müssen den Fokus auf andere Dinge lenken. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten auch einmal Antworten, gerade Antworten der Landesregierung.

(Sandra Redmann [SPD]: Morgen steht nicht ein einziger Antrag von euch auf der Tagesordnung! - Weitere Zurufe SPD)

- Und wie viele von uns standen heute drauf?

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Sandra, gestern waren von Ihnen auch keine dabei.

(Zurufe SPD)

- Morgen ist einer dabei. Entschuldigung. Klar, morgen ist einer dabei.

(Zurufe SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, das geht alles von Ihrer Redezeit ab. Bitte, fahren Sie fort.

(Unruhe)

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Damit habe ich überhaupt kein Problem. Das ist alles eingeplant.

(Heiterkeit)

Ich möchte aber trotzdem bald zum Ende kommen. Ich war gerade dabei, noch einmal zu erwähnen, welche **dringenden Fragen** wir beim Thema **Atomenergie** wirklich haben. Wir alle wollen den Ausstieg, wir alle sind dafür. Deshalb sollten wir den Fokus darauf legen: Wie geht es mit dem Rückbau der Kernkraftwerke weiter? Was ist mit der Endlagerung?

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Peter Lehnert [CDU])

Was macht die Endlagersuche? Was ist mit der Zwischenlagerung? Was ist mit den Sellafield-Castoren, kommen sie nach Brunsbüttel, kommen sie nach Brokdorf, kommen sie nach Krümmel?

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Was habe ich mir noch aufgeschrieben? - Genau. Was ist mit der Endlagerung von mittel- und schwachradioaktiven Abfällen? Gerade gestern ha-

ben wir das Thema mit den Fässern in Brunsbüttel gehabt. Auch da erwarten wir Antworten der Landesregierung, und es gibt Initiativen, die wir unbedingt anstoßen sollten. Hier sollten Sie vielleicht Ihre Regierung auch noch einmal pieksen und sagen: Kümmern Sie sich doch endlich auch einmal darum, dass Schacht Konrad endlich fertig wird, dass die Endlagersuche für die stark radioaktiven Abfälle endlich fertiggestellt wird.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

Das sind die ganz entscheidenden Themen rund um die Kernenergie. Die Kernbrennstoffsteuer ist es definitiv nicht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Mitglied der Piratenpartei, die den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie fordert, bin ich selbstverständlich dafür, dass die Kernbrennstoffsteuer auch in Zukunft erhoben wird.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind allerdings ebenso der Meinung, dass es wichtig ist, Recht und Ordnung zu respektieren und **Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts** daher auch nicht vorzugreifen.

(Beifall PIRATEN)

Aus diesem Grund liegt Ihnen unser Änderungsantrag mit einer juristisch einwandfreien Verlängerung der Kernbrennstoffsteuer vor.

Kommen wir zunächst zur rechtlichen Frage - die ist hier strittig, aber das macht ja nichts -, also dazu, ob die Brennelementesteuer zulässig ist. Zu denjenigen, die das bezweifeln, gehört der Rechtswissenschaftler Ulrich Battis von der Humboldt-Universität in Berlin. Er vertritt die Auffassung, dass die Bundesregierung bei der Brennelementesteuer sehr schlechte Karten habe. Zu einem ähnlichen Schluss kommen die Finanzgerichte Hamburg und München, die der Meinung sind, dass der Bund nicht einfach eine Steuer neu erfinden könne. Anders herum sagt das Finanzgericht Baden-Württemberg

(Angelika Beer)

in Stuttgart, dass die vom Bund erhobene Steuer verfassungsgemäß und europarechtskonform sei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie das Rennen ausgeht, das wissen wir nicht, das ist völlig offen.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

Es ist deshalb durchaus richtig, Herr Kollege, dass man sich jetzt schon einmal überlegt, was man macht, wenn es in Karlsruhe grünes Licht gibt. Es wäre allerdings etwas ruppig, den Richtern in Karlsruhe das Signal zu senden, dass ihr Urteil kein Gewicht hat.

(Zuruf Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wichtig ist mir heute, dass wir das Problem adressieren und allen an der Entscheidung Beteiligten in Erinnerung rufen, welche gesellschaftliche Verantwortung wir alle zusammen tragen. In diesem Zusammenhang erinnere ich gern daran, wann und warum die Idee der Brennelementesteuer salonfähig wurde: Das ist hier erwähnt worden, das war im Jahr 2010, als bekannt wurde, wie teuer die Sanierung der Asse werden könnte sowie die Erkenntnis reifte, dass vermutlich der Steuerzahler die Kosten zu tragen hat.

Genau bei dieser Argumentation möchte ich bleiben und erklären, warum wir eine Kernbrennstoffsteuer über das Jahr 2016 hinaus brauchen. Das ist jetzt nicht mehr die rechtliche, sondern die politische Begründung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Atomenergie - und das wissen wir alle - hat nicht abschätzbare Folgekosten. Werfen wir einfach nur einmal einen Blick auf die Halbwertszeit. Dies scheint bei manchen in Vergessenheit geraten zu sein. Für Plutonium 239 sind es 24.000 Jahre, für Uran 235 bereits 700 Millionen Jahre. Uran 238 wird auch dann noch strahlen, wenn es die Erde möglicherweise gar nicht mehr geben wird. Wenn wir ehrlich sind, müssten wir bei der Finanzierung des Atomproblems im Grunde von „Ewigkeitskosten“ reden und nicht nur geringe Beträge vergleichen und über sie streiten.

(Beifall PIRATEN und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen bin ich der Meinung, dass wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts abwarten und dann, soweit möglich, die Verlängerung der Brennelementesteuer ernsthaft ins Auge fassen müssen. Dann werden Sie da-

bei unsere Unterstützung hier im Landtag bekommen. - Danke für die Aufmerksamkeit

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Beschluss von Schwarz-Gelb, die Laufzeit für Atomkraftwerke zu verlängern, wurde seinerzeit auch die **Kernbrennstoffsteuer** ausgehandelt. Es ging nach dem Motto: Geb ich dir, gibst du mir. Mit der Laufzeitverlängerung wurde quasi ein Scheck in dreistelliger Milliardenhöhe an die Energiekonzerne ausgestellt. Im Gegenzug bekommt der Bund Steuereinnahmen für jedes Brennelement, das im AKW gebraucht wird. Nach Schätzungen betragen die **Steuereinnahmen** seit 2011 rund 3,5 Milliarden €. Unter dem Strich ist das immer noch ein sattes Geschäft für die Energiekonzerne.

Vorgesehen ist, die Steuereinnahmen aus der Kernbrennstoffsteuer vor allem für die **Sanierung des Atomlagers Asse** zu nutzen. Angesichts der Tatsache, dass die Asse völlig marode und einsturzgefährdet ist, ist das eine logische Konsequenz. Denn die geschätzten Kosten für die Sanierung belaufen sich auf 4 bis 6 Milliarden €, am Ende wird es wahrscheinlich wesentlich mehr.

Nun gibt es mittlerweile wieder den Beschluss, die Laufzeitverlängerung aufzuheben. Das bedeutet, dass das letzte deutsche AKW 2022 vom Netz geht. Die Kernbrennstoffsteuer ist jedoch befristet bis 2016. So war das Gesetz von Anfang an angelegt. Das passt aber nicht zusammen. Für uns als SSW muss die Brennelementesteuer ganz klar **an die Laufzeit gekoppelt** sein.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Die Kernbrennstoffsteuer ist eine **Verbrauchssteuer**, auch wenn dies von den Energiekonzernen angezweifelt wird. Solange die Atomkraftwerke betrieben werden und Kernbrennstoff zur Erzeugung von elektrischem Strom verwendet wird, muss auch eine Steuer dafür erhoben werden.

Derzeit werden auch auf andere Energieträger Steuern erhoben. Daher ist es nicht nachvollziehbar, dass die Kernbrennstoffsteuer nur bis 2016 befristet ist. Es denkt doch auch keiner wirklich darüber



(Flemming Meyer)

nach, die Energiesteuer abzuschaffen. Deshalb muss mit gleichem Maß gemessen werden.

Die Steuer auf Energieträgern hat nicht nur einen Einnahmeeffekt für den Staat, vielmehr sollte sie auch als **Steuerungsinstrument** gesehen werden, als Steuerungsinstrument dahin gehend, um deutlich zu machen, dass die fossilen Energieträger endlich sind, dass sie vor allem schädlich für Klima und Umwelt sind. Bei Kernbrennstoffen kommt noch hinzu, dass die Endlagerfrage noch längst nicht geklärt ist. Gerade dies wird uns noch teuer zu stehen kommen. Es kann nicht sein, dass diese Kosten den Bürgerinnen und Bürgern aufgedrückt werden. Hier gilt für uns das Verursacherprinzip: Wer den Dreck produziert, muss auch dafür sorgen, dass er entsorgt beziehungsweise sicher eingelagert wird.

(Beifall SPD und Angelika Beer [PIRATEN])

Solange die AKW laufen, solange sie Kernbrennstoff benötigen, solange sie Atommüll produzieren, solange müssen sie auch eine Kernbrennstoffsteuer zahlen. Alles andere wäre unredlich und nicht nachvollziehbar.

(Beifall SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, Herr Dr. Robert Habeck, das Wort.

**Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:**

Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Aus der **Begründung** des **Gesetzestextes** möchte ich gern die Sätze vorlesen:

„Die Erträge aus der Steuer sollen vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung auch dazu beitragen, die aus der notwendigen Sanierung der Schachanlage Asse II entstehende Haushaltsbelastung des Bundes zu verringern.“

An diesem Satz sind mehrere Dinge merkwürdig: Erstens. Er stammt von CDU/CSU und FPD. Die Brennelementesteuer hat nicht die damalige Opposition eingeführt, sondern die schwarz-gelbe Koalition. Erstaunlich ist, dass heute die schwarz-gelbe Opposition gegen die Brennelementesteuer redet.

Zweitens. Es ist merkwürdig, und es wundert mich in der Tat, dass eine Begründung für eine **Steuer**

**auf die Asse bezogen** wird, da Steuern eigentlich nicht zweckgebunden erhoben werden. Ich komme darauf zurück. Das heißt, wir müssen im Grunde über die Gemeinlast der Atomproduktion insgesamt reden. Ich begrüße es ausdrücklich, dass die Asse nicht durch öffentliche Gelder, sondern durch Gelder von den Atomkonzernen saniert wird, aber im Grunde müsste die Debatte viel breiter angelegt werden.

Drittens. Es wurde mehrfach gesagt: Es macht keinen Sinn, weder von der Asse noch von einer Steuergesetzgebung ausgehend, diese Steuer **auf das Jahr 2016** zu befristen. Wo ist hier die Logik? - Wenn man schon auf die Asse verweist, dann muss man sagen: Im Jahr 2016 wird weder die Asse saniert sein, noch werden die Atomkraftwerke abgeschaltet sein. Es gibt keinen logischen Grund, diese Brennelementesteuer auf 2016 zu beschränken.

Der einzige Grund, der einem einfallen könnte, ist, dass man sagt: So weitgehend soll die **Beteiligung der Atomkonzerne** dann doch nicht erfolgen. Im Umkehrschluss hieße das, dass die Öffentlichkeit und die **Gemeinschaft** dafür haften sollen, dass die strahlende Last der Atomkraft beseitigt wird. Dafür gibt es überhaupt keinen Grund. Das ist ein verwegener Standpunkt. So oder so kommt man dazu zu sagen: Es gibt keinen logischen Grund, die Brennelementesteuer 2016 auslaufen zu lassen.

Ich danke für diesen Antrag, und vor allem danke ich für diesen Antrag einen Tag nach der erneuten Begutachtung der Fässer in Brunsbüttel und der Veröffentlichung der Ergebnisse. Das ist ein guter Zeitpunkt, um die Debatte wieder auf die Bundesebene zu tragen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1609 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist die Piratenfraktion. Gegenstimmen? - Das sind alle anderen Fraktionen. - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1507, abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

NEN, FDP, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion wird dem Votum des Ausschusses gefolgt.

Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Antrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1479. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW angenommen. - Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

**Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Oktober 2013 bis 31. Dezember 2013**

Bericht des Petitionsausschusses  
[Drucksache 18/1530](#)

Ich erteile dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Abgeordneten Uli König, das Wort.

**Uli König [PIRATEN]:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen heute als Vorsitzender des Petitionsausschusses den Tätigkeitsbericht dieses Ausschusses für das vierte Quartal 2013 vorzustellen.

Der Petitionsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat im Berichtszeitraum 88 neue Petitionen erhalten. In vier Sitzungen hat sich der Ausschuss mit diesen und den aus vorherigen Quartalen noch anhängigen Verfahren befasst. Im Berichtszeitraum sind 104 Petitionen und eine Gegenvorstellung in einem bereits abschließend beratenen Verfahren behandelt worden. Von den 104 Petitionen, die der Petitionsausschuss abschließend behandelt hat, erledigte er 4 Petitionen im Sinne und 23 Petitionen teilweise im Sinne der Petentinnen und Petenten. 77 Petitionen konnte nicht zum Erfolg verholten werden.

Im Rahmen einer Sammelpetition hat der Ausschuss eine Anhörung des Hauptpetenten und des Staatssekretärs im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie durchgeführt.

Die neuen **Rundfunkgebühren** sind immer wieder ein Thema von Petitionen. Im vierten Quartal 2013 hat sich der Ausschuss mit 29 Petitionen hierzu befasst. Dabei ging es in vielen Fällen darum, dass bei

den Gebühren nunmehr nicht mehr auf vorhandene Geräte und deren Nutzung abgestellt wird und so manche Nutzergruppen nach Ansicht der Petenten benachteiligt werden. So wurde beanstandet, dass der Beitrag auch von Menschen erhoben wird, die in einem Pflegeheim wohnen und nicht in der Lage sind, den Rundfunkbeitrag aufzubringen.

In diesem Zusammenhang konnte der Petitionsausschuss mitteilen, dass sich die Intendantinnen und Intendanten von ARD, ZDF und Deutschlandradio darauf verständigt haben, dass Pflegeheimbewohner ab 2013 keinen Rundfunkbeitrag mehr zahlen müssen. Pflegeheime sollen als Gemeinschaftsunterkünfte behandelt werden, bis der Gesetzgeber die Problematik im Rahmen der Überprüfung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags abschließend gelöst hat.

Auch aus **Justizvollzugsanstalten** an den Petitionsausschuss des Landes herangetragene Beschwerden und Anliegen führen manchmal zum Erfolg. So hat eine Justizvollzugsanstalt auf die Anregung eines Petenten reagiert und einen Arbeitskreis zum Thema familiensensibler Strafvollzug eingerichtet.

Regelmäßig unterliegen von Petenten beanstandete behördliche **Entscheidungen der kommunalen Selbstbestimmung**. Da der Petitionsausschuss nach Artikel 19 der Landesverfassung auf eine Rechtskontrolle beschränkt ist, kann in diesen Fällen keine direkte Einflussnahme erfolgen.

In manchen Fällen spricht der Ausschuss Empfehlungen aus, in anderen Fällen trägt er zur Klärung des Sachverhalts und damit zu einem besseren Verständnis des jeweiligen Behördenhandelns bei. Beispielsweise konnte einem Petenten, der die Rechtmäßigkeit des Handelns eines Bürgervorstehers im Rahmen einer **Anwohnerfragestunde** anzweifelte, der rechtliche Hintergrund erläutert und somit die Zweifel ausgeräumt werden.

Auch bei rechtmäßigem Handeln von Behörden kann eine Petition zum Erfolg führen. Im Fall eines **Polizeibeamten**, der sich gegen ungleiche Behandlung im Hinblick auf die **Anrechnung von Dienstzeiten** bei der Übernahme aus dem Dienst der Bundespolizei in die Landespolizei gewandt hatte, war zwar die ursprüngliche Entscheidung formal nicht zu beanstanden, aber im vorliegenden Einzelfall wurde in Absprache zwischen Innenministerium und Landespolizeiamt zugunsten des Petenten Ermessen ausgeübt.

Ich bitte den Landtag, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen.

(Uli König)

(Beifall)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Wortmeldungen zum Bericht liegen nicht vor, eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 18/1530 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um sein Handzei-

chen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und viele gute Gespräche. Wir sehen uns morgen um 10 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:09 Uhr**